D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 96
Februar '78 DM 2,–

Staatsschutz gegen ein Grundrecht

Am 15.12.1977 setzte der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichtes durch eine einstweilige Anordnung die Wehrpflichtnovelle vom Juli 1977 bis zur endgültigen Entscheidung außer Kraft. Damit müssen ab 16.12.1977 wieder alle Kriegsdienstverweigerer (KDVer), die die Feststellung begehren, daß sie berechtigt sind, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, das Prüfungsverfahren nach altem Recht über sich ergehen lassen. Um halbwegs ermessen zu können, was diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) für KDVer bedeutet, erscheint es sinnvoll, sich in kurzen Zügen noch einmal die Geschichte der Wehrpflichtnovelle zu vergegenwärtigen:

Im Bundestagswahlkampf 1972 traten die Parteien der sozialliberalen Koalition mit dem Versprechen an die Jungwähler heran, nach einem Wahlsieg das Prüfungsverfahren für KDVer abzuschaffen. Nach der Wahl setzte die FDP durch, daß dieses Versprechen in die Koalitionsvereinbarungen aufgenommen wurde. Wer nun aber eine baldige Vorlage eines entsprechenden Gesetzesentwurfes erwartet hatte, sah sich getäuscht. Erst im Sommer 1974 ergriffen einige Abgeordnete vom linken Fraktionsflügel der FDP und der SPD die Initiative und legten einige Gesetzesentwürfe für die Abschaffung des Prüfungsverfahrens vor, um die Bundesregierung zu einem Tätigwerden zu veranlassen.

Damit begann eine Geschichte der ständigen Verwässerung des ursprünglichen Wahlversprechens. Mußten schon einige Kompromisse eingegangen werden, um die Gesamtfraktion der FDP zu veranlassen, einen Gesetzentwurf für die Abschaffung des Prüfungsverfahrens in den Bundestag einzubringen, so legte Leber einige Tage bevor dies geschehen konnte, einen eigenen Entwurf vor, der mit den ursprünglichen Initiatoren nicht abgestimmt war. Seit diesem Zeit-

FORTSETZUNG SEITE 3

Kommentare

Rüdiger Pusch: Kriegsdienstverweigerung 1/3
Joachim Hirsch: Ablaßhandel 8
Claus Armann: Zensierte Jusos 8
P.C. Walther: SPD 9
Detlev Claussen: DDR-Opposition 11
Bernd Schleich: Chile 12
Dany Diner: Nahost 13

Russell-Tribunal

Zum Geheimpapier des Innenministeriums 6
Neuer Aufruf zum Russell-Tribunal 25

Hochschulen

K. Sprenger/R.Keßler: Ordnungsrecht 10
Joachim Hirsch: Uni-Krise 17
SB-Hochschulgruppe Frankfurt: Streiks 26

Artikel

Rudolf Hickel: Sachverständigenrat 15
Lutz Mez: AKW in Westeuropa 21
Rainer Stange: Zu Jungks "Atomstaat" 23

Information/Berichte Initiativen/Aktionen

"Proletenpassion" 27
Juragruppen 28
Theaterwerkstatt 28
Pfadfinder 29
Jugendzentren 29
Geschlossene Heime 31

NEUES VOM RECHTSSTAAT

Buchhändler freigesprochen — § 88a bestätigt

Der erste Prozeß auf der Grundlage des Gewaltparagraphen 88a Strafgesetzbuch endete mit einem Freispruch — freilich einem Freispruch, der im vorliegenden Falle die "verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalt" objektiv für gegeben hält.
Zur Vorgeschichte: Im August 1976, kurz nach Verabschiedung des § 88a, wurden Buchläden in etlichen bundesdeutschen Städten durchsucht. Gesucht wurde im Auftrag der Bundesanwaltschaft nach der Flugschrift "Revolutionärer Zorn" — einem Blatt, das von den "Revolutionären Zellen" herausgegeben wird, das der RAF-Ideologie und -Praxis nicht allzufern steht und das die Buchhändler unaufgefordert zugeschickt bekommen hatten. Verhaftet wurde damals als einziger der derzeitige Geschäftsführer der "Politischen Buchhandlung" in Bochum, Thomas Krams. Ihm wurde Ende 1977 vor dem Landgericht Dortmund der Prozeß gemacht. Vor Gericht erklärte Thomas Krams: "Ich hatte den "Revolutionären Zorn' bis zum Tag meiner Inhaftierung nicht gelesen." Denn: "Es ist unser Anspruch und mittlerweile gang und gäbe, daß uns Gruppen oder Einzelpersonen Informationsmaterial, Flugblätter, Zeitungen unaufgefordert bringen oder schicken, das wir selbstverständlich unzensiert ... im Laden auslegen, damit es von den Besuchern der Buchhandlung mitgenommen werden kann".
(Anmerkung: Thomas Krams Ansicht wird allerdings nicht von allen Buchhändlern geteilt. Mehrere der im August 1976 von der Polizei heimgesuchten Buchläden haben den "Revolutionären Zorn" dem Genossen Papierkorb zur weiteren Bearbeitung überlassen.)
So problematisch auch Thomas Krams Einstellung zum Verbreiten von Publikationen aller Art erscheinen mag — dies ändert nichts daran, daß der § 88a für Justiz und Staatsinstanzen ein willkommenes Instrument zur Zensur ist. Darauf hoben auch Thomas Krams Verteidiger ab: Der § 88a sei — so Rechtsanwalt Heldmann — verfassungswidrig, da er gegen das Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit und gegen das Bestimmtheitsgebot (Art. 103 GG) verstoße. Der Prozeß könne daher erst stattfinden, wenn das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes überprüft habe. Diesem Antrag folgten die Dortmunder Richter nicht: § 88a sei nicht verfassungswidrig, erklärten sie vorab. Damit war § 88a gerettet.
Stattdessen stellte das Gericht fest: Der Inhalt des "Revolutionären Zorns" erfülle sehr wohl den objektiven Tatbestand des § 88a. Dazu zitierten die Richter eine bestimmte Passage aus dem "Revolutionären Zorn":
"Jeder Bulle, der im Vollzug seines Dienstes auf irgendwelche Menschen anlegt, muß wissen, daß er damit leichtfertig die Annehmlichkeit seines Lebens aufs Spiel setzt".
Daß Thomas Krams in Sachen § 88a jedenfalls freikam, hatte er also seiner Unkenntnis zu verdanken, die übrigens auch von einem Beamten des Bundeskriminalamts vermutet wurde. Ein strafbarer Vorsatz bei der Verbreitung des "Revolutionären Zorns" liege nicht vor, da Thomas Krams nicht nachzuweisen sei, daß er den Inhalt der Zeitung gekannt habe.
(Quellen: FR vom 15.12.1977; ID 208 vom 17.12.1977)

Verboten: Anti-KKW-Plakette im Unterricht

Im Herbst 1977 hatte die Hamburger Schulbehörde dem dortigen GEW-Landesverband mitgeteilt, daß Schulleiter befugt seien, "Lehrern das Tragen von sog. Anti-Atomkraft-Plaketten während der Unterrichtszeit in der Schule zu untersagen". Denn es bewirke "eine einseitige Einflußnahme auf die freie Entfaltung des politischen Denkens der Schüler".
Gegen diese Verfügung erhoben etliche Lehrer Widerspruch. Da die Schulbürokratie dennoch auf sofortige Wirksamkeit ihrer Maßnahme pochte, beantragten 115 Lehrer beim Verwaltungsgericht Hamburg eine einstweilige Anordnung gegen den sofortigen Vollzug. Indes, die Verwaltungsrichter sangen die gleiche Melodie wie die Verwaltung: Sie lehnten den Antrag der Lehrer ab und warfen den Plakettenträgern sogar Indoktrinationsversuche vor. Über den Widerspruch selbst muß die Hamburger Senatsbehörde noch entscheiden. Wie diese Entscheidung aussehen wird, dürfte klar sein.

★

Von einem Plakettenverbot betroffen sind auch Schüler an etlichen Schulen bundesdeutscher Länder, z.B. die Schüler der staatlichen Fachoberschule Augsburg. Ihnen untersagte der Direktor Anfang Dezember 1977, die "Atomkraft? — Nein Danke"-Plakette zu tragen. Etwa 25 bis 30 Schüler befolgten das Verbot nicht. Gegenüber vier Schülern stieß der Schulleiter Drohungen aus (befristeter Ausschluß vom Unterricht, verschärfter Verweis) und begründete das Verbot: Politische Werbung, das Tragen von Parteiabzeichen und parteipolitische Tätigkeit seien in der Schule verboten. Die Plaketten aber würden, so der Direktor, in eine aktuelle politische Diskussion eingreifen. Zudem wolle ja der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz eventuell bei den nächsten Wahlen kandidieren. Als weiteren Grund führte der Direktor "die allgemein zunehmende politische Radikalisierung" an.
(Quellen: päd.extra 11/77; Referendarszeitung Hamburg; ID Nr. 208 vom 10.12.77).

Kausalkette

Die Logik (und nicht nur sie) darf schon mal mit Füßen getreten werden, wenn Bürokraten Repressivmaßnahmen verhängen wollen. Um diese Erfahrung reicher geworden, ist der AStA der Fachhochschule Darmstadt. Anfang November 1977 hielt die Verwaltung der FHS Darmstadt die Studentenschaftsgelder (10.000 DM) zurück. Die Verwaltungsbürokraten begründeten die Stornierung der Gelder mit Parolenmalereien an Gebäuden der Fachhochschule, für die der AStA verantwortlich gemacht wurde.
In einem Fall hörte sich das dann so an: "In der Nacht vom 10./11.1.73 wurden 97 Fenster des Hochhauses der FHS Darmstadt verschmiert. Da dies zur Nachtzeit geschah, konnte dies nur der AStA ... gewesen sein".
In einem anderen Fall schrieb die FHS-Bürokratie: "Es ist zwar nicht nachgewiesen, daß AStA-Mitglieder bei Anbringung der Beschriftung beteiligt waren oder dazu anstifteten. Ebensowenig ist erwiesen, daß der AStA bei Beschädigungen geistig mitgewirkt hat, was zur Mittäterschaft ausreichen würde. Der AStA hat jedoch eine Kausalkette in Gang gebracht". Und: "Dem steht nicht entgegen, daß der Streik nicht vom AStA, sondern von der Vollversammlung beschlossen wurde". Und dies: "Die vom AStA in Gang gesetzte Kausalkette war von ihm erwünscht. Sie führte zum Verschmieren der Fenster und Plattenwege. Das schädigende Ereignis wäre unterblieben, wenn der AStA nicht zum Streik aufgerufen, die Emotionen aufgeheizt und den Streik durchgeführt hätte".
Fazit: Der AStA hat die "Schmierereien" gemacht — so die Logik der Bürokraten —, und wenn er sie nicht gemacht hat, dann hat er eine entsprechende "Kausalkette" in Gang gebracht. Oder wie es der AStA sarkastisch ausdrückte: "Dies ist angewandtes Kriegsrecht — nach dem Motto: Wenn ich den Täter nicht habe, erschieße ich jeden 5. Mann".
(Quelle: Pressemitteilung des AStA)

Amtsrichter und KKW-Gegner von Berufsverbot bedroht

Einem Bielefelder Amtsrichter und Atomkraft-Gegner droht ein Berufsverbot: Helmut Ostermeyer ist der Familienrichter am Amtsgericht Bielefeld. Seit einigen Jahren hält er an der juristischen Fakultät der Universität Bielefeld zusätzlich Seminare (durch Lehraufträge finanziert) ab. In diesen Seminaren versucht er als einer der wenigen Juristen, Probleme des Strafrechts und der Kriminalität mit psychologischen und sozialwissenschaftlichen Inhalten zu verbinden.
Im Oktober 1977 veröffentlichte Helmut Ostermeyer einen Artikel mit dem Titel "Zur Rechtslage im Kernkraftwerksbau" im "Paragraphenreiter" (Zeitung der Jurastudenten) und in den "Bielefelder Nachrichten" (Zeitung der Bielefelder Studentenschaft). In dem Artikel diskutiert er das Recht auf Widerstand gegen den Bau von Kernkraftwerken. Er führt dabei aus, daß die Betreiber von KKWs die Sozialpflichtigkeit des Eigentums mißachten, da KKWs ein Gefährdungspotential für die Bevölkerung darstellen. Damit würden sie das im GG, Artikel 2, verankerte Recht auf Unversehrtheit des Lebens mißachten, woraus Ostermeyer ein Notwehrrecht ableitet.
Nach seinen Veröffentlichungen zweifeln plötzlich Lehrende der Fakultät für Rechtswissenschaft seine "fachliche Kompetenz" an. Am 2.11.77 beschloß die Fakultätskonferenz Jura (mit Stimmenverhältnis 17:13), Helmut Ostermeyer seinen Lehrauftrag (obwohl dessen Problematik mit seinem Artikel wenig zu tun hat!) fristlos zu kündigen, obgleich das Semester schon angelaufen ist. Eine offizielle Begründung für diese Entscheidung wurde zunächst nicht gegeben. In den Bielefelder Tageszeitungen erschienen jedoch einige Berichte, in denen Helmut Ostermeyer Billigung von Gewalt vorgeworfen wird.
Laut "Neue Westfälische" vom 10.11.77 hat inzwischen auch der nordrhein-westfälische Justizminister Dr. Dieter Posser gegen Ostermeyer ein Verfahren wegen dessen Tätigkeit am Amtsgericht eingeleitet. Eine Dokumentation kann bestellt werden bei der Fachschaft Jura, Uni Bielefeld, Universitätsstr. 48, 48 Bielefeld.
(Quelle: ID 205, 26.11.1977)

Kriegsdienst-verweigerung

FORTSETZUNG VON SEITE 1

punkt stand eine Abschaffung des Prüfungsverfahrens, wie es versprochen worden war und wovon alle bisherigen Entwürfe ausgegangen waren, nicht mehr zur Debatte. Der Leber-Plan zielte auf eine zeitweise Aussetzung des Prüfungsverfahrens für ungediente Wehrpflichtige. Im Sommer 1976 wurde er (im wesentlichen unverändert) von der SPD/FDP-Koalition als Gesetz verabschiedet. Die Bundesregierung präsentierte in ihrer Leistungsbilanz für die Bundestagswahl 1976: die Abschaffung des Prüfungsverfahrens. Dies entsprach nicht nur – wie beschrieben – nicht den Tatsachen, sondern war auch ziemlich voreilig. Die CDU/CSU hatte nämlich von Anfang an den Gesetzentwurf entschieden bekämpft, weil er die Wehrpflicht abschaffe und damit die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik aufs Spiel stelle. Da sie mit dieser politischen Argumentation nicht durchdrang, erklärte sie das Gesetz durch den Bundesrat als zustimmungsbedürftig (d.h. ohne Zustimmung des Bundesrates könne es nicht in Kraft treten) und erklärte der Regierungskoalition hierüber den Verfassungsstreit. Der Bundespräsident prüfte das Gesetz daraufhin sehr lange und lehnte seine Unterschrift unter das Gesetz dann (nach den Bundestagswahlen) ab. Damit war das Gesetz vorerst gescheitert. Anstatt offensiv gegen die politische Argumentation der CDU/CSU anzugehen, ließ sich die SPD auf die formaljuristische Ebene der Auseinandersetzung ein, – bei der zwiespältigen Haltung gegenüber dem Gesetz in der Koalition selber allerdings nicht weiter verwunderlich. Die politischen Kosten dieses Versäumnisses hat die SPD/FDP-Koalition jedoch nicht zum ersten Mal verspürt. Von der verfassungspolitischen Offensive der Opposition überrollt, wird sie zunehmend in die Ecke der Verfassungsfeindlichkeit gedrängt und damit ihrer Glaubwürdigkeit und politischen Legitimation beraubt. Die demagogische Formel: Freiheit oder Sozialismus erhält infolge der politischen Fehler und Unterlassungen der Bundesregierung den Grad von Glaubhaftigkeit, dessen sie bedarf, um nicht als Propagandalüge sich gegen ihre Urheber zu richten.

Die Koalition änderte nach dem Scheel-Eklat die angeblich bedenklichen organisatorischen Regelungen in dem Gesetzentwurf (vor allem wurde die ursprünglich vorgesehene Übertragung der Verantwortlichkeit für die nach wie vor durchzuführenden Prüfungsverfahren für KDVer vom Bundesverteidigungsministerium auf das Arbeitsministerium wieder rückgängig gemacht) und brachte den Gesetzentwurf im Februar 1977 erneut in den Bundestag ein. Im Juli 1977 wurde der Gesetzentwurf – diesmal nicht zustimmungsbedürftig – vom Bundestag mehrheitlich verabschiedet und vom Bundespräsidenten unterschrieben. Gegen das Inkrafttreten der Wehrpflichtnovelle am 1.8.1977 richtete sich die einstweilige Anordnung, die die CDU/CSU beim Bundesverfassungsgericht beantragte.

Das Gericht entschied zunächst nicht über diesen Antrag, sondern setzte die mündliche Verhandlung auf den 30.11.77 fest. Die Verhandlung selber war geprägt durch ein äußerst aggressives Auftreten der Anwälte der Opposition und eine blamable Vorstellung der Anwälte von Bundesregierung und Bundestagsmehrheit. Hatte es schon vor der Verhandlung über den reinen Vertretungsauftrag hinaus keine inhaltliche Abstimmung der Argumentation zwischen der Bundesregierung bzw. der Bundestagsmehrheit und deren Prozeßvertreter gegeben, so kann man darüber nachdenken, welchen positiven Effekt sich Verteidigungsminister Leber auf die Verhandlungsposition der Bundesregierung versprach, als er am Abend des ersten Verhandlungstages in Bonn vor die Presse trat und erklärte, daß er ein solches Gesetz nie wieder machen würde. U.a. mit Unfähigkeit, Konzeptionslosigkeit und mangelnder Vorbereitung ist auch das Auftreten des Beauftragten der Bundesregierung für den Zivildienst, Iven, zu erklären, der sein Versprechen in der offiziellen Zivildienstzeitschrift "der zivildienst" vom Oktober 1977 für das Geschwätz von gestern erklärte und aus dem Stand neben der Kasernierung von Zivildienstleistenden weitere Maßnahmen zur Verschlechterung des Zivildienstes in die Diskussion brachte (Übertragung der Abschreckungsstrategie auf den Zivildienstsektor). Die gleiche Konzeptionslosigkeit prägt Vorschläge, wie sie derzeit (auch) von SPD-Abgeordneten gehandelt werden, den Zivildienst auf 24 Monate zu verlängern, nachdem noch in der Bundestagsdebatte vom 27.5.77 Leber erklärt hatte, daß eine Zivildienstdauer von 18 Monaten die verfassungsrechtlich gerade noch zu rechtfertigende Höchstdauer darstelle. Daß dieser Vorschlag darüber hinaus auch noch in einem Zielkonflikt steht mit der Absicht, möglichst alle Zivildienstpflichtigen zur Ableistung ihres Zivildienstes heranzuziehen, da auf diese Weise wegen der längeren Dienstzeit noch mehr Einsatzpläne für Zivildienstleistende benötigt würden, ist nur ein weiteres Indiz für die behauptete Konzeptionslosigkeit.

Angesichts dieser Sachverhalte überrascht nicht mehr so sehr die inhaltliche Stoßrichtung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts als vielmehr, daß es das Bundesverfassungsgericht für notwendig hielt, nun doch noch die beantragte einstweilige Anordnung zu erlassen, nachdem man noch am 30.11.77 allseits davon ausgegangen war, daß mit der Anberaumung eines frühen Verkündungstermines Anfang März 1978 eine Entscheidung über den Antrag auf einstweilige Anordnung obsolet geworden sei.

Bevor nun untersucht werden soll, ob der Überraschungscoup des

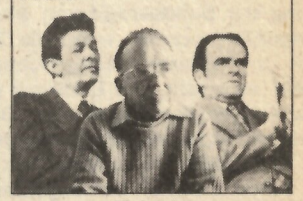
olle und wolter

Soeben erschienen:
Das neue Mandel-Buch!

KRITIK DES EUROKOMMUNISMUS
Revolutionäre Alternative oder neue Etappe in der Krise des Stalinismus?

ERNEST MANDEL

Die historischen Wurzeln des Eurokommunismus / Die Ostberliner Konferenz / Elleinstein, Carrillo, Bahro – Drei Rezensionen / Das Wirtschaftsprogramm der KPF / Die KPF und der bürgerliche Staat / Zur Strategie des Eurokommunismus



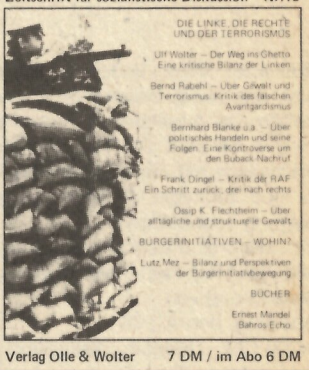
Olle & Wolter

Aus dem Inhalt:
- Die historischen Wurzeln des Eurokommunismus
- Elleinstein, Carrillo, Bahro – drei Rezensionen
- Das Wirtschaftsprogramm der PCI
- Zur Strategie des Eurokommunismus
- Die Ostberliner Konferenz
- PCF und bürgerlicher Staat

u.v.a.

220 Seiten, DM 9,80

kritik
Zeitschrift für sozialistische Diskussion Nr.15



Verlag Olle & Wolter 7 DM / im Abo 6 DM

Theo Pirker
Verordnete Demokratie
Grundlagen und Erscheinungen der „Restauration"
300 Seiten, DM 22,80

Theo Pirker
Die SPD nach Hitler
Die Geschichte der SPD nach 1945
364 Seiten, DM 22,80

Fernando Claudin
Die Krise der Kommunistischen Bewegung
Von der Komintern zur Kominform Band I
360 Seiten, DM 29,80

✱ Postfach 4310, 1000 Berlin 30

Verfassungsgerichts auf zwingende verfassungsrechtliche Erwägungen zurückzuführen ist, seien noch einmal kurz die Grundzüge der Wehrpflichtnovelle von 1977 dargestellt: der Zivildienst wurde auf 18 Monate verlängert (gegenüber 15 Monaten bei der Bundeswehr); das Prüfungsverfahren wurde nur für ungediente und noch nicht einberufene Wehrpflichtige ausgesetzt (alle übrigen KDVer mußten nach wie vor ein modifiziertes Prüfungsverfahren durchstehen); das modifizierte Prüfungsverfahren konnte jederzeit für diesen Personenkreis durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung wieder eingeführt werden, wenn die Zahl der verfügbaren Wehrpflichtigen nicht ausreicht, die Erfüllung des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr sicherzustellen; ungediente Wehrpflichtige konnten bis zu 2 Jahre darüber im Ungewissen gelassen werden, ob sie ohne Prüfungsverfahren ihren Zivildienst ableisten konnten oder ob sie doch noch ein Prüfungsverfahren zu absolvieren hätten; für diejenigen KDVer, die ein Prüfungsverfahren nach dem neuen Gesetz durchzumachen hatten, war eine schriftliche Antragsbegründung zwingend vorgeschrieben (was ein zusätzliches Erschwernis für Antragsteller, die sich nicht so gut artikulieren können, also vor allem Lehrlinge, bedeutet hätte); ein KDV-Antrag nach neuem Recht hätte nur in Friedenszeiten und nur bis zum Abschluß der 1. Instanz aufschiebende Wirkung besessen, d.h. vor der Einberufung zur Bundeswehr geschützt, im Bereitstellungs- bzw. Verteidigungsfall hätten ungediente Wehrpflichtige, im Friedensfall auch die Soldaten und Einberufenen erst einmal zur Bundeswehr zu gehen, wo sie bis zu 3 Monate hätten festgehalten werden können, auf Antrag allerdings zum waffenlosen Dienst hätten eingeteilt werden müssen; die im Gesetz vorgesehene Beweislasterleichterung im Prüfungsverfahren hätte demgegenüber – folgt man den Kommentierungen in juristischen Publikationen – gegenüber dem bisherigen und jetzt wieder geltenden Rechtszustand kaum eine wirkliche Verbesserung gebracht.

Schon eine reine Darstellung dieser Kernpunkte der Wehrpflichtnovelle zeigt auf, daß diese kaum Verbesserungen, dafür aber so viele Verschlechterungen der Rechtsposition der KDVer mit sich gebracht hätte, daß man allenfalls hätte versuchen können, "mit dem Gesetz zu leben", eine Zustimmung jedoch ausgeschlossen war. Warum sah sich das BVerfG nun trotzdem veranlaßt, die Wehrpflichtnovelle außer Anwendung zu setzen?

Zunächst fällt einmal auf, daß der Beschluß des Verfassungsgerichts auch nicht eine Spur einer verfassungsrechtlichen Begründung erkennen läßt. Die Begründung beruht im wesentlichen auf einer reinen Zahlenspielerei. Schon bei der mündlichen Verhandlung hatten im Vordergrund der Erörterungen nicht verfassungsrechtliche Argumentationen, sondern die Zahl der KDV-Anträge seit Inkrafttreten der Wehrpflichtnovelle am 1.8.77 sowie die Zahl der verfügbaren Plätze im Zivildienst und die Zahl der verfügbaren Wehrpflichtigen gestanden. Aus diesen Zahlen hat das BVerfG geschlossen, daß zahlreiche KDVer in absehbarer Zeit angesichts der verfügbaren Anzahl an Einsatzplätzen nicht zum Zivildienst herangezogen werden könnten, daß andererseits aber bereits 1978 beschränkt Wehrpflichtige, "die nach den bisher geltenden Regeln der Bedarfsplanung der Bundeswehr zum Wehrdienst nicht einberufen" wurden, hätten herangezogen werden müssen. Die Einberufung dieser Gruppe, nur "weil sich andere, auch taugliche Wehrpflichtige ... lediglich in Ausnützung der ihnen ... eröffneten Möglichkeit, nicht aber auf Grund einer die Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe rechtfertigenden Gewissensentscheidung ihrer Wehrpflicht entziehen", erschien den roten Roben in Karlsruhe unerträglich. Durch die einstweilige Anordnung erleidet im übrigen nach der Ansicht der Richter "niemand einen ins Gewicht fallenden Nachteil". Offen bleibt in dieser Entscheidung nicht nur, aus welchen Erkenntnisquellen die Hüter der Verfassung ihre Weisheit geschöpft haben, daß KDVer nur in der Ausnützung der ihnen eröffneten Mög-

lichkeiten, aber nicht aufgrund einer Gewissensentscheidung den Kriegsdienst verweigert haben (Unabhängig von dem im Duktus des Beschlusses anklingenden Vorwurf des Mißbrauchs und der Drükkebergerei und unabhängig von der Frage, ob eine Gewissensentscheidung überhaupt einer juristischen Überprüfung offensteht, ist eine solche Erkenntnis ohne Kenntnis der Argumente der Antragsteller schon rein logisch gar nicht möglich. Das tragende Argument der Verfassungsrichter hat also die Qualität einer Unterstellung.). Selbst wenn das BVerfG aber (der Propagandalüge der Bundesregierung aufgesessen und) subjektiv der Überzeugung ist, daß es einen Zusammenhang zwischen der Zahl der verfügbaren Einsatzplätze und der Zahl der KDV-Anträge dergestalt gibt, daß eine geringe Zahl an Einsatzplätzen im Zivildienst die KDVer zu der Hoffnung veranlasse, nicht einberufen zu werden (empirisch haben prozentual in den letzten Jahren mehr zur Verfügung stehende Zivildienstleistende Zivildienst als zur Verfügung stehende Wehrpflichtige Wehrdienst abgeleistet), so ist der Beschluß schon deshalb nicht zu halten, weil für die Tatsache, daß nicht genügend Einsatzplätze zur Verfügung stehen, nicht die KDVer, sondern die Bundesregierung verantwortlich ist, die es versäumt hat, sich um Einsatzmöglichkeiten für KDVer zu bemühen. Wenn bisher die im sozialen Bereich zur Verfügung stehenden Einsatzmöglichkeiten nicht aufgeschlossen worden sind, so hängt dies vor allem mit einer verfehlten, auf mangelnde Attraktivität, d.h. Abschreckung fixierten Zivildienstpolitik der Bundesregierung zusammen. Aber nicht nur aus diesen Gründen ist der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts ein Skandal:

- das BVerfG hebt mit seiner Entscheidung den rechtsstaatlichen Grundsatz der Gewaltenteilung in einer neuen Dimension aus den Angeln: anstelle der juristischen Entscheidung einer politischen Frage wird direkt eine politische Argumentation gesetzt (die Frage der Gefährdung der Bestandskraft der Bundeswehr);
- entgegen der Annahme des Gerichts entstehen den KDVern eben doch erhebliche Nachteile durch die einstweilige Anordnung: so wurden nach dem neuen Recht abgeschlossene Verfahren nicht wieder in den alten Stand gesetzt. Die Folge ist, daß daraufhin KDVer teilweise zum Wehrdienst eingezogen wurden;
- das Gericht räumt der Bedarfsdeckung der Bundeswehr verfassungsrechtlichen Vorrang vor dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung ein.

Man wird gespannt sein dürfen, wie das BVerfG seine Entscheidung in der Hauptsache schließlich begründen wird. Daß das BVerfG die Wehrpflichtnovelle inhaltlich scheitern lassen wird, scheint jedenfalls nach der Begründung des Beschlusses festzustehen. Dies gilt vor allem auch in Kenntnis eines Urteils des gleichen Senats des BVerfG aus dem Mai 1977, in dem er die disziplinarische Bestrafung eines Soldaten für verfassungsgemäß erklärt hatte, der in seiner Freizeit in der Kaserne Unterschriften zur Unterstützung der Bevölkerung von Wyhl gesammelt hatte.

Politisch wird – wie immer der Spruch und seine Begründung letztendlich auch ausfällt – gewährleistet werden, daß der Bestand der Bundeswehr als Klasseninstrument der bürgerlichen Gesellschaft gesichert bleibt. Der Notbrems-Beschluß des BVerfG zeigt aber auch, daß der bürgerliche Staat den Bestand seiner Gewaltapparate selber nur noch durch (strukturelle) Gewalt aufrecht erhalten kann.

Die Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung in den letzten Jahren und in den Monaten August bis November 1977 belegt, wie immer sich die Zahl der KDV-Anträge nach der Wiedereinführung des Prüfungsverfahrens auch entwikkeln wird, daß die Notwendigkeit der Bundeswehr in weiten Kreisen der Jugend nicht mehr akzeptiert wird. Dies aber war deshalb umso bedenklicher, weil sich mit der Aussetzung des Prüfungsverfahrens eine Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Kriegsdienstverweigerer ergeben hatte. Durch den (zeitweisen) Wegfall des Prüfungsverfahrens konnten sich immer mehr Lehrlinge und Jungarbeiter den Sozialisationseinflüssen der Bundeswehr entziehen. Sie zogen einen um immerhin 3 Monate längeren Zivildienst der Bundeswehr vor. Für viele von ihnen war und ist Zivildienst in Anbetracht von fehlenden Ausbildungsplätzen und von Jugendarbeitslosigkeit auch eine Möglichkeit, nach einem neuen beruflichen Anfang zu suchen (neben der Motivation, endlich aus dem Elternhaus herauszukommen). Da darüber hinaus die Militarisierung des Zivildienstes (die sicherlich weiter forciert werden wird) strukturelle Grenzen in den Anforderungen eines Dienstes im sozialen Bereich

Arbeitstreffen des Arbeitsfeldes Antimilitarismus

Am 4./5. März findet in Frankfurt a.M. das zweite bundesweite Arbeitstreffen des Arbeitsfeldes Antimilitarismus im SB statt. Die Tagung soll sich thematisch mit der Analyse von Politik und Strategie der Abrüstungsbewegung beschäftigen.

Der Koordinationsrat des Arbeitsfeldes schlägt hierzu die folgende Tagesordnung vor:

Samstag, den 4.3.78

14.00 Uhr – Plenum: Diskussion über theoretische Grundlagen und strategische Begründungen der Abrüstungsinitiativen.

16.30 Uhr – Diskussion in Arbeitsgruppen; sie sollten unseres Erachtens nicht thematisch aufgegliedert werden, was aber Schwerpunktsetzungen in der Diskussion nicht ausschließen soll.

18.30 Uhr – Abendbrot.

20.00 Uhr – Fortführung der Arbeitsgruppen.

Sonntag, den 5.3.78

8.30 Uhr – Plenum: Diskussion über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, weitere Arbeit des Arbeitsfeldes bzw. des SB insgesamt zur Abrüstungsfrage und der Beteiligung an den verschiedenen Abrüstungsinitiativen.

13.00 Uhr – Plenum: Name des Arbeitsfelds/der Projektgruppe.

14.00 Uhr – Ende des Treffens.

Das Bundestreffen wird durch ein Rundschreiben des Arbeitsfeldes vorbereitet. Eure Anmeldungen (schreibt unbedingt auch, ob Ihr Schlafplätze benötigt) richtet bitte an das Sozialistische Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4; zugleich mit der Anmeldung könnt Ihr auch das Rundschreiben anfordern. ★

Schluß mit dem Gewissens–TÜV! – Kampf dem Arbeitsdienst!

Mit Erscheinen dieser "links" ist die Aktionswoche der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden (23. -28. Januar 1978) bereits beendet. Diese Aktionswoche kann jedoch lediglich der Anfang einer intensiven Kampagne gegen die angestrebten einschneidenden Verschlechterungend einige Auszüge aus dem Aufverweigerer und Zivildienstleistenden sein. Deshalb drucken wir nachfolgen einige Auszüge aus dem Aufruf der Selbstorganisation Zivildienstleistender zur Januar-Aktionswoche. Der Aufruf enthält die wichtigsten Forderungen, für die es auch weiterer Aktivitäten bedarf. Der Arbeitsausschuß des SB hat auf seiner Sitzung am 7./8.1.1978 beschlossen, den Aufruf zu unterzeichnen und die Gruppen des SB zur Unterstützung der Aktionen der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden aufzurufen. Informationen über die Situation der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden sowie zu weiteren Aktionen sind erhältlich über Selbstorganisation Zivildienstleistender, Bundeszentrale, Hochstr. 56, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/294488.

Auszüge aus dem Aufruf "Schluß mit dem Gewissens-TÜV – Kampf dem Arbeitsdienst!"

„Die letzten Wochen künden einschneidende Veränderungen im Zivildienst an:

– die Heimschlaferlaubnisse sollen generell abgeschafft werden,
– immer mehr Zivildienstleistende werden zu heimortfernen Dienststellen einberufen,
– sämtliche Zivildienstleistenden sollen kaserniert werden.
– Strafversetzungen häufen sich,
– die Macht der Dienststellen und Verbände wird durch die Übergabe von Verwaltungsaufgaben verstärkt,
– der Zivildienst soll auf den Zivil- und Katastrophenschutz ausgeweitet werden,
– eine erneute Verlängerung der Dienstzeit ist im Gespräch.

In all diesen Punkten drückt sich aus, daß im Zivildienst mehr und mehr die militaristischen Bestimmungen des Zivildienstgesetzes zur Anwendung kommen sollen, damit sich der Zivildienst zum Arbeitsdienst entwickelt. Dies lehnen wir entschieden ab. Wir wollen keinen neuen Reichsarbeitsdienst!

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, dem Antrag der CDU/CSU auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Wehrpflichtnovelle stattzugeben, gibt grünes Licht für weitere Verschärfungen im Zivildienst, weil die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung den Zivildienst nicht "lästig" genug gestalten. Gleichzeitig wird die Gewissensprüfung wieder eingeführt, die menschenunwürdig und erniedrigend ist. Weil wir diese Entwicklung nicht hinnehmen wollen, rufen wir alle Kriegsdienstverweigerer, Zivildienstleistenden und alle fortschrittlichen Menschen auf, ...

Keine Kasernierung von Zivildienstleistenden – Sofortige Schließung der Zivildienstkaserne "Vinckehof"!

- Diese Aktionen sind für die Zivildienstleistenden wichtig, weil sie durch ihren Dienst von den Verschärfungen als erste betroffen sind.
- Sie sind für die von den Zivildienstleistenden Betreuten wichtig, weil die Kasernierung, das stundenweise Ausleihen von Zivildienstleistenden und der Einsatz von Zivildienstleistenden anstelle qualifizierten Personals ihre Betreuung gefährdet.
- Sie sind für unsere Arbeitskollegen wichtig, weil der zunehmende Einsatz von Zivildienstleistenden als weitgehend rechtlose und billige Arbeitskräfte ihre Arbeitsplätze gefährdet und Tarifkämpfe erschwert.
- Sie sind für zukünftige Kriegsdienstverweigerer wichtig, weil jetzt die Weichen für die Entwicklung des Zivildienstes gestellt werden.
- Sie sind für Mädchen und Frauen wichtig, weil Herr Iven ab 1985 auch sie zum Zivildienst einberufen will.

Völlige Abschaffung des Gewissensprüfungsverfahrens! Freie Wahl der Dienststelle – keine Kasernierung von ZDL! Keine Versetzung gegen den Willen der Betroffenen – Rücknahme der bisherigen Strafversetzungen! Kein Planstellenabbau durch den Einsatz von ZDL! Gegen die Verlängerung des Zivildienstes auf 18 Monate!

Foto: Rose

und in der dafür notwendigen Motivation hat, wird der Zivildienst auch in Zukunft nicht nur subjektiv als sinnvoller, sondern auch objektiv als erträglicher erfahren werden.

Jede KDV- und Zivildienstpolitik in einer bürgerlichen Gesellschaft (und der Zivildienst ist nichts anderes als funktional dem Militärdienst äquivalenter Zwangsdienst) steht damit vor dem Dilemma: Auf der einen Seite schaffen Prüfungsverfahren bei den ihnen Unterworfenen das Gespür für staatliche Repression, schaffen die Existenz des Prüfungsverfahrens und die (da Gewissen nicht justitiabel ist) unvermeidlichen Fehler und Fehlentscheidungen der Prüfungsgremien eine Situation, in der jährlich mindestens 10 Selbsttötungsversuche von KDVern in der Bundeswehr und eine gelungene Selbsttötung geschehen, in der nach Schätzung jährlich ca. 4.000 Verweigerer sich vor Dienstantritt ins Ausland oder nach Westberlin absetzen oder "in den Untergrund" gehen, in der ca. 1.500 Verweigerer jährlich aufgrund von Verstößen gegen die Wehrstrafgesetze verurteilt werden. Kein Zweifel, daß diese Vorkommnisse, die nicht nur schwer legitimierbar sind, die das Vertrauen von Jugendlichen in die Rechtsstaatlichkeit erschüttern und erhebliche Unruhe in der Armee schaffen, ein wesentlicher Grund für die Novellierung des Wehrpflichtgesetzes waren.

Auf der anderen Seite steht aber das beschriebene Problem des Legitimationsverlustes militärischer Ideologien und der relativ massenweisen Verweigerung (wie vorpolitisch auch immer) des Dienstes in dem offensichtlichsten staatlichen Gewaltapparat. In der offen zu Tage tretenden Empörung der Reaktion (und jetzt wohl emotional auch des BVerfG), daß eine Postkarte genügen soll, sich dem staatlichen Militärdienstzwang zu entziehen, steckt wohl implizit auch die Befürchtung, damit die eigentliche Motivation der Kriegsdienstverweigerung (die historisch sich nicht in der Friedensbewegung, sondern in anarchistischen, syndikalistischen und libertär-sozialistischen Gruppen entwickelte) anerkannt zu haben, nämlich daß das Individuum das Recht habe, die Verfügungsgewalt des Staates über sich und sein Schicksal nicht anzuerkennen. Eine solche Haltung greift allerdings die ideologischen Grundlagen des staatlichen Gewaltmonopols direkt an und kann deshalb vom bürgerlichen Staat nicht hingenommen werden. Das Prüfungsverfahren vermag die Integration des Verweigerers unter die staatliche Verfügungsgewalt zumindest insofern wieder herzustellen, als auf diese Weise doch das letzte Wort über die Berechtigung des Bürgers zur Verweigerung wieder beim Staate liegt. Nur die staatlich anerkannte Verweigerung ist legal, die staatlich nicht anerkannte, sanktionierte Verweigerung wird massiven Repressionen unterworfen.

Welche Konsequenzen sind nun aus dem Beschluß des BVerfG zu ziehen? Offensichtlich dürfte sein, daß es nicht ausreicht, papierne Resolutionen gegen den Beschluß des BVerfG und das zu erwartende Urteil zu setzen. Die kraftmeiernde Geste des "Wir werden dieses Urteil nicht hinnehmen", bleibt leer, solange die Mittel der Gegenwehr nicht angegeben werden können. Ebenso wenig nützt es, nur die politische Funktion des Urteils bzw. die verfassungsrechtliche Einseitigkeit herauszuarbeiten (so notwendig es ist). M.E. wird es notwendig sein, sich in den folgenden Wochen bis zum Urteil des BVerfG zu überlegen, welche Formen der Gegenwehr eingeleitet werden können. Dabei ist verstärkt auf die Tradition des zivilen Ungehorsams, der der KDV entstammt, zurückzugreifen.

Als eine mögliche Form wurde im Koordinationsrat des Arbeitsfeldes Antimilitarismus über einen Verfahrensboykott in den ersten beiden Instanzen gesprochen. Dies würde konkret bedeuten, daß KDVer nach der Stellung ihres Antrages und der Einreichung einer Begründung des Antrages die Beteiligung an den Verhandlungen vor dem Prüfungsausschuß bzw. der Prüfungskammer mit der Begründung ablehnen, daß sie sich weigern, sich einem Verfahren zu unterwerfen, das unter der Regie des Verteidigungsministeriums steht und in dem nach fragwürdigen Kriterien ein Auswahlverfahren durchgezogen wird, das in seiner Konsequenz vor allem die Bestandskraft der Bundeswehr sichern soll. Das Bundesverfassungsgericht hat selber in einer Entscheidung den Grundsatz ausgesprochen, daß als Kriegsdienstverweigerer nicht anerkannt werden kann, wer sich letztendlich (wenn auch nur resignativ) den militärischen Zielsetzungen des Staates unterordnet. Genau dies aber wird von jedem Kriegsdienstverweigerer mit seiner Beteiligung an dem Prüfungsverfahren erwartet. Ein solches Verfahren ist solange relativ risikolos für den Antragsteller (es kann ja nicht darauf ankommen, Märtyrer zu schaffen), wie die Formalien des Verfahrens eingehalten werden (also Widerspruch, Klage etc.). Über die Klage (die sich dann übrigens gegen die Bundesrepublik Deutschland richtet) wird dann vor einem Gremium (Verwaltungsgericht) verhandelt, das wenigstens formal von den militärischen Instanzen unabhängig entscheidet.

Dieser Vorschlag kann aber nur ein Mittel der individuellen Gegenwehr von Antragstellern sein, die ohnehin schon bereit sind, sich auch individuell gegen die politischen Tendenzen im Bereich der KDV und des Zivildienstes zur Wehr zu setzen (solche Versuche wird es geben, ob wir sie für sinnvoll

halten oder nicht). Wichtiger aber wird es sein, eine konsequente Arbeit im Zivildienst zu leisten. Die verstärkte Militarisierung des Zivildienstes wird hier zu verstärkten Widersprüchen führen, die aufgegriffen und politisiert werden müssen und können. Die Reduzierung von Heimschlaferlaubnissen und die Unterbringung in Dienstunterkünften (nicht gleichzusetzen mit Kasernierung im Zivildienst) können in manchen Einsatzstellen überhaupt erst die Voraussetzungen für eine bessere Kommunikation unter den Zivildienstleistenden schaffen. Das war auch der Grund für die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Anfang der 70er Jahre gegen die Erteilung der Heimschlaferlaubnis (entgegen dem klaren Wortlaut des damals geltenden Zivildienstgesetzes) durch die Zivildienstbehörden zu protestieren, eine Tatsache, die heute, wenn es darum geht, unter Hinweis auf angeblich ungerechtfertigte Vorteile der Zivildienstleistenden die Heimschlaferlaubnis rückgängig zu machen, gezielt unterschlagen wird. Festzuhalten bleibt, daß die Zivildienstleistenden die Heimschlaferlaubnis nicht gewollt haben, da sie die Intention der Entpolitisierung der ZDLer erkannt hatten. Heute kommt es darauf an, die Möglichkeiten einer (Re-)Politisierung zu erkennen und zu nutzen. Für Zivildienstleistende ist es dabei u.a. wichtig, sich über die Diskussion über eine gewerkschaftliche Organisierung der Wehrpflichtigen (im Rahmen der ÖTV oder als selbständige Soldaten / Wehrpflichtigengewerkschaft) zu informieren und zu überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, angesichts der identischen Grundlagen ihres Zwangsdienstes die Diskussion mit ihren Kollegen in der Armee über eine Dienstpflichtigengewerkschaft aufzunehmen.

RÜDIGER PUSCH

Anmerkung zum Papier Russell-Tribunal des Innenministeriums

Der Bertrand Russell Peace Foundation ist ein als "Verschlußsache – Nur für den Dienstgebrauch" qualifiziertes Papier des Referats "Öffentliche Sicherheit 2" des Bundesinnenministeriums zugespielt worden, das sich mit dem für 1978 geplanten internationalen Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik befaßt.

Das Papier besteht aus zwei Teilen: Der erste schildert schlecht und fehlerhaft recherchiert die "Entstehungsgeschichte" des Tribunals. Dieser relativ belanglose Text wurde im vergangenen Herbst im Bulletin des Innenministeriums veröffenlicht.

Interessant dagegen ist der vertrauliche zweite Teil des Papiers. Die Staatsschutz-Strategen liefern hier ihre Einschätzung der innen- und außenpolitischen Wirkungen des Tribunals – die mögliche Sammlung und Stärkung der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung – und listen dann eine Reihe von Maßnahmen zur Verhinderung des Tribunals auf. Kern all dieser Maßnahmen: Das Tribunal soll zum Opfer eben jener strafrechtlichen Zensurbestimmungen gemacht werden, die selbst Gegenstand der Untersuchung durch das Tribunal sein werden – allen voran der § 90a StGB: "Verunglimpfung des Staates". – Mit anderen Worten: Die Frage nach Zensur wird selbst zensiert.

Zu diesem Zweck wird im Innenministerium erwogen, gegen die ausländischen Mitglieder des Tribunals Einreiseverbote zu verhängen, sie als "unerwünschte Personen" zu behandeln. Es wird weiter erwogen, die Veranstaltung nach dem Versammlungsgesetz zu verbieten oder polizeilich aufzulösen, weil von ihr eine "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" ausgehe. Schließlich wird angeregt zu prüfen, ob nicht das Russell-Sekretariat in Berlin nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes aufgelöst werden kann, weil seine Tätigkeit – die Vorbereitung des Tribunals, wenn auch schwer beweisbar – gegen Strafgesetze verstoße, etwa: gegen das Verbot der "Verunglimpfung des Staates", wie sie von dem Tribunal zu erwarten sei.

Außerdem ins Spiel gebracht, dann aber allein aus technischen, nicht etwa aus politischen Erwägungen wieder verworfen, werden zwei weitere, fast schon gespenstisch anmutende Maßnahmen: die Infiltration des Tribunals mit (regierungs-) verläßlichen Personen, die für einen "Freispruch" der Bundesrepublik sorgen, und – man glaubt sich zu verlesen – die Möglichkeit, den Mitgliedern des Sekretariats vom Bundesverfassungsgericht die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gemäß Art. 18 GG aberkennen zu lassen – die Vorbereitung und Durchführung des Tribunals sei ein verfassungswidriger Mißbrauch dieser Grundrechte! FORTSETZUNG SEITE 8

Union Populaire

Jean Elleinstein
P.C.F.
Parti communiste français
160 Seiten; Paperback; DM 14,80
Der französische Kommunist Elleinstein eröffnet dem Leser das Innenleben seiner Partei. Er berichtet über demokratischen Zentralismus und die Auseinandersetzungen an der Parteibasis, über die Beziehungen zu den Sozialisten und über „Eurokommunismus". Vor den französischen Nationalwahlen im März 1978 gibt dieses Buch zum ersten Mal Einblick in den kommunistischen Teil der „Union du peuple".

J.-P. Chevènement (CERES) **neu**
Ende der Spaltung?
Zum Verhältnis von Sozialisten und Kommunisten
(Reihe Positionen der Sozialisten 4)
240 Seiten; Paperback; DM 16,80
„Es geht bei der Einheit der Linken nicht darum, wer die Hosen anhat. Entscheidend ist die Fähigkeit des einen wie des anderen Partners, anachronistische Strategien der Arbeiterbewegung zu überwinden und eine zeitgemäße Strategie der sozialistischen Umwälzung zu entwickeln." Chevènement, führender politischer Repräsentant des CERES, dem organisatorischen Zentrum des linken Flügels der Sozialistischen Partei, untersucht die Gründe für die historische Spaltung in der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Er weist die Ansatzpunkte für eine neue Form der Einheit in der Linken nach: Mit der Entwicklung des Eurokommunismus und mit der Stärkung der Sozialisten in der Sozialdemokratie sind die Bedingungen für eine gemeinsame Strategie der Arbeiterbewegung und die Grundlagen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gegeben.

Charzat/Toutain/Chevènement
CERES – Strategie für den Sozialismus
(Reihe Positionen der Sozialisten 1)
176 Seiten; Paperback; DM 14,80
Das Prinzip des demokratischen Zentralismus hat sich – abgesehen von historisch außergewöhnlichen Bedingungen – als ein Faktor der Verknöcherung herausgestellt, der jede wirkliche Demokratie auslöscht und jede politisch-theoretische Debatte behindert. Der linke Flügel der französischen sozialistischen Partei, seit Jahren als Fraktion im CERES organisiert, entwickelt seine Vorstellung vom französischen Weg zum Sozialismus. Das Buch ist zugleich eine sozialistische Kritik der Sozialdemokratie.

Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik
Diskussion in der KPF
196 Seiten; Paperback; DM 14,80
Steht die KPF noch auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus oder entwickelt sie sich zu einer sozialdemokratischen Partei? Was ist marxistische Philosophie? Der Sammelband mit Beiträgen führender theoretischer Repräsentanten der KPF dokumentiert Hintergründe und Gegenstand der Kontroverse.

Etienne Balibar
Über die Diktatur des Proletariats
192 Seiten; Paperback; DM 16,–
Etienne Balibar ist Mitglied der KPF; er setzt sich in diesem Band mit der Politik seiner Partei auseinander – seine Argumente sind ebenso gegen die Aufgabe der Diktatur des Proletariats gerichtet, wie gegen deren „stalinistische" Karikatur.

Louis Althusser
Ideologie und ideologische Staatsapparate
Aufsätze zur marxistischen Theorie
160 Seiten; Paperback; DM 14,80
Die politisch-theoretische Position des französischen Kommunisten Louis Althusser ist umstritten. Die in diesem Text zusammengefaßten Aufsätze geben nicht nur Auskunft über seine politisch-theoretische Position, sondern markieren zugleich Grundpositionen der neueren marxistischen Staatsdiskussion.

VSA, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26

Internes Papier des Innenministeriums zum Russell-Tribunal

Ende Dezember 1977 wurden an verschiedene Adressaten (auch an das SB) Kopien eines Papiers aus dem Innenministerium verschickt, das als "Vermerk" bezeichnet wird und sich mit dem Russell-Tribunal beschäftigt. Dieser "Vermerk" vom 20.9.1977, eine "Verschlußsache – Nur für den Dienstgebrauch", trägt das Aktenzeichen des Referats ÖS 2-614300-R/21 und kann mit Sicherheit als authentisch betrachtet werden. Der "Vermerk" ist in drei Punkte gegliedert: 1. Lage, 2. Bewertung und 3. Mögliche Gegenmaßnahmen.

Der 1. Punkt "Lage" enthält zum Teil bekannte, zum Teil halbwahre oder ungenaue Angaben. Dieser Teil dürfte u.a. als Quelle für die "Antwort der Bundesregierung" auf eine Kleine Anfrage über das Russell-Tribunal gedient haben (Bundestagsdrucksache 8/1205 vom 21.11.1977; diese "Antwort" aus dem Bundesinnenministerium trägt übrigens das Aktenzeichen ÖS 2-624300 R/21). Wir verzichten darauf, den ersten Teil des "Vermerk" hier abzudrucken, da er keine wichtigen Informationen bringt und lediglich zeigt, wie schlecht hier recherchiert und überwiegend tendenziös formuliert wurde.

Wichtiger scheinen uns der 2. und der 3. Teil des "Vermerk", die in aller Deutlichkeit enthüllen, wie Beamte des Innenministeriums über "öffentliche Sicherheit" in der BRD denken und welche Erwägungen sie anstellen, um eine legitime, legale und öffentliche Veranstaltung, die ihnen nicht genehm ist, zu behindern, zu bekämpfen, zu kriminalisieren und wenn irgend möglich auch zu unterbinden. Diese internen Planspiele des Referates Öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium müssen wir öffentlich machen (z.B. bei Veranstaltungen), und sie müssen zudem für uns alle Ansporn sein, das Russell-Tribunal noch mehr als bisher zu unterstützen. Letztlich ist dieser "Vermerk" ein weiteres höchst alarmierendes Zeichen dafür, wie notwendig ein Russell-Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in der BRD inzwischen geworden ist. Daran ändert auch nichts, daß jetzt das Innenministerium, als es gegenüber dem "Berliner Tagesspiegel" die Echtheit des "Vermerks" bestätigte, diesen zugleich als unverbindliche Denkarbeit einer untergeordneten Stelle herunterzuspielen versuchte.

"links"-Redaktion

Die Teile 2. und 3. des "Vermerk" haben folgenden Wortlaut:

2. Bewertung

Die Einstellung der maßgeblichen das Tribunal betreibenden Gruppen und die Erfahrungen mit ähnlichen Kampagnen im In- und Ausland lassen erkennen, daß mit dem Tribunal die rechtsstaatliche demokratische Ordnung der Bundesrepublik verleumdet werden wird. Erfahrungsgemäß verfangen derartige die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik entstellende Darstellungen nicht nur bei kritisch eingestellten Gruppen, sondern auch bei wohlgesinnten, aber schlecht und lückenhaft Informierten. Es ist nicht auszuschließen, daß auch längst bekannte, häufig widerlegte, aber dennoch immer wieder erhobene Vorwürfe gegen unsere demokratisch rechtsstaatliche Ordnung durch ein Verdikt bekannter Persönlichkeiten in den Augen vieler erneut Gewicht erhalten. An die innenpolitischen Rückwirkungen des ersten Russell-Tribunals in den USA wird erinnert. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß eine solche Veranstaltung sowohl neues Protestpotential schafft, vorhandenes sammelt und intensiviert als auch den gewalttätigen Extremismus ebenso wie Sympathien für die gegen den Staat kämpfenden Terroristen erneut stärkt.

Den hieraus erwachsenden Gefahren muß begegnet werden.

3. Mögliche Gegenmaßnahmen

Die im folgenden nur kurz erörterten Schritte sind als mögliche Gegenmaßnahmen auf ihre Durchführbarkeit und Wirksamkeit hin im einzelnen zu prüfen.

3.1. Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung demokratischer Kräfte mit dem Ziel, einen der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland gerecht werdenden "Freispruch" zu erzielen.

Ein solches Vorgehen erscheint schon wegen der Zugangsschwierigkeit und der großen Erfahrung mit konspirativen Arbeitsweisen der das Tribunal betreibenden Kräfte ausgeschlossen. Ein wirklich moderierender oder gar steuernder Einfluß demokratischer Persönlichkeiten ist auf derartige Vorhaben erfahrungsgemäß kaum zu erzielen. Die Werbewirksamkeit durch Teilnahme demokratischer Kräfte dagegen würde erheblich gesteigert.

3.2. Einwirken auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen und es nicht zu unterstützen.

Eine solche Aufforderung erscheint erforderlich, auch wenn sie nach bisherigen Erfahrungen nur teilweise befolgt werden dürfte. Einer solchen Bitte könnte zusätzliches Gewicht dadurch verliehen werden, daß sie aufgrund eines Kabinettsbeschlusses

– der Bundeskanzler an die Ministerpräsidenten der Länder sowie an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und

– die Bundesminister an die jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich in Frage kommenden Spitzenverbände und Landeskollegen

mit der Bitte richten würden, ihren Einfluß jeweils in der gleichen Richtung geltend zu machen.

Dabei bleibt zu bedenken, daß eine solche Aktion (schon wegen ihrer Seltenheit) dem Tribunal nicht zu unangemessener Publizität verhelfen darf.

In diesem Appell, das Tribunal nicht zu unterstützen, sollte eingeschlossen werden die Aufforderung, keine öffentlichen Räume (in Berlin) für die Durchführung oder (im gesamten Bundesgebiet) für vorbereitende Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

3.3. Verbote

– nach dem Versammlungsgesetz

Die Möglichkeit, das Tribunal oder es vorbereitende Versammlungen zu verbieten, ist von den jeweils zuständigen Ordnungsbehörden zu prüfen.

Erwogen werden könnte ein Verbot nach § 5 Ziff. 4 VersammlG, falls sich hinreichende Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Veranstalter Äußerungen etwa von sogenannten Zeugen, Jurymitgliedern und anderen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben. In Betracht kommen z.B. Straftatbestände nach §§ 89, 90a, 111, 126, 130, 140 StGB. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen über die Haltung und Äußerungen der das Tribunal vorbereitenden oder unterstützenden Gruppen kann sowohl mit derartigen Erklärungen als auch damit gerechnet werden, daß die Veranstalter des Tribunals solche Erklärungen als Teil der von ihnen benötigten, die staatlichen Organe der Bundesrepublik "belastenden" Zeugenaussagen dulden werden. Hierbei sollte bedacht werden, ob aus Gründen eindeutiger Beweissicherung und aus Wirksamkeitsüberlegungen eine polizeiliche Auflösung der Tribunal-Veranstaltung nach § 13 Abs. 1 Ziff. 4 VersammlG dem Verbot der Veranstaltung nicht vorzuziehen ist.

– nach dem Vereinsgesetz

Da sowohl das Vorbereitungssekretariat als auch die Unterstützungsinitiativen Vereine im Sinne von § 2 VereinsG sind, kommen Vereinsverbote gem. § 3 VereinsG in Betracht, falls festgestellt werden kann, daß ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder daß sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten. Derartige Verbote könnten wegen der Möglichkeit, ihren sofortigen Vollzug anzuordnen und die Vereinsvermögen zu beschlagnahmen und einzuziehen, nachhaltige Wirkung haben. Die o.g. für eine Verbotsverfügung erforderlichen Nachweise dürften jedoch kaum zu führen sein.

– nach dem Ausländergesetz (§§ 6, 10 i.V.m § 18 AuslG und ggf. § 12 Aufenth. Gesetz/EWG).

In der Bundesrepublik lebenden Ausländern könnte die Beteiligung am Russell-Tribunal durch ein Verbot politischer Betätigung gem. § 6 AuslG untersagt werden. Zum Tribunal oder zu seiner Vorbereitung einreisenden Ausländern könnte die Einreise verwehrt werden, da angenommen werden muß, daß ihre Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik aus anderen als in § 10 Abs. 1 Ziffern 1-10 genannten Gründen beeinträchtigen würde.

3.4. Förderungsentzug

der öffentlichen Hand finanziell geförderte Gruppen das Tribunal unterstützen, sollte ihnen diese Förderung entzogen werden, falls sie ihre Unterstützung nach Aufklärung über Ziele und Zusammenhänge der Diffamierungskampagnen nicht einstellen. Förderung solcher Gruppen könnte u.U. durch BMJFG und BMBW erfolgen.

3.5. Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG

Falls festgestellt werden könnte, daß Personen mit Vorbereitung oder Durchführung des Tribunals die in Art. 18 genannten Grundrechte z.B. der Freiheit zur Meinungsäußerung (Art. 5), der Pressefreiheit (Art. 5, Abs. 1), der Versammlungsfreiheit (Art. 8) oder der Vereinigungsfreiheit (Art. 9) zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbrauchen, könnte der Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung beim Bundesverfassungsgericht Antrag auf Entscheidung über eine Verwirkung dieser Grundrechte stellen.

Dieses Verfahren erscheint jedoch insbesondere angesichts der in ihrer Dauer begrenzten Aktion des Tribunals zu aufwendig und unangemessen. Auch dürfte es im Hinblick auf die hohen vom Verfassungsgericht gestellten Anforderungen (den beiden bisher gestellten Anträgen wurde nicht entsprochen!) schwerfallen, die für Erfolg versprechende Anträge notwendigen Sachverhalte nachzuweisen.

3.6. Aufklärung und Information der Öffentlichkeit

Durch intensive Aufklärung und Information muß die Öffentlichkeit im In- und Ausland über

– Hintergründe und die wahren Ziele der das Tribunal tragenden Gruppen,

– die das Tribunal in Wirklichkeit betreibenden Kräfte,

– eine klare (möglichst einhellige) Beurteilung des Vorhabens durch die Bundes- und Landesregierungen, die im Bundestag vertretenen Parteien sowie wesentliche gesellschaftliche Gruppen, z.B. Gewerkschaften, Richter- und Anwaltsvereine und

– die wirklichen Umstände der von dem Tribunal verzerrt dargestellten Sachverhalte (z.B. Behandlung von Häftlingen, Eignungsprüfung für den Öffentlichen Dienst) und die Gründe für ihre rechtsstaatliche demokratisch legitimierte Regelung unterrichtet werden.

Diese Aufklärungs- und Informationskampagne könnte getragen und koordiniert werden von BPA, den Referaten für Öffentlichkeitsarbeit der betroffenen Ressorts, insbesondere von BMJ, AA und BMI, den Akademien für politische Bildung, den für Verfassungsschutz durch Aufklärung bei Bund und Ländern Zuständigen, der von Bund und Ländern gebildeten Gruppen für Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus sowie der von BPA, AA, BMJ und BMI gebildeten Interministeriellen Arbeitsgruppe, die sich mit ungerechtfertigter ausländischer Kritik an der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik befaßt.

Freiheitlich-demokratische Grundordnung
Oreiheitlich-demokratische Grundordnung
Ordiheitlich-demokratische Grundordnung
Ordnheitlich-demokratische Grundordnung
Ordnueitlich-demokratische Grundordnung
Ordnunitlich-demokratische Grundordnung
Ordnung lich-demokratische Grundordnung
Ordnung Oich-demokratische Grundordnung
Ordnung Orch-demokratische Grundordnung
Ordnung Ordh-demokratische Grundordnung
Ordnung Ordn-demokratische Grundordnung
Ordnung Ordnudemokratische Grundordnung
Ordnung Ordnunemokratische Grundordnung
Ordnung Ordnung okratische Grundordnung
Ordnung Ordnung Okratische Grundordnung
Ordnung Ordnung Orratische Grundordnung
Ordnung Ordnung Ordatische Grundordnung
Ordnung Ordnung Ordntische Grundordnung
Ordnung Ordnung Ordnuische Grundordnung
Ordnung Ordnung Ordnunsche Grundordnung
Ordnung Ordnung Ordnung he Grundordnung
Ordnung Ordnung Ordnung Oe Grundordnung
Ordnung Ordnung Ordnung Or Grundordnung
Ordnung Ordnung Ordnung OrdGrundordnung
Ordnung Ordnung Ordnung Ordnrundordnung
Ordnung Ordnung Ordnung Ordnuundordnung
Ordnung Ordnung Ordnung Ordnunndordnung
Ordnung Ordnung Ordnung Ordnung ordnung
Ordnung Ordnung Ordnung Ordnung Ordnung

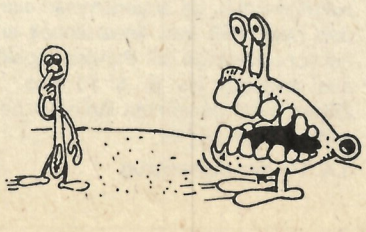
Das Papier stellt gleichsam die polizeiliche Fortsetzung jener Kampagne gegen das Russell-Tribunal dar, die vom SPD-Parteivorstand und von der Bundesregierung mit politischen Verleumdungen begonnen worden war. Insoweit ist man in Bonn den Vorschlägen des Innenministeriums bereits gefolgt: die dort empfohlene "Aufklärungsarbeit" über das Tribunal wird fleißig betrieben. Unerheblich ist, ob auch die anderen der vom Innenministerium ausgesprochenen Maßnahmen oder einige von ihnen ergriffen werden – das Papier für sich spricht Bände: Es zeigt eindrucksvoll, wie hierzulande zunehmend polizeiliche Denkformen und Überlegungen, polizeiliche Ignoranz und Arroganz die Formen der politischen Auseinandersetzung beherrschen. Es zeigt, was von den ständigen und gerade auch im Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal abgegebenen Regierungserklärungen über die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik zu halten ist. Es ist erschreckend und erhellend zugleich, wie bereits eine nur untersuchende Tätigkeit wie die des Russell-Tribunals kriminalisiert wird und welche Mittel hierzu notfalls einzusetzen die Verwalter des "freiheitlichsten Staates in der deutschen Geschichte" bereit sind.

In der Gründungserklärung der Mitglieder des Tribunals vom Oktober 1977 wird versichert, daß auch diejenigen die Möglichkeit der Stellungnahme vor dem Tribunal erhalten werden, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Das Innenministerium hat seine Antwort bereits vorab gegeben und damit unfreiwillig einen zentralen Beitrag für die Arbeit des Tribunals geleistet. Die Notwendigkeit, es abzuhalten, konnte nicht deutlicher unterstrichen werden.

SEBASTIAN COBLER
(Mitglied des Sekretariats Russell-Tribunal, Berlin)

Spendet fürs Russell-Tribunal!

Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Um das Russell-Tribunal politisch und organisatorisch zu sichern, bedarf es erheblicher finanzieller Mittel! Mindestens DM 200.000 (eher jedoch mehr) werden gebraucht! Bisher beläuft sich das Spendenergebnis auf ca. DM 80.000; darin sind DM 20.000 enthalten, die über das zentrale SB-Sonderkonto Russell-Tribunal gesammelt wurden. Hiermit rufen wir erneut zu Spenden auf! Die Überweisung kann erfolgen auf das SB-Sonderkonto Russell-Tribunal bei Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach, Konto Nr. 71413263-12 (das Postscheckkonto der Bank lautet Frankfurt Nr. 172480-600). Sämtliche Spenden, die auf das SB-Sonderkonto eingehen, werden an das Russell-Tribunal weitergeleitet!



Sozialdemokratischer Ablaßhandel

Das Schmierentheater bundesrepublikanischer Politik ist um eine pikante Szene bereichert worden. Laut Frankfurter Rundschau vom 8.12.77 hat die bayerische SPD, unterstützt von der Bundesfraktion, einen "Solidaritätsfonds" für die von der bayerischen Landesregierung mit Berufsverbot belegte Justizassessorin Charlotte Nieß gegründet. Aus diesem Fonds soll künftig allen von den Folgen des Berufsverbots betroffenen SPD-Mitgliedern unter die Arme gegriffen werden.

Ein vorgezogener Faschingsscherz? Der gelungene Gag eines ARD-weit bekannten Münchner Kabaretts? Mitnichten. Dies ist ernst gemeint, Landesvorsitzender Rothemund hat's persönlich vor der Presse verkündet. Irgendwann, so hatten viele erwartet, würde es auch der SPD noch dämmern, daß sich ihre Politik der Rechtsstaatsdemontage und der politischen Repression letzten Endes gegen sie selbst, gegen ihre eigene politische Basis richten muß. Aber was tut sie, wenn's ernst wird? In ihrem unermüdlichen Einsatz für die Benachteiligten und Unterdrückten in dieser unserer Republik richtet sie einen Solidaritätsfonds für die Opfer ihrer Politik in den eigenen Reihen ein!

Weiß Bayern nicht, was Bonn, weiß die Fraktion nicht, was die Regierung tut? Oder meint die SPD, christlich-soziale Berufsverbotspraxis sei im Kern etwas anderes als sozialdemokratische? Täuscht sie sich darüber hinweg, daß die bayerische Regierung nur ein bißchen extensiver auslegt, was im Bund unter Beteiligung der SPD und mit ihrer massiven propagandistischen Unterstützung beschlossen und durchgesetzt wird? Wohl doch kaum. Was hier in wahrhaft zynischer Weise inszeniert wird, ist altbekanntes sozialdemokratisches Theater: spektakuläre, aber wirkungslose Opposition gegen die Politik einer Regierung, die man in letzter Konsequenz bedingungslos unterstützt (Merke: es könnte ja noch schlimmer, z.B. bayerisch kommen!). Und dieses ganze Spektakel in der Hoffnung, ein paar aufgescheuchte Mitglieder und verschreckte Wähler würden es nicht durchschauen und trotzdem bei der Stange bleiben, sozusagen bis zum heldenhaft-bitteren Ende.

Was sollen sie nun tun, die Sozialdemokraten – den Mitgliedsbeitrag zahlen für eine Partei, die Berufsverbotspolitik betreibt oder dem "Solidaritätsfonds" für die Opfer eben dieser Politik spenden? Natürlich beides! So etwas vermag das politische Gewissen ungemein zu beruhigen. Man kann sich schon die Abgeordneten vorstellen, die noch schnell ihr Scherflein an den Solidaritätsfonds überweisen, bevor sie, sozusagen verantwortungsbewußt nach allen Seiten, die Hand heben für das neue Gesetz betreffend die "innere Sicherheit". Immerhin 2.500 Mark sind schon eingezahlt, angesichts des anstehenden Gesetzgebungsprogramms sicher erst ein bescheidener Anfang. Wer weiß, vielleicht werden sie demnächst auch noch einen Solidaritätsfonds für die Hinterbliebenen der Opfer polizeilicher Todesschüsse gründen.

JOACHIM HIRSCH

Mönchengladbacher Zensur

Am 27.9.1977 erhielt der Vorsitzende des Unterbezirks der Jusos in der SPD, Horst Mentzel, vom Geschäftsführer des SPD Unterbezirks, Norbert Greschus, einen Brief, dem er folgendes entnehmen konnte: "1. Der Arbeitsgemeinschaft wird untersagt, das Info Nr. 4/77 zu vervielfältigen. 2. Mit Datum 27.9.1977 können keine Ausgaben der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten im Unterbezirk Mönchengladbach mehr getätigt werden. Dies gilt bis zur endgültigen Entscheidung des Unterbezirksvorstandes, der umgehend eingeladen wird."

Der Vorsitzende Körfges des Unterbezirks stellte nach der angekündigten Sitzung fest, daß das "Prinzip 'Vertrauen gegen Vertrauen' nicht mehr funktioniert." Den Jusos wurden 15.000 DM gestrichen, die sie bisher pauschal von der Mutterpartei erhalten hatten, um sie im Bereich kommunalpolitischer Jugendarbeit einzusetzen. In Zukunft würde man nur von Fall zu Fall nach sorgfältiger Prüfung Juso-Veranstaltungen finanzieren und den Juso-Unterbezirksvorstand einer schärferen Kontrolle unterwerfen.

Zum Info Nr. 4/77 und besonders einem Artikel schreibt der Geschäftsführer Norbert Greschus u.a.: "Der geschäftsführende Unterbezirksvorstand ist der Auffassung, daß große Teile des Inhalts dieser Schrift unvereinbar mit den Grundsätzen unserer Partei sind und bei einer Veröffentlichung den Tatbestand einer schweren Schädigung der SPD darstellen.

Es werden Gewerkschafter diffamiert, unsere Regierungen in Bund und Ländern als Helfershelfer dargestellt und Terroristen zu 'politischen Gefangenen' hervorgehoben. Schließlich wird zu einem Kampf aufgerufen, 'wie immer er aussehen mag'. Diese Positionen können nicht von Sozialdemokraten eingenommen werden. Der Unterbezirksvorstand wird hier die weiteren Konsequenzen zu beraten haben."

Der Artikel, bei Norbert Greschus eine "Schrift", hatte den Titel "BRD = Repressionsstaat" und enthielt eine kritische Wertung der derzeitigen politischen Verhältnisse in der BRD. Berufsverbote, Aufrecht-

erhaltung des Abtreibungsverbotes, "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" der Gewerkschaften, Militarisierung der Polizei und die oft skandalösen Lebensumstände der Strafgefangenen und politischen Gefangenen. Im Original endete der Artikel, der ausschließlich nach Recherchen aus dem "Stern", der "Zeit", "konkret" und "Frankfurter Rundschau" geschrieben worden war, wie folgt:

"Erste Ansätze einer derartigen Großmachtpolitik werden bereits praktiziert. Dazu zählen: die kaum verschleierten politischen und ökonomischen Interventionen in Portugal und Spanien, Chile und Griechenland, um bei der Ablösung des alten Regimes unkontrollierte radikale Umwälzungen zu verhindern; die unverblümte Aufforderung an Italien, Kommunisten nicht an der Regierung zu beteiligen; die Gewährung von Wirtschaftshilfen mit der Forderung nach einem Abbau gewerkschaftlich erkämpfter Rechte der italienischen Arbeiter zu verknüpfen; der Druck auf die griechische Regierung, um die Auslieferung von Rolf Pohle zu erzwingen; die Ausdehnung der politischen Überprüfung auf EG-Beamte oder im Ausland beschäftigte deutsche Lektoren; die Ausnutzung der wirtschaftlichen Vormachtstellung der BRD in Europa im Hinblick auf kleinere Staaten; die Unterstützung faschistischer Systeme in Südafrika und Rhodesien; der ständige Ausbau der Bundeswehr.

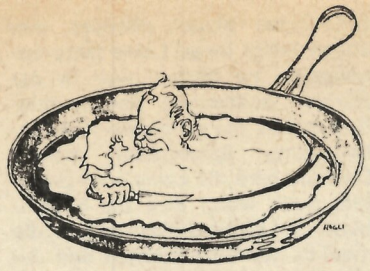
Wir fordern Euch daher auf, Euren Beitrag zum Kampf gegen die politische Unterdrückung zu leisten, wie immer er auch aussehen mag. Leistet diesen Beitrag, um antidemokratische Tendenzen abzuwehren, die heute zu einer konkreten Bedrohung für Frieden, Freiheit, Demokratie und Fortschritt in Europa und insbesondere in unserem eigenen Land geworden sind."

Die Lokalpresse jaulte begeistert auf und verlangte personelle Konsequenzen bei den Jusos, die Mutterpartei reagierte entsprechend, wie man ja nachlesen kann. Pikant wird die Sache erst dann, wenn man vom Vorsitzenden der Jusos, Mentzel, hört, daß er gegen die Beschlüsse der Partei auf allen nur möglichen Ebenen vorgehen will. Er räumt zwar ein, daß man eine Stelle des bereits teilweise zitierten Artikels bei Böswilligkeit mißverstehen könne und dann wörtlich: "Wir haben deshalb sofort angeboten, diese Stelle und sogar den ganzen Beitrag zurückzunehmen, ohne daß die Partei darauf reagierte".

Zwar hat die schon alteingesessene Parteispitze in Mönchengladbach gestört, daß man über Berufsverbote spricht, eines der Opfer, Charlotte Niess, arbeitet ja in dieser Stadt, nachdem sie aus Bayern vertrieben wurde, aber Horst Mentzel vermutet etwas ganz anderes: "In dem Info 4/77 stehen auch kritische Beiträge zur innerparteilichen Lage in Mönchengladbach. Vielleicht wollte man deren Veröffentlichung verhindern."

Trotzdem wollen die Jusos in Mönchengladbach "durch Gespräche und vernünftige Zusammenarbeit" weiterhin dem dortigen Unterbezirks-Parteivorstand die Stange halten. Es wird für sie, nach dem Hamburger Parteitag, sicherlich noch schwerer werden, aber die Partei wird ihnen sicherlich genehmigen, vielleicht ein "Kaffeekränzchen für Jugendliche mit dem großen Parteivorsitzenden Hubert Körfges" zu veranstalten. Aber über Zensur, da spricht man auch bei den Jusos in Mönchengladbach nicht mehr. Anderswo dürfte es sicherlich ähnlich sein.

CLAUS ARMANN



„Die SPD ist kein Pfannkuchen, der so weit auseinanderläuft, wie der Teig reicht" (SPD-Vorsitzender Willy Brandt).

Aktuelle Nachlese zum SPD-Parteitag

Mitte Februar werden sich in Hofheim/Taunus die Delegierten der Jungsozialisten in der SPD zu ihrer diesjährigen Bundeskonferenz versammeln – der ersten nach der fast völligen Kaltstellung eigenständiger Jusoarbeit durch und nach dem Benneter-Hinauswurf.

Drei Monate zuvor, im November, tagte in Hamburg der Bundesparteitag der SPD. Solche Parteitage bringen nichts Neues hervor; sie eröffnen keine völlig neue Politik. Viel eher machen sie den erreichten Stand der Entwicklung deutlich, markieren sie den augenblicklichen Zustand. Schlagwortartig zusammengefaß läßt sich der Zustand der SPD nach dem Hamburger Parteitag mit folgenden Kennzeichen beschreiben: zunehmende Schwierigkeiten und Mißerfolge der Politik des Krisenmanagements, daraus resultierend das Zerbröckeln der Integrationsfaktoren und Einflußzonen; innere Differenzen, stärkeres Aufbrechen der Widersprüche (wofür u.a. die Existenz einer offen auftretenden linken Opposition in der Bundestagsfraktion zeugt); und schließlich, wiederum als ein Ergebnis dieser Entwicklung, zunehmende Frustration an der Parteibasis: in Betrieben, Büros und vor Ort, wo Mitglieder und Funktionäre der Partei im Alltag die Auswirkungen der sozialdemokratischen Krisenpolitik vorgehalten bekommen und vertreten müssen.

Über diese Schwierigkeiten, SPD-Politik vor Ort zu vertreten, übten einige Delegierte in der ohnehin bemerkenswert kritisch gestimmten Parteitagsdebatte beredte Klage:

"Die Situation in den Ortsvereinen und anderen Untergliederungen, wo wir die tägliche Arbeit zu leisten haben, ist gekennzeichnet durch eine ganz große Desorientierung der Parteibasis. Dies führt dazu, daß es immer weniger aktive Mitglieder gibt, daß immer mehr Arbeit von immer weniger Genossen geleistet werden muß." In der innerparteilichen Willensbildung "besteht ein Ohnmachtsgefühl in dem Sinne, daß man andere Meinungen hat, aber über immer weniger Möglichkeiten verfügt, sie durchzusetzen." Ute Canaris schilderte in ihrem Parteitagsbeitrag ferner, daß viele aktive junge Mitglieder in Bürgerinitiativen, in die Jugendzentrumsbewegung oder außerparteiliche Frauengruppen gegangen sind.

Die "Doppelstrategie" sozialdemokratischer Politik – Krisenbewältigung als Systemstabilisierung, ermöglicht und abgesichert durch Massenloyalität, was wiederum partielles Eingehen auf die Erwartungen und Interessen der Bevölkerung erfordert – gelingt nicht mehr im nötigen Ausmaß. Das ist eine Folge der schärfer und umfassender gewordenen Krise. Sie beginnt, auch in der Partei voll durchzuschlagen. Eine Show holder Eintracht, wie etwa noch 1975 in Mannheim, ist nicht mehr möglich.

Massenloyalität bzw. Masseneinbindung und damit das Aufgreifen und scheinbare Vertreten von Masseninteressen bilden jedoch die Existenzgrundlage sozialdemokratischer Politik. Deshalb mußte die Partei- und Regierungsspitze auch bei der Vorbereitung und Durchführung des Hamburger Parteitages doppelgleisig fahren.

Sie reagierte flexibel, indem sie Widersprüche verwischte, offene Konfrontation vermied und Vorstellungen der Parteibasis ihrem Konzept (hier den "Leitanträgen" des Vorstandes) einverleibte – selbstverständlich bei Unterordnung unter die Grundlinien der Vorstandspolitik. Parteiführung und Parteirechte verzichteten in Hamburg auf ein Schlachtfest unter den etablierten Parteilinken und "linker Mitte", deren Vertreter wieder in den Parteivorstand einziehen durften. Aber auch das gehört zur Einschätzung: daß die Parteispitze die Lage offenbar so bewertet, einen Integrationskurs statt eines Konfrontationskurses fahren zu müssen. Aus freien Stücken oder guter Absicht tat sie es nicht. Andererseits hat auch ein solcher Integrationskurs Doppelcharakter: Nachgiebigkeit der Parteispitze bedeutet auf der anderen Seite Einbindung und damit Neutralisierung linker bzw. potentiell linker Positionen in eben diese Politik.

Unzufriedenheit "von unten" und Integration "von oben" ergaben schließlich das Bild eines Parteitags, in dessen Verlauf und Ergebnis – alles in allem genommen – mehrheitlich "links diskutiert", jedoch ebenso (entgegengesetzt-) mehrheitlich "rechts abgestimmt" wurde. Ein wenig kehrte damit das Bild der Parteitage der frühen sechziger Jahre (vor der "Übernahme

Politische Kündigung im Bund-Verlag

Der gewerkschaftseigene Bund-Verlag hat das seit dem 1.10.1977 bestehende Arbeitsverhältnis mit der Kollegin Barbara Degen zum 31.12.77 gekündigt. Frau Degen ist Juristin. Sie wechselte nach mehrjähriger Tätigkeit im Luchterhand Verlag zum Bund-Verlag und hat dort als Fachbuch-Lektorin für Arbeits- und Sozialrecht gearbeitet. Die Kündigung wurde von Herrn Tomas Kosta, Geschäftsführer von Bund-Verlag und EVA, in mündlichen Gesprächen gegenüber mehreren Personen damit begründet, daß Frau Degen trotz hervorragender sachlicher Arbeit "politisch nicht tragbar" sei; sie habe an einem Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz (!) mitgearbeitet, der 1974 in dem angeblich der DKP nahestehenden Nachrichten-Verlag erschienen ist; deshalb könnten sich – so wurde vermutet – Autoren des Bund-Verlages weigern, mit Frau Degen zusammenzuarbeiten. Mit dem Hinweis, eine Kündigung in der Probezeit müsse ja nicht begründet werden, verzichtete Herr Kosta in der schriftlichen Kündigung auf die Nennung dieser Gründe. Der Betriebsrat des Bund-Verlages hat gegen diese Kündigung protestiert, da es sich um eine politische Kündigung handele. Im Rahmen einer Einheitsgewerkschaft müsse Platz für jeden sein, der auf dem Boden dieser Gewerkschaft stehe. Es gelte, gefährlichen Anfängen zu wehren. Frau Degen klagt gegen diese Kündigung mit Unterstützung der DGB-Rechtsstelle in Köln.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen die diskriminierende, existenzbedrohende und in jeder Hinsicht unsoziale Kündigung und fordern die Geschäftsleitung des Bund-Verlages auf, diese Kündigung zurückzunehmen und Frau Degen ab sofort weiterzubeschäftigen.

Die Unterzeichner wenden sich mit diesem Aufruf an die Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften, in den Verlagen, an die Autoren von Bund-Verlag und EVA und an die Öffentlichkeit und bitten darum, die Forderung nach Rücknahme der Kündigung und nach Weiterbeschäftigung der Kollegin Degen durch ihre Unterschrift und andere geeignete Aktionen zu unterstützen.

Dieser Aufruf wurde bislang von zahlreichen Betriebsräten, Lektoren, anderen Verlagsangestellten, Gewerkschaftern und Autoren unterzeichnet. Solidaritätsschreiben an: K.F. von Brandt, Rheinstr. 41a, 5450 Neuwied 1, Tel.: 02631/23090. ★

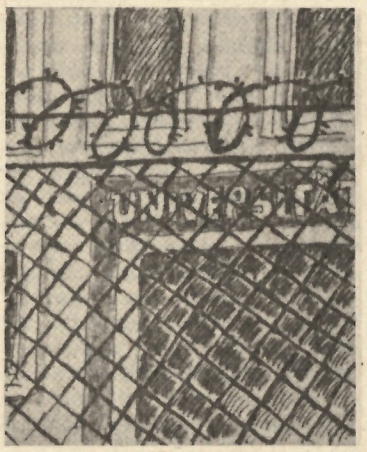
der Regierungsverantwortung") wieder: Auch damals ließ man die Linken reden; abgestimmt wurde, ohne Wenn und Aber, mehrheitlich rechts.
In Hamburg sah das so aus: Bereits in der ersten Generaldebatte nach dem Referat des Parteivorsitzenden Brandt artikulierte die Mehrheit der 27 Debattenredner Kritik und Unzufriedenheit an der Regierungspraxis sowie ihre immer wieder durchbrechende Besorgnis über den Marsch nach rechts in Staat und Gesellschaft, über Demokratieeinschnürungen, zunehmende Krisenlasten, Arbeitslosenheer, Zunahme der Existenzangst usw. bei gleichzeitiger Pro-Unternehmer-Politik à la Friderichs und Lambsdorff.
In den Abstimmungen aber setzte sich – wenn auch zwei-, dreimal nur sehr knapp (wie etwa die nur 16 Stimmen Unterschied bei den Anträgen gegen die Berufsverbote) – fast regelmäßig "rechte Mehrheit" durch.
In allen wesentlichen Fragen – Kernenergie, "innere Sicherheit", Aufrüstung/Neutronenbombe, Wirtschafts- und Finanzpolitik – geben die Parteitagsbeschlüsse mit ihren unverbindlichen Formulierungen und Nicht-Entscheidungen von Alternativen, sondern bewußtem Offenhalten aller "Optionen", der Partei- und Regierungsspitze freie Hand, wenn diese auch hier und da zumindest optisch nachgeben mußte, um ihren Integrationskurs realisieren zu können. Dazu gehören das Hervorheben der angeblichen Primärrolle der Kohle-Energie und das wortreiche Zurückweisen der Terrorismus-Hysterie und Sympathisantenhetze. In beiden Fällen wurden aber gleichzeitig, wie in den anderen Beschlüssen auch, "Optionen" für eine entgegengesetzte Praxis eingebaut: die Option für Kernenergie, "wenn notwendig", ebenso wie die Option für "bessere" Gesetze zur "inneren Sicherheit", wenn "erforderlich".
Überdies ließ Kanzler Schmidt schon vor dem Parteitag wissen – assistiert vom Parteivorsitzenden Brandt –, daß er Parteitagsbeschlüsse, die nicht ins Regierungskonzept passen, schlicht mißachten wird (wie das ja bisher auch schon geschehen ist).
So dürfte es auch niemanden verwundert haben, daß Bundesfinanzminister Apel schon gleich nach Abschluß des Parteitages in Interviews mit Springers "Welt" und dem "Handelsblatt" zu Protokoll gab, daß die Regierung gar nicht daran denke, auch nur einen der arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Parteitagsbeschlüsse, die der Gewerkschafts- und Arbeitnehmerflügel gegen den Vorstandswillen durchgeboxt hatte, für die Regierungspolitik auch nur in Erwägung zu ziehen. Die "Macher" erklären eben einfach, daß Forderungen wie 10. Pflichtschuljahr, Berufsausbildungspflicht, gesetzliche Arbeitszeitverkürzung u.ä. "nicht zu realisieren" seien. Und schon bleiben solche Parteitagsbeschlüsse bloße Ablage.
Auffällig und beachtenswert war auf dem Hamburger Parteitag die immer wieder angesprochene und hervorgehobene Besorgnis fast aller Parteisprecher vor einer "linken Partei" bzw. "Grünen Liste". Zur Gegenstrategie der SPD-Führung gehörte auch hier Doppelgleisigkeit: Isolierung und Unterdrükkung linker Kräfte, wo das möglich ist und als Abschreckungsbeispiel für notwendig erachtet wird (wie mit den demonstrativen Ausschlüssen Benneters und Kades und den Attacken auf Coppik), bei gleichzeitigem Versuch der Einbindung der ohnehin äußerst schwachen, damit auch politisch ungefährlichen linken und mitte-linken Kräfte.
Der objektive Zwang zur Doppelgleisigkeit macht aber auch die Schwachstellen und Angriffsflächen dieser Politik und damit die Ansatzpunkte radikaldemokratischer bis sozialistischer Arbeit deutlich.
Die offenkundige Misere der SPD-Linken ("Die Linke in der SPD befindet sich mit dem Rücken an der Wand. Sie ist untereinander total zerstritten." Michael Pape in 'frontal' vom Oktober 1977) und der Jungsozialisten, das Scheitern ihrer Doppelstrategie und ihres Anspruchs, sowohl die "einzige reale sozialistische Bewegung in der BRD" als auch "die SPD der 80er Jahre" zu sein, untermauern die Argumente und Positionen derjenigen, die in der SPD keine realistische Möglichkeit für eine sozialistische Politik sehen. Dennoch: solange Teile dieser Partei sich als Linke verstehen und als solche zu handeln versuchen, sollten sie als solche respektiert, aber auch an ihren Ansprüchen und Ergebnissen gemessen werden.
Niemand kann die SPD einfach ignorieren oder kurzerhand zur allgemeinen "reaktionären Masse" erklären. Genauso braucht jede linke Position in der SPD, wenn sie ernsthaft etwas bewegen oder wenigstens bewahren will, Kontakt, Anstoß und Stützung von "außen". Wenn Jansen, Scherf, Voigt und Wieczorek-Zeul in ihren "linken Anmerkungen zum Hamburger Parteitag" (extra-dienst Nr. 99 vom 13.12.77) betonen, daß es beim drohenden Weitermarsch in den autoritären Staat darauf ankomme, "daß die Parteibasis sich wie ehedem bei der Notstandsgesetzgebung auch außerhalb der Parteitage an den angekündigten Gesetzesberatungen beteiligt", dann bestätigen sie damit die Notwendigkeit außerparlamentarischer und außerparteilicher Mobilisierung, die allein, wenn überhaupt, noch etwas bewirken kann. Insofern sind Parteitagsergebnisse nur von geringem Wert, mehr Barometer als Sache.
Das gilt im Prinzip auch für die Juso-Bundeskonferenz. Eine mögliche Einigung der Fraktionen löst noch keines der Hauptprobleme. Anders als in Hamburg fährt die Parteispitze gegenüber den Jusos den Konfrontationskurs. Das ist kein willkürlicher Entschluß, sondern Ausdruck der schwieriger gewordenen Gesamtsituation. Die SPD-Spitze glaubt offenbar, den Jusos keine lange Leine mehr zugestehen zu dürfen, weil in der jetzigen politischen Gesamtsituation schon die geringste Konfliktbewegung Sprengstoff enthält. Deshalb wird die Leine kurz gehalten, auch wenn dies die Feigenblatt- und Einbindungsfunktion, die man in der SPD-Rechten den Jusos zuordnet, in Frage stellt.
Das Ergebnis ist eine weitgehende Lähmung der Jusos. Für niemanden in der gesamten Linken ist das Grund für Schadenfreude oder Jubel. In diesem Lande sind alle Linken aufeinander angewiesen.

P.C. WALTHER

Ordnungsrecht an den Hochschulen

Eines der in der gegenwärtigen Diskussion an den Hochschulen am heftigsten umstrittenen Themen ist das vom HRG geforderte Ordnungsrecht. Es wird von fortschrittlichen Lehrenden ebenso abgelehnt wie von Studierenden. Begründet wird die Ablehnung in der Regel damit, daß das Ordnungsrecht ein unzulässiges Sonderrecht für Studenten schaffe und zudem zu einer Doppelbestrafung führen könne. Die Verfechter des Ordnungsrechtes bestreiten das. Die Verwirrung um Sonderrecht ja oder nein, um Doppelbestrafung, um Parallelität zur Arbeitswelt ist groß.
Wir meinen, daß das Argument 'kein Sonderrecht für Studenten' aus zwei Gründen falsch ist.
Zum einen wird so getan, als ob erst das HRG das vermeintliche Sonderrecht erfunden hätte. Schon lange vor dem sogenannten Ordnungsrecht gab es das Hausrecht mit Ausschluß von Lehrveranstaltungen und Hausverbot und gab es vor allem die Disziplinarordnungen der einzelnen Hochschulen. Da war alles möglich, sogar die Relegation. Allerdings war es nicht üblich, bei studentischen Fehlverhalten im Bereich der Hochschulen die Strafgerichte zu bemühen. Man machte das sozusagen unter sich aus.
Die Situation änderte sich erst, als mit der Studentenrevolte die Konflikte aus der Hochschule herausgetragen wurden. Jetzt erst kamen Polizei und Strafgerichte den Hochschulen nach. Allerdings wurden die Studenten auch selbst- und grundrechtsbewußter. Sie nahmen hausrechtliche und disziplinarische Maßnahmen nicht mehr widerstandslos hin. Viele klagten bei den Verwaltungsgerichten. Bei diesen setzte sich die Erkenntnis durch, daß nach Art. 12 GG in die freie Wahl von Beruf und Ausbildungsstätte nur durch Gesetz und nicht lediglich aufgrund Hausrecht oder Disziplinarordnung eingegriffen werden darf. Das hieß: Relegationen nur noch aufgrund eines Gesetzes – das es nicht gab. Dies war die Geburtsstunde des Ordnungsrechts. 1969 verpflichteten sich die Länder in einem Staatsvertrag, ein Ordnungsrecht in ihren Hochschulgesetzen zu verankern. Als nicht zuletzt wegen des Widerstandes der Studenten manche Länder den Staatsvertrag nicht erfüllten, erzwangen CDU/CSU die Aufnahme des Ordnungsrechts ins HGR. Und schaut man sich jetzt die Ländergesetze an, so hat das Ordnungsrecht zwar die Disziplinarordnungen ersetzt, das Hausrecht ist aber beibehalten worden. Selbst wenn also das Ordnungsrecht beseitigt würde, wären über das Hausrecht alle disziplinierenden Maßnahmen gegen Studenten – mit Ausnahme allerdings der Relegation – möglich. Das vermeintliche Sonderrecht bliebe also im Kern bestehen.
Der zweite Kritikpunkt ist, daß das Argument vom Sonderrecht doch bedeutet, daß die Studenten gleichbehandelt werden wollen. Wem gleich? Den übrigen Mitgliedern der Hochschule? Bedienstete und Lehrende sind kündbar und daneben voll strafrechtlich verantwortlich. Oder wollen die Studenten den Arbeitern und Angestellten gleichgestellt sein? Auch sie können bei 'Verfehlungen' gekündigt und zudem noch strafrechtlich belangt werden. Genau das wollen aber die Studenten nicht.
Hinter dem Argument 'kein Sonderrecht für Studenten' verbirgt sich also in Wirklichkeit die Forderung: Unkündbarkeit für alle in Ausbildung Stehenden wie Lehrlinge, Studenten, Praktikanten usw. Diese Forderung ist richtig. Wozu sie daher hinter Scheinargumenten wie 'kein Sonderrecht für Studenten' verstecken. Jeder hat ein Recht auf bestmögliche Ausbildung. Dieses Recht wird eh schon vielfältig eingeschränkt. Zum Beispiel für Lehrlinge durch den Lehrstellenboykott der Lehrherren, für Studenten durch den NC und die mangelhafte finanzielle Absicherung. Das Recht auf Ausbildung darf nicht auch zusätzlich noch durch die Möglichkeit der Kündigung oder Relegation eingeschränkt werden. Also: keine Kündigung von Lehrlingen, Praktikanten usw., keine Relegation von Studenten und das heißt: kein Ordnungsrecht.
Das enthebt die Studenten allerdings nicht, wie behauptet wird, jeglicher Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Die allgemeinen Gesetze, insbesondere das Strafgesetz behalten ihre Gültigkeit. Nur reicht den Verfechtern des Ordnungsrechts das Strafrecht offenbar nicht aus. Viele "Störungen", z.B. kritische Fragen an den Lehrenden, erfüllen eben keinen Straftatbestand. Und hier entlarvt sich auch das Argument, das Ordnungsrecht sei notwendig, um endlich der Gewaltanwendung an der Hochschule Herr zu werden. Gerade dazu reicht das Strafgesetz aus. Das Ordnungsrecht ist vielmehr

notwendig, um auch Handlungen, die strafrechtlich nicht relevant sind, disziplinieren zu können.
Wenn von Ordnungsrecht gesprochen wird, sprechen die Befürworter zugleich immer von 'Gewalt'. Wie der "normale Bürger" war Bundeskanzler H. Schmidt "immer der Meinung, daß Gewaltanwendung kein legitimes Mittel ist, daß sie auch nicht innerhalb der Hochschule stillschweigend zu einem legitimen Mittel gemacht werden darf. Ich kann deshalb nicht bedauern, daß die Anwendung von Gewalt und daß die Drohung mit Gewaltanwendung in der Hochschule mit Sanktionen belegt werden können. Für mich geht damit keine reformerische Absicht verloren, im Gegenteil, ich halte dies für wünschenswert ..., denn als wir anfingen mit unseren Reformgesetzgebungsvorstellungen, hatte ja in der Gesellschaft schon eine jahrelange schlimme Auseinandersetzung stattgefunden. Es wird Zeit, daß wir die Sache in eine einheitliche Richtung bringen." (SPD-Hochschulpolitik 1/76). Ohne Kriminalisierung der Studenten ist das Ordnungsrecht offensichtlich nicht ver-



tretbar. "Gewalt" assoziiert Körperverletzung, die Hochschule erscheint als "geistiger Sumpf des Terrorismus". Die durch das Ordnungsrecht sanktionierte Störung oder Behinderung von Lehrveranstaltungen, z.B. durch unzulässige Diskussionsbegehren, wird damit in unmittelbare Beziehung straftatbestandlicher Delikte gebracht. Über die Ursachen der Ordnungsstörungen: die Gewalthaftigkeit unzureichender Studienbedingungen, drohende Arbeitslosigkeit der Absolventen, Unterwerfung unter professorale Lehrangebote, kann so hinweggetäuscht werden. Das Beharren in der offiziellen Argumentation auf dem Zusammenhang von Gewalt und Ordnungsrecht macht auch deutlich, daß das Ordnungsrecht eben nicht nur Ordnungsfunktion, sondern gleichermaßen Unterdrükkungsfunktion hat. In mehreren Fällen sind aufgrund universitären Hausrechts gegen Studenten ergangene Maßnahmen wegen Störung oder Behinderung von Lehrveranstaltungen oder Nötigung von Dozenten von Verwaltungsgerichten aufgehoben worden. (Diese Urteile haben jedoch die aus dem Grundrecht der Lehrfreiheit resultierende Macht der Lehrenden, Inhalte und Ablauf von Lehrveranstaltungen zu bestimmen, nicht grundsätzlich eingeschränkt, sondern nur die Formen des Machtgebrauchs geregelt.) Nachdem aufgrund des Ordnungsrechts Störungen des "bestimmungsgemäßen Betriebs" der Hochschulen hochschulintern geahndet werden können, ist zumindest zu befürchten, daß die Handhabung der Sanktionsmöglichkeiten des Ordnungsrechts extensiver erfolgen wird als bisher.
Der Repressionscharakter des Ordnungsrechts drückt sich ferner darin aus, daß der Katalog der aufgrund von Hausrecht und Ordnungsrecht zu treffenden Maßnahmen jeweils sich verschärfende Sanktionen vorsieht (Abmahnung bis Relegation). Die zu ahndenden Verstöße von Studenten entspringen in der Regel nicht persönlicher Willkür, sondern haben ihren Ursprung in den miserablen Studienbedingungen und -inhalten, in der unzureichenden materiellen und personellen Ausstattung der Hochschulen, dem Verzicht auf inhaltliche Studienreform bei gleichzeitiger Verschärfung des Leistungsdruckes, in der Bürokratisierung der Entscheidungsstrukturen und der Knebelung der politischen Artikulationsbedürfnisse. Kurz: Die zu gewährleistende Ordnung ist selbst repressiv. Aber selbst wenn es allein um die Aufrechterhaltung dieser Ordnung ginge, die Hochschulleitung steht unter dem Zwang, Ordnungsverstöße verfolgen zu müssen. Ein Opportunitätsprinzip, d.h. den Verzicht auf Ordnungsmaßnahmen im Interesse einer Konfliktentschärfung, kennt das Ordnungsrecht nicht.
In der bisherigen Diskussion über das Ordnungsrecht wird übersehen, daß auch die Lehrenden an Hochschulen vom Ordnungsrecht betroffen sind. Das gilt vor allem für fortschrittliche Dozenten, Liberale wie Sozialisten, für alle, die den Widerstand gegen die Festschreibung der Hochschulmisere nicht aufgegeben haben. Die Versuche mehren sich, Mitarbeiter der Hochschulen per Dienstanweisung an der Durchführung des Ordnungsrechts zu beteiligen.
So hat der hessische Innenminister und der hessische Kultusminister alle Dienststellen aufgefordert: "Über alle besonderen Vorkommnisse, die voraussichtlich ein überregionales Interesse der Öffentlichkeit erregen, insbesondere Anlaß zu Erörterungen im Landtag, der überregionalen Presse oder im Fernsehen oder Hörfunk geben können, dem zuständigen Minister unverzüglich zu berichten". Was sind "besondere Vorkommnisse"? Der Innenminister hat zwar in einem Schreiben an den DGB vom 31.8.76 abzuwiegeln versucht, aber im Prinzip unter Hinweis auf § 70 S. 1 Hess. Beamtengesetz die allgemeine Berichtspflicht des Beamten bekräftigt. Der niedersächsische Kultusminister hat durch Erlaß vom 17.8.77 sogar die Hochschulmitarbeiter verpflichtet, "zur Vermeidung des Vorwurfs einer strafbaren Begünstigung" bei strafbaren Handlungen von Studenten Strafanzeige zu erstatten und den "Verwaltungs- und Polizeibehörden ... bei der Feststellung der Identität von Störern Amtshilfe zu leisten". Wie weit eine solche Bespitzelung per dienstlichem Auftrag gehen kann, zeigen die Vorgänge um den Frankfurter Prof. G. Schneider. Schneider wurde am 25.8.75 vorläufig seines Dienstes enthoben. Dennoch wurde in Flugblättern angekündigt, daß Schneider seine Vorlesungen halten werde. Daraufhin schickte der Abteilungsleiter der Personalabteilung der Universität einen Oberinspektor am 28.4.76 in die "Lehrveranstaltung", um festzustellen, ob Schneider tatsächlich "lehrt". Der Oberinspektor nahm sich noch einen Kollegen mit. Sie gaben sich als Mathematikstudenten aus, nahmen an der Veranstaltung teil und traten dann als Zeugen im Disziplinarverfahren gegen Schneider auf. Hier wurden Bedienstete der Universität zu Spitzeldiensten verpflichtet, die sich ebenso gegen Studenten wie gegen Hochschullehrer richten können.
Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Ordnungsrecht auf die Disziplinierung der fortschrittlichen Studenten und Lehrenden zielt. Es ist insbesondere bezogen auf die veränderte Situation an den Hochschulen (und wird deshalb auch trotz gegenwärtig relativer Ruhe durchgesetzt). Die Erduldung schlechter Studienbedingungen, die Unterwerfung unter die von Professoren bestimmten Studieninhalte und die Aneignung "akademischer Disziplin" gewährleisten bestenfalls einen "erfolgreichen" Studienabschluß, keinesfalls jedoch eine privilegierte Stellung in der Klassenhierarchie. In dem Maße jedoch, wie die traditionellen, quasi aus sich selbst heraus legitimierenden Disziplierungsmechanismen versagen, müssen äußere Instrumente der Disziplinierung und Kontrolle die Ausbildung des akademischen Nachwuchses gewährleisten. Andererseits ordnet sich das Ordnungsrecht ein in die "einheitliche Richtung", die durch die Marksteine Notstandsgesetzgebung, Berufsverbote, Ausweitung des politischen Strafrechts, Ausschluß von Verteidigern, § 88a usw. gekennzeichnet ist.
Der Kampf gegen das Ordnungsrecht kann sich deshalb nicht auf den Kampf gegen Hochschulgesetznovellierungen beschränken. Auch wenn das Ordnungsrecht in den Bundesländern eingeführt ist, darf der Widerstand nicht aufhören. Zwar sollte durchaus gegen Ordnungsmaßnahmen der Hochschulen vor den Verwaltungsgerichten vorgegangen werden. Entscheidender ist jedoch die Fortsetzung der politischen Auseinandersetzung, Aufklärung über die Anlässe und Ursachen von Ordnungsverstößen, Mobilisierung einer breiten Solidarität und Kampf gegen unzureichende Studieninhalte und -bedingungen.

KURT SPRENGER
ROLF KESSLER

Spionageverdacht: die Lebenslüge der DDR-Spitze

"Kennzeichnet es nicht gerade die alten Menschenverächter und Despoten, von den Karlsbader Beschlüssen bis zu McCarthy, daß sie jede Nachdenklichkeit gerade im eigenen Lager auf ausländische Agenten zurückführen ..." So schrieb Ernst Bloch nach dem 20. Parteitag 1956, als er noch in der DDR leben konnte und die Entstalinisierung eine konkrete Hoffnung bedeutete. Auf die bisher fundierteste, bisher schärfste Kritik aus dem eigenen Lager, auf Rudolf Bahros "Die Alternative" reagierten die DDR-Behörden mit dem stumpfsinnigen Vorwurf nachrichtendienstlicher Tätigkeit und warfen Bahro – 14 Tage später auch Bahros Freundin – ins Gefängnis. Kein Beleg, kein Beweis, nicht einmal eine Andeutung für einen Zusammenhang von Bahro und BND ist seit einem halben Jahr zu hören – nur die sich wiederholenden Verleumdungen. Der Begriff "nachrichtendienstliche Tätigkeit" soll nur etwas strafrechtlich ausdrücken, was politisch in der DDR nicht öffentlich auszudrücken ist. In der DDR existieren zwei Öffentlichkeiten: eine offizielle, an der Oberfläche und eine untergründige, die von den Staatsorganen in den Untergrund getrieben werden soll, um sie strafrechtlich behandeln zu können. Zwischen diesen beiden Ebenen spielen die westdeutschen Medien, vor allem Fernsehen und Rundfunk, eine bedeutende Rolle. Es ist keine moralische Frage, sondern eine materialistische Feststellung, daß die westdeutschen Medien mit dem Informationsmaterial aus der DDR ihre eigene Politik machen. Indem sie aber das untergründige Material in ganz Deutschland öffentlich machen, läßt sich damit auch eine andere Politik machen, als die westdeutschen Herausgeber beabsichtigen.
Die Veröffentlichung eines "Manifests" der DDR-Opposition läßt sich im Zusammenhang der eben zitierten Dialektik begreifen. Der "Spiegel" verfolgt seit langem eine Politik, die kleinkarierte Blokkierung der Ostpolitik innerhalb der Bonner Koalition seit 1973 aufzubrechen und die Kräfte zu unterstützen, die für eine neue Initiative in der Ostpolitik eintreten. Das vor einiger Zeit vom "Spiegel" hochgejubelte Mettke-Papier (der Linkssozialdemokrat Jörg Mettke war der erste Korrespondent des "Spiegel" in der DDR), das zur materiellen Unterstützung der DDR ohne Vorbedingungen rät, die langatmige Wehner-Story im letzten Jahr, in der ein alter Kominterngedanke nach 1933, nämlich die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung, als Wehners persönliches

Leitmotiv ausgegeben wird, und die verblümte Aufforderung an Schmidt, Honecker zu besuchen, stehen in einer Reihe von Versuchen, in die konzeptionslose Macherpolitik Schmidts wieder strategische Elemente einfließen zu lassen, weil sonst von der Person des Kanzlers allein das Schicksal der sozialliberalen Epoche abhinge. Zugleich verfolgt der "Spiegel" gegenüber der DDR eine immer klarere Veröffentlichungspolitik: erbarmungslos und oft übertrieben jede Unsicherheit (von den Zwangsadoptionsfällen, weswegen Mettke gehen mußte, über Kaffeepreise und Intershop bis zu Bahro, Fuchs und zum "Manifest") aufzugreifen, um die Staatssicherheitsfraktion in der SED solange zu piesacken und zu reizen, bis sie sich nicht mehr halten kann. Ob Honecker das überlebt oder nicht, scheint ihm im Gegensatz zu Wehner und Gaus egal zu sein.

Vorsicht ist in jedem Falle bei der Lektüre im "Spiegel" veröffentlichter geheimer Dokumente geboten. Aber darauf brauchen wir nicht von den Verschwörungstheoretikern der SED erst hingewiesen zu werden. Sie und ihre Freunde von der UZ wollen uns ständig weismachen, daß ein finsteres Organ in Pullach alle Fäden in der Hand hält – der BND. Viel weniger als die Sicherheitsorgane in der DDR ist der BDN eine einheitliche Organisation. In seinem alten, harten Kern ist er aus der Wehrmachtsspionageorganisation "Fremde Heere Ost", später "Organisation Gehlen" hervorgegangen, in dem wegen seiner erzkonservativen-halbfaschistischen Ausrichtung immer eine Opposition existiert hat, die schon lange vor der "Spiegel"-Affäre Kontakte zu dem Hamburger Nachrichtenmagazin hatte. Daß ein Informationsaustausch zwischen diesen beiden Gruppen stattfindet, liegt auf der Hand. Nur begeht man eine politische Dummheit ersten Ranges, wenn man glaubt, durch kriminalistische Enthüllung dieser Zusammenhänge politischen Problemen aus dem Wege gehen zu können. Aber man kann der DDR-Führung die Überschätzung der Wirklichkeit von Geheimdiensten nicht verdenken, weil sie sich doch selbst nur durch einen riesigen Sicherheitsapparat an der Macht hält.

Wer das "Manifest" im "Spiegel" gelesen hat, das an vielen Stellen sehr zusammengewürfelt erscheint im Gegensatz zur klaren und eindeutigen Analyse Bahros, kann sich nicht recht vorstellen, daß die Marxkenntnisse westdeutscher Geheimdienstler sich so weit gebessert haben, daß sie schon in die internationale Debatte über grundsätzliche Veränderungen in der Politik kommunistischer Parteien eingreifen könnten. In jedem Falle sollte man besser das "Manifest" ernstnehmen, das von einer "Zentralen Koordinierungsgruppe" herausgegeben worden ist, die ihr Papier selbst "Thesen" nennt, die zur "Selbstverständigung" führen sollen. Weniger ernst nehmen sollte man den Titel "Manifest", der augenscheinlich vom "Spiegel" stammt, und die Behauptung, es sei von "mittleren bis hohen SED-Funktionären" geschrieben. Bei einem geschriebenen Text, auch wenn er verfälscht oder "überarbeitet" sein sollte, hat die SED-Taktik, auf die Argumente nicht einzugehen, sondern "Haltet den Dieb" zu schreien, sowieso keinen Erfolg.

Die Argumente aber liegen allen Beteiligten schwer im Magen, auch wenn sie von sehr unterschiedlicher Qualität sind; denn sie betreffen nicht nur wie im zweiten Teil die DDR-Führung, die ihren westdeutschen Gegnern die Bürde abgenommen hat, die Inhalte des "Manifests" weiter zu diskutieren. Die FDP hatte sowieso nichts zu sagen, die CDU/CSU können nach der Schließung des "Spiegel"-Büros wieder auf Ostberlin und seine "Vertragsbrüchigkeit" dreinschlagen. Der staatsmännischen SPD ist das "Manifest" außerordentlich unangenehm, nicht nur weil es auf eine unterhalb der Ebene traditioneller Politik vor sich gehende Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Deutschland hinweist, sondern weil sie selbst konkret auf ihre Herkunft aus der Arbeiterbewegung und dem Antifaschismus angesprochen wird. Sie nimmt ihre politische und soziale Rolle inzwischen völlig anders wahr, eine Tatsache, die zum kontinuierlichen Abbröckeln ihrer aktiven Mitglieder an der Basis führt. Was sich mit Biermann, Havemann, Bahro, Pannach, Kunert und Fuchs und vielen anderen seit langem angedeutet hat, wird durch das "Manifest" noch verschärft: die westdeutsche Linke hat seit Mitte der sechziger Jahre die DDR-Verhältnisse wie einen toten Hund behandelt, sie der Apologetik der DKP oder seit der Ostpolitik dem Realismus des Osthandels überlassen. Die nationale Frage ist kein, wie der "Spiegel" tut, speziell ostdeutsches Relikt, sondern, wenn eine gesamtgesellschaftliche Veränderung in Deutschland möglich sein soll, muß die nationale Frage neu gestellt werden. "Utopisch" klingt das nur für die Realisten in westdeutschen Parteien und Medien, die auf Veränderungen im Osten starren und sie im Westen ausschließen. Das kann aber für eine undogmatische sozialistisch-kommunistische Linke kein Grund sein, nur auf den eigenen Kram zu starren und ihre horizontale wie vertikale Spaltung zu verewigen. Nicht nur historische Spaltung der Arbeiterbewegung wie in allen Ländern Europas, sondern gesellschaftliche Spaltung in Spätkapitalismus und "real existierenden Sozialismus" machen unsere historisch besondere Situation aus. "Die deutsche Arbeiterklasse ist eine Arbeiterklasse und muß es bleiben", heißt es trotzig im "Manifest". Nur eine Linke, die an dieser Problemstellung ansetzt, hat eine Zukunft. Das "Manifest" ist ein weiteres Zeichen dafür, daß nicht nur die Diskussion begonnen hat, sondern daß der alte Kampf in West und Ost nicht mehr so weitergeht. DETLEV CLAUSSEN

Zum Tode Berthold Simonsohns

Berthold Simonsohn ist am 8. Januar 1978 in Frankfurt gestorben. Er war unter der jüngeren Generation der Linken nur wenigen bekannt, obwohl er zu jenen Genossinnen und Genossen gehörte, die 1961 mit der Unterstützung des SDS durch die "Sozialistische Förderergesellschaft" der existentiellen Bedrohung junger linker Intellektueller durch den Parteivorstand der SPD entgegentrat. Der SPD-Parteivorstand hatte am 6.11. 1961 nach vergeblichen Anstrengungen, den SDS durch eine Spaltung zu zerschlagen, beschlossen, daß eine Mitgliedschaft im SDS und in der "Sozialistischen Förderergesellschaft" mit einer Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar sei. Die SPD hatte nach der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 mit den sozialistischen Intellektuellen gebrochen, die die Preisgabe sozialistischer Ziele kritisierten und sich der ihnen zugemuteten Unterwerfung widersetzten.

Berthold Simonsohn gehörte zu der kleinen Gruppe sozialistischer Intellektueller, Hochschullehrer und Gewerkschafter um Wolfgang Abendroth, Ossip Flechtheim, Heinz Brakemeier, Fritz Lamm und seinen inzwischen ebenfalls verstorbenen Freund Heinz-Joachim Heydorn, die mit der Unterstützung des SDS zur Kontinuität marxistischen Denkens und zur historischen Kontinuität der Linken in der BRD beigetragen haben. Er hat politische Erfahrungen aus dem Untergang der Weimarer Republik und seine leidvollen Erfahrungen mit dem Faschismus vermittelt, wo immer ihm seine Funktionen in der sozialistischen Jugendarbeit, der Sozialarbeit, der Sozialpädagogik, der Jugendhilfe und seine Arbeit als Professor an der Universität Frankfurt die Möglichkeit gaben.

Mit Heinz-Joachim Heydorn, Gernot Koneffke und Heinz Brakemeier u.a. gehörte Berthold Simonsohn in den fünfziger Jahren dem wissenschaftlichen Beirat der Sozialistischen Jugend 'Die Falken' an, der auf Initiative von Lorenz Knorr zustande kam und die Aufgabe hatte, die sozialistische Erziehung in dieser Jugendorganisation zu unterstützen. In der Zeitschrift "Junge Gemeinschaft" veröffentlichte damals Berthold Simonsohn wichtige Beiträge zur politischen Bildung und über Probleme der sozialistischen Erziehung. Über zwanzig Jahre war er in verschiedenen Funktionen Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt. Seine politische Überzeugung fand immer in konkreter praktischer Tätigkeit seinen Ausdruck – und sie sollte ihn auch dort noch finden, wo Probleme und Bedingungen einen Sozialisten in besonderer Weise herausfordern: in der Humanisierung des Strafvollzugs und in der Rehabilitation von jugendlichen Strafgefangenen.

Mit der SPD hat Berthold Simonsohn seine Erfahrungen schon als Abiturient in Bernburg gemacht. Das Angebot, sein Abitur schon ein halbes Jahr früher ablegen zu dürfen, wurde auf Veranlassung einer deutschnationalen Vorsitzenden des Elternbeirats von dem sozialdemokratischen Schuldirektor zurückgenommen, weil der Inhalt des Abituraufsatzes über Wilhelm II. Anstoß erregte. Als Student schloß sich Berthold Simonsohn in Leipzig und Halle der damaligen sozialistischen Studentenorganisation an und trat 1931 von der SPD zur SAP über. In den Jahren des Faschismus widmete er sich voll und ganz der jüdischen Sozialarbeit. Nach der "Kristallnacht" am 9. November 1938 wurde Berthold Simonsohn verhaftet und kam für einige Wochen in das KZ Sachsenhausen. Von 1942 bis Kriegsende schleppten ihn die Nazis durch die Konzentrationslager Theresienstadt, Auschwitz und Dachau. An den Folgen der KZ-Haft hat er bis zu seinem Tode gelitten.

Die Erfahrungen des Faschismus haben Berthold Simonsohn in seiner politischen Überzeugung nicht erschüttert. Er blieb der Sozialist, der er von seiner Jugend an war. Dies bezeugen seine Freunde, die ihn in der jüdischen Sozialarbeit und Wohlfahrtspflege kennenlerten. Dies konnten Studenten und Mitarbeiter an der Universität Frankfurt auch in Situationen erfahren, in denen heute oft die politische Moral dem Opportunismus geopfert wird.

EDGAR WEICK

Der Pyrrhussieg von Pinochet

Wenn es einem amerikanischen Meinungsforschungsinstitut (Gallup) gelingt, eine Meinungsumfrage in einem von faschistischen Militärs belagerten Land wie Chile durchzuführen, und eine offene Beantwortung der Frage für den Betroffenen Folter, Gefängnis oder zumindest Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten kann und dazu noch das tatsächliche Abstimmungsergebnis nahezu exakt mit dem Umfrageergebnis übereinstimmt, dann sollte man sich über die Qualität eines solchen Abstimmungsergebnisses eigentlich keine Gedanken machen. Anlaß des von Pinochet erzwungenen "Referendums" war eine Resolution der Vereinten Nationen vom 16. Dezember letzten Jahres, in dem die Militärjunta erneut wegen der Nichtbeachtung elementarster Men-

schenrechte, der Fortdauer von illegalen Verhaftungen, Verschleppungen, von Folter und Mord angeklagt wurde.
Nicht jedoch das Referendum selbst stand kurz nach seiner Ankündigung im Mittelpunkt des Interesses, sondern der angebliche Bruch, den es innerhalb der Militärjunta ausgelöst haben soll. Pinochet hatte das Referendum nämlich unter Mißachtung des "Juristischen Statuts" der Junta aus dem Jahre 1974 allein verfügt. Nach Art. 2 ("Die Regierungsjunta faßt ihre Beschlüsse durch Einstimmigkeit ihrer Mitglieder") und Art. 4 dieses Statuts ("... Gesetzesdekrete müssen die Unterschrift aller Mitglieder (der Junta, B.S.) tragen ..."), war demnach die Verfügung des Referendums unwirksam, da die Chefs der Teilstreitkräfte, der Luftwaffe und der Marine, Leigh und Merino, ihre Unterschrift verweigert hatten. Wegen der "Nichtrechtlichkeit" des Referendums trat schließlich auch Hector Humares – der für Verfassungsfragen zuständige "Generalkontrolleur der Republik" von seinem Amt zurück. Kurzerhand ernannte Pinochet seinen Arbeitsminister Sergio Fernandez zum neuen Obersten Verfassungsrichter, und dieser erklärte die Volksbefragung für rechtlich korrekt.
Die Krise, die das Referendum sicherlich innerhalb der herrschenden Generalsquadriga ausgelöst haben mag, hat aber ihren Ausgangspunkt schon in der Inthronisation Pinochets als "Oberster Chef der Republik" im Jahre 1974. Pinochet und Merino hatten es damals geschickt verstanden, Leigh politisch auszubooten. Während eines Peru-Besuches von Leigh entwarfen beide das erwähnte "Juristische Statut" und beschlossen, das Amt des "Obersten Chefs" Pinochet zu übertragen. Durch diesen Coup gelangte Merino in der Rangfolge der Mitglieder der Junta an zweite Stelle. Es ist bekannt, daß Leigh eine politische Lösung vorschwebt, nach der der faschistischen Terrororganisation "Patria y Libertad" nach und nach die politische Macht übergeben werden soll. Nachdem Merino im Sommer 1977 öfters für eine baldige Rückkehr des Militärs in die Kasernen und die Übertragung der Regierungsgeschäfte auf Zivilisten eingetreten war, zeigte sich erneut der tiefe Riß innerhalb der Junta. Der Streit der Generäle um das Referendum ist also nicht als "der Bruch" zu bewerten, sondern nur als Fortsetzung schon lange andauernder Machtkämpfe.
Wesentlicher für die Einschätzung der innenpolitischen Situation in Chile sind jedoch zwei andere Momente:

- der Wandel der U.S.-Außenpolitik unter der Präsidentschaft von Carter, und im Zusammenhang damit
- die "modifizierte" Taktik der chilenischen Christdemokraten um Eduardo Frei.

Wenn sich Frei vor einigen Wochen gegen die Äußerungen von Strauß verwahrte – die Christdemokratische Partei (DC) habe die Militärs zum Putsch aufgefordert – so hat er gelogen. Das Sitzungsprotokoll des chilenischen Kongresses vom 23.8.1973 belegt eindeutig, daß die DC (die im Kongreß mit den anderen bürgerlichen Parteien über die Mehrheit verfügte) das Militär aufforderte, "allen ... geschilderten de-facto-Situationen (gemeint sind die angeblichen Verfassungsbrüche der Unidad Popular-Regierung, B.S.) die gegen Verfassung und Gesetz verstoßen, sofort ein Ende zu setzen." (vgl. Lateinamerika-Nachrichten Nr. 55, 1977). Auf diese Formel hat sich Pinochet immer berufen können, wenn er behauptete, das Volk habe das Militär zum Eingreifen aufgefordert. Einen Monat nach dem Putsch gab Frei der spanischen Zeitung ABC (10.10.73) ein Interview, in dem er sagte: "Die Streitkräfte haben Chile und uns alle gerettet ... Die Militärs wurden gerufen, und sie erfüllten ihre gesetzliche Pflicht."
Wie ist es also zu erklären, daß einer der geistigen Väter des blutigsten Militärputsches in der Geschichte Lateinamerikas heute auf der Seite der "demokratischen Opposition" wiederzufinden ist und (mit ähnlichen Argumenten wie Merino übrigens) Front gegen Pinochets Referendum macht? Sicherlich nicht mit der Rückbesinnung Freis auf die demokratischen Grundpositionen der DC.
Die "modifizierte Taktik" der DC in ihrer oppositionellen Haltung zur Junta (von der Anbiederung in den ersten Jahren bis hin zur heutigen offenen Opposition) fällt nicht zufällig zusammen mit der neuen U.S.-Außenpolitik und der Menschenrechtskampagne von J. Carter. Bei der Zusammenkunft Carters mit den lateinamerikanischen Regierungschefs anläßlich der Unterzeichnung des neuen Panama-Kanal-Vertrages im letzten Jahr in Washington hat Carter sein neues "politisches Projekt" für Lateinamerika erklärt – die "begrenzte Demokratie" (democracia limitada). Hinter dieser Formel verbirgt sich das Bemühen des imperialistischen US-Kapitals, sich neue Akkumulationsbedingungen in Lateinamerika zu schaffen. Nur zu deutlich wurde in den letzten Jahren (vor allem in Brasilien) der enge Zusammenhang zwischen politischer Repression, dem Fehlen jeglicher demokratischer Grundrechte und dem Scheitern liberalistischer wirtschaftspolitischer Konzepte. Brasilien scheiterte mit dem Versuch, bei Beibehaltung der völligen Entrechtung der Arbeiterklasse und des Volkes seine ökonomische Prosperitätsphase aufrechtzuerhalten und – vor allem – nach innen zu wenden; d.h. über die Schaffung eines aufnahmefähigen inneren Marktes die extreme Exportabhängigkeit zu verringern, um damit zumindest die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen zu können. Schlimmer noch in Chile, wo die Wirtschaftspolitik der "Chicago Boys" von Milton Friedman ein unglaubliches Elend in der Bevölkerung, eine völlige Pauperisierung der Kleinbourgeoisie und sogar schrumpfende Profite der imperialistischen Konzerne ausgelöst hat. Am Beispiel von Paraquay, Uruguay etc. ließe sich ähnliches zeigen.
Hier soll Carters Projekt der "democracia limitada" greifen – hinter der Maske seiner Menschenrechtskampagne. Frei scheint begriffen zu haben, daß ihm in der Taktik des nordamerikanischen Imperialismus eine Schlüsselrolle zufallen könnte. Und das US-Außenministerium gibt in einem Kommentar zum chilenischen Referendum mit der nahezu sprichwörtlichen Übernahme der DC-Erklärung zu verstehen, daß Frei richtig liegt (vgl. FR vom 7.1.78). Zusammen mit den militärischen Abweichlern um Merino u.a., unter einer Präsidentschaft von Eduardo Frei, bei Aufrechterhaltung des Verbots der marxistischen Arbeiterparteien und einer "graduellen Redemokratisierung" könnte das Projekt der chilenischen "democracia limitada" schon geboren sein. Und Pinochet freut sich weiter über seine 75%. Ein wahrer Pyrrhussieg!

BERND SCHLEICH

Zitate ...

Der Marxismus ist nicht eine einfache Irrlehre, wie es derer in der Geschichte so viele gegeben hat. Nein. Der Marxismus ist eine in ihrem Wesen perverse Lehre, und deshalb ist alles, was aus ihm hervorquillt, so gesund es auch scheinen mag, von dem Gifte zersetzt, das seine Wurzeln zernagt."
Augusto Pinochet (11.9.1976).

Der Marxismus ist keine Arbeiterdoktrin, sondern eine Erfindung von im Geist zerrütteten Intellektuellen. Die Marxisten versprechen Himmel und Erde, während sie den Weg zur Hölle pflastern.
Franz Josef Strauß (21.11.1977).

Je windiger es um notwendige Ideologien bestellt ist, mit desto grausameren Mitteln muß man sie schützen. Der Grad des Eifers und des Schreckens, mit denen wankende Götzen verteidigt werden, zeigt, wie weit die Dämmerung schon fortgeschritten ist.
Max Horkheimer (1932).

Nahost: Frieden, Frieden und doch kein Frieden

Die den Sadat-Besuch in Israel begleitende Euphorie der Medien ist verflogen. Das Spektakel der Fahnen, Fanfaren, Rituale und Gesten hat sich als Potemkinsches Dorf erwiesen. Was bleibt, ist die Realität des "Nah-Ost-Konflikts", dessen blutige Wirklichkeit nur für wenige Wochen als psychologisches Jahrhundert-Mißverständnis ausgegeben werden konnte. Tatsächlich geht es immer noch um knallharte Interessensdurchsetzungen globalen Ausmaßes. Die Reisetätigkeit der letzten Wochen hat noch einmal dazu gedient, die Dimensionen zurechtzurücken, die weit über den ursprünglichen Palästinakonflikt hinausreichen. Und ausgelöst wurde sie durch den Versuch Ägyptens, im Zuge der "Öffnungspolitik" Sadats zum Westen hin, sich vom ruinösen Palästinakonflikt abzulösen.
Tatsächlich war Ägypten ursprünglich an der Auseinandersetzung zwischen dem zionistischen Unternehmen und der arabisch-palästinensischen Bevölkerung Palästinas unbeteiligt. Die Teilnahme Ägyptens am ersten Palästinakrieg 1948/49 war wesentlich auf Drängen der britisch dominierten Arabischen Liga erfolgt und nicht durch irgendeine Solidarität mit dem arabisch-palästinensischen Volk moti-

dpa

viert gewesen (Nasser: "Wir kämpften in Palästina, aber unsere Herzen waren in Ägypten"). Erst die aggressive israelische Politik in den fünfziger Jahren, im echten – und vermeintlich westlichen Interesse den antikolonialen und neutralistischen Nasserismus zu Fall zu bringen, brachte Ägypten endgültig auf den Plan; und seit der anglo-französisch-israelischen Suez-Aggression von 1956 ist Ägypten Teil des zum "Nah-Ost-Konflikt" ausgewachsenen Palästinakonfliktes. Heute will sich Sadat von diesen Auseinandersetzungen abmelden, weil er selbst die westliche Karte spielt. Er strebt nicht nach Abgrenzung, sondern nach voller Integration in den kapitalistischen Weltmarkt. Läge ein Separatfrieden mit Israel im Rahmen des Möglichen – ohne Hemmungen würde er nach dem Rettungsanker für sein ruiniertes Regime greifen; denn Ägypten braucht Investitionen, die jedoch nur im Rahmen eines Friedens getätigt werden können.

Aber hier erhebt sich bereits die erste Schranke einer solchen Absicht: Investitionen lohnen sich nämlich nur dann, wenn die nötige Infrastruktur bereitgestellt werden kann. In Ägypten fehlt es für das sehnsüchtig erwartete Kapital an Straßen und Kommunikationssystemen, Häfen und einer effizienten Administration. Was nützt die billig ausbeutbare Arbeitskraft, wenn die Produkte von den Fabriken nicht zum Hafen gelangen können, wenn Telegramme Wochen benötigen und Telefongespräche kaum zu führen sind? Die Kosten für den Bau einer investitionsadäquaten Infrastruktur belaufen sich auf Milliarden Dollar; und für außerhalb von unmittelbaren Rentabilitätserwägungen stehende Staatstätigkeit gibt es auf dem internationalen Kapitalmarkt keine Gelder, die an Schenkungen heranreichen müßten. Nur Saudi-Arabien käme hierfür in Frage. Aber Saudi-Arabien kann nicht an einem Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten interessiert sein – im Gegenteil: die ungelöste Palästinafrage würde – so die saudischen Bedenken – die für das fragile Regime so gefürchtete "Unruhe" im arabischen Osten ansteigen lassen. Eine Zusammenarbeit der noch verfeindeten Regime in Syrien und im Irak unter Einschluß der Palästinenser und einem diesem Bündnis gegenüber paralysierten Hussein – so ahnt man in Riad –, würde die Sowjetunion erneut und verstärkt auf den Plan rufen. Damit wären auch im Inneren der finanzkapitalistischen Festung Saudi-Arabien die Signale verstärkt auf Umsturz gesetzt.

Ohnehin werden mit vierteljährlicher Regelmäßigkeit im Ölreich Putschversuche unternommen, die im wesentlichen von der Luftwaffe ausgehen. Amerikanischer CIA und jordanische Spezialeinheiten haben mit den über 30.000 in Saudi-Arabien stationierten US-Einheiten, als lokale "Nationalgarde" maskiert, bisher jedes Aufbegehren ersticken können.

Die USA kann sich aber ein ständig gefährdetes Regime in Saudi-Arabien nicht leisten, zumal jede über den Palästinakonflikt vermittelte Auseinandersetzung im arabischen Osten dieses sozial substanzlose Regime zusätzlich bedroht. Denn zum einen garantiert die Monarchie eine Stabilisierung des Ölpreises im OPEC-Kartell im Sinne der Industriestaaten und sorgt obendrein für eine recycling der Petrodollars, d.h. für Wiedereinlagen in den Industriestaaten. Zum anderen hat Saudi-Arabien die Rolle eines Weltbankiers übernommen und stützt so die Vormachtstellung der USA auf dem Weltmarkt, wofür Carter einiges zu zahlen bereit ist. Was den Westhandelsnationen kaum gelang, konnte der saudische König Khalid leichter erreichen: es sei daran erinnert, daß der Dollarpreis bei der Ankunft Carters in Riad 2,06 DM betrug, bei seiner Abreise auf 2,15 DM stieg.

Neben der Rolle, die Saudi-Arabien über den Wert spielt, ist seine politisch-strategische Rolle im imperialistischen Weltsystem von großer Bedeutung: Saudi-Arabien finanziert die Anrainerstaaten des Roten Meeres und insbesondere Somalia. Die Waffen, die Somalia für den Kampf gegen Äthiopien erhält, werden von Riad aus finanziert. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten sollen recht weit von den militärisch empfindlichen Tankerrouten entfernt gehalten werden; eine Aufgabe, die der Schah für die Straße von Hormuz übernommen hat. Von der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean hält sich die USA militärisch im Hintergrund – ist aber immer präsent. Trotz Unstimmigkeiten, wie sie zwischen Konkurrenten bestehen, ist die Übereinstimmung im Grundsätzlichen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran groß: denn sollte die Rolle Saudi-Arabiens politisch und militärisch nicht mehr ausreichen, drohte der Schah, so würde eine iranische Intervention am Horn von Afrika im Stile Dhofars die Folge sein.

Die "Stabilität" in der ölreichen und strategisch höchst bedeutungsvollen Region ist für die USA also von großer Wichtigkeit – man verfolge nur die eindeutige Reiseroute Carters. Insbesondere muß jede Gefährdung Saudi-Arabiens vermieden werden.

Diese übergreifenden Interessen machen eine Separierung Ägyptens vom Palästinakonflikt und seine damit zusammenhängende Verschärfung, falls es nicht zu einer umfassenden "Lösung" kommt, wenig wahrscheinlich. Saudi-Arabien würde diesen Schritt im ureigensten Interesse nicht belohnen, und der "Erfolg" Sadats, die Kapitalisten aus aller Welt zum Zugreifen veranlaßt zu haben, würde, wie schon nach dem Oktoberkrieg, folgenlos bleiben. Eine umfassende "Lösung" bedeutet aber mindestens einen israelischen Rückzug aus allen besetzten Gebieten, was wiederum nur über US-Pressionen möglich ist. Die Haltung der USA bleibt aber noch unentschlossen: einerseits stellt sich Israel zu dem umfassenden US-Interesse quer – andererseits ist nicht garantiert, daß nach einem israelischen Rückzug aus allen besetzten arabischen Gebieten die Entwicklung im arabischen Osten in den bisher eingefahrenen Bahnen des US-Interesses bleibt. Die bisher durch Unentschlossenheit gekennzeichnete Haltung der USA ist die eines Interessenten, der sich auf beiden Seiten seiner selbst sicher ist. Gleichzeitig gefährdet dieses Abwarten das Regime Sadats, der mit seinem Besuch versuchte, die USA aus ihrer abwartenden Stellung zu hebeln.

Der "Friedensplan" Begins hat Sadat düpiert. Er besagt nichts anderes als daß der Zionismus – wie bisher gehabt – sich weiter auszudehnen bestrebt ist. Den Palästinensern soll eine "Selbstverwaltung" "eingeräumt" werden, mit der einem fortgesetzten zionistischen "Bodenkauf" (Dayan: "Wenn nötig, mit Hilfe der Armee", FAZ, 30.12.77) und damit einer graduellen Majorisierung der Araber auf der Westbank durch jüdische Siedlungspolitik der Weg bereitet werden soll. Nach fünf Jahren – so Begin – soll aufgrund neuer Siedlungen, d.h. neuer demographischer Verhältnisse, das Problem des Schicksals der Westbank wieder erörtert werden, also eine Offenhaltung der Souveränitätsfrage und ihre sukzessive Auffüllung durch neue Siedlungsrealitäten im Sinne der zionistischen Landnahme in Palästina.

Im Nahen-Osten also nichts Neues. Nicht zu Unrecht hat Arafat die USA dahingehend gewarnt, daß sie ihre Interessen im Nahen Osten gefährden, falls die Palästinafrage nicht im Sinne eines israelischen Rückzuges aus allen besetzten arabischen Gebieten und der arabisch-palästinensischen Selbstbestimmung gelöst wird. Also warten auf Carter? DANY DINER

HAUPTWACHE

Frankfurter Illustrierte Zeitung

Wir suchen für ein linkes Zeitungsprojekt im Raum Frankfurt (Nachfolge der „Hauptwache") Genossen mit journalistischer Erfahrung und/oder graphisch/gestalterischen Fähigkeiten, sowie Fotographen, Anzeigenaquisiteure und Verlagskaufleute – vordringlich, aber nicht ausschließlich, für **hauptberufliche** Tätigkeit.

Kontakt: Christian Kuls, Heidestr. 31, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/494072

Inhalt: Das bewaffnete Wort - Aufzeichnungen a. d. U-Haft + Negerküsse - vom Alltag u.d. Grösse unserer Zeit + Immer radikal, niemals konsequent - eine Streitschrift + Jahrestag + Schüttle den Baum - Fragen, die alle berühren + u.a.m.

Die SP kosten 4.5o DM, im Abo (4 Hefte) 18.-DM. Red.u.Vertrieb: Antiquariat Magister Tinius, 1 Bln 41, Hackerstr.4, Tel. 8518o54.

Lohnpolitische Roßkur im Namen der Profite

Anmerkung zum jüngsten Jahresgutachten des "Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung"

Rudolf Hickel

Wer den "Schlüssel zum Abbau der Arbeitslosigkeit", den die beiden Verbände der Arbeitgeber (Bundesverband der deutschen Industrie; Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber) angesichts der Wirtschaftskrise zugeschliffen haben, mit den wirtschaftspolitischen Empfehlungen des gesetzlich zur Neutralität verpflichteten "Sachverständigenrates" (SVR) in seinem jüngsten Gutachten vergleicht, erlebt eine kaum für möglich gehaltene Überraschung: die 'fünf Weisen', die sich die Bundesregierung mit einem Kostenaufwand von 1,5 Mill. DM jährlich hält, befinden sich mit den Forderungen des BDI und BDA in völliger Übereinstimmung. Massiver Lohnverzicht und staatlich organisierte Umverteilung der Steuergelder und der Ausgaben zugunsten privatwirtschaftlicher Profitsubventionierung bilden die gemeinsamen Fixpunkte einer wirtschaftspolitischen Strategie, mit der das Schloß der Wirtschaftskrise entriegelt werden soll.

Weil dieser SVR mit seinem neuesten Jahresgutachten unter dem Schutzschild gesetzlicher Neutralität gewerkschaftliche Lohnpolitik zum einzigen Sündenbock der aktuellen Wirtschaftskrise erklärt und damit einseitig massiven Einfluß auf die anlaufende Tarifrunde ausüben will, ist es wichtiger denn je, das empirische und theoretische Blendwerk seiner Argumentation bis zur Kenntlichkeit zu entlarven.

Mit dem Handwerkszeug einer orthodoxen, kapitalorientierten Wirtschaftswissenschaft, die als herrschende Lehre an nahezu allen Universitäten in der BRD gepflegt wird, hat der SVR in mühevoller Kleinarbeit ein schwer zu entzifferndes Krisenszenario entwickelt, welches den einzigen Zweck erfüllt, die profitgesteuerte Marktwirtschaft vor Angriffen zu schützen und die Schuld an der Wirtschaftskrise aber auch allen anzulasten, nur nicht der sie wirklich erzeugenden Konkurrenzökonomie.

In ihrem jüngsten Jahresgutachten sind die hochdotierten Auguren der wirtschaftspolitischen Entwicklung in der BRD trotz ständig massiver Kritik ihrem Beratungsmuster gefolgt, das sie 1975 endgültig unter der nur rhetorisch gemeinten Frage "Krise der Marktwirtschaft?" entwickelt haben: Marktwirtschaften sind danach prinzipiell stabil, neigen zur krisenfreien Selbstoptimierung, wenn man nur der unternehmerischen Preis- und Produktionsentwicklung über die als funktionierend dargestellten Märkte freien Lauf lassen würde.

Die jetzt schon im vierten Jahre wirkende Wirtschaftskrise, die sich unverändert bei ca. 1 Mill. Arbeitslosen eingependelt hat und die vor allem die Lage der Problemgruppen am Arbeitsmarkt – Jugendliche, Frauen, ältere und behinderte Arbeiter – immer mehr verschlechtert hat, kann nach dem marktoptimistischen Verständnis des SVRs der Profitwirtschaft nicht angelastet werden. Vielmehr handle es sich bei dieser Arbeitslosigkeit um die späte, aber unaufhaltsame Rache der Marktwirtschaft, die sich damit gegen zu hochgeschraubte staatliche und lohnpolitische Ansprüche gegenüber dem Sozialprodukt zur Wehr setzen müsse.

Die Hauptthese lautete also: Wer mehr Lohn fordert als die Märkte zulassen und wer mehr öffentliche Produktion dem Sozialprodukt zur Durchsetzung einer Reformpolitik abzwackt, der muß entweder mit Inflation oder Produktionsausfällen und damit mit Arbeitslosigkeit rechnen.

Da die Bundesbank mit der massiven Einschränkung der Geldversorgung seit 1973 das Inflationsventil verstopft, d.h. die Bedienung überhöhter Ansprüche an das marktwirtschaftlich produzierte Sozialprodukt mit steigenden Preisen unterbunden habe, seien Produktionseinschränkung und Arbeitslosigkeit unvermeidbar gewesen. Man muß sich die Konsequenzen derartiger Krisen· interpretation deutlich machen, denn sie läuft auf die Aussage hinaus, die lohnfordernden Gewerkschaften hätten den Arbeitern die Misere der Arbeitslosigkeit selbst eingebrockt.

Deutlich wird dies, wenn man den dazu vom SVR eingeführter Begriff der "Mindestlohnarbeitslosigkeit" unter die Lupe nimmt. Danach habe die Sicherung von sog. Mindestlöhnen durch die Gewerkschaften die Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Oder umgekehrt – das ist die radikale Konsequenz: hätten die Gewerkschaften Lohnverzicht geübt, dann hätte sich für die Unternehmer eine Kostensituation ergeben, die sie nicht zur Produktionseinschränkung gezwungen hätte.

Von struktureller Arbeitslosigkeit, also von Arbeitslosigkeit, die sich aus Veränderungen der Nachfragestruktur, der internationalen Konkurrenz, wachsender Monopolisierung, aber auch vor allem profitgünstiger Rationalisierungsprozesse ergibt, ist da nicht mehr die Rede. Im Gegenteil, die Existenz "struktureller Arbeitslosigkeit" wird heruntergespielt, denn sie paßt nicht in das Konzept der Dauerschelte des SVRs gegenüber gewerkschaftlicher Lohnpolitik. Die Rede ist vielmehr von "strukturunechter" Arbeitslosigkeit. Weil sich die aktuelle Wirtschafts-, Sozial- und Strukturpolitik auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit beziehe, damit aber die eigentlich mindestlohninduzierte Arbeitslosigkeit überdeckt würde, wird ihr zusätzlich die Schuld an der Wirtschaftskrise zugesprochen. Die wirtschaftliche Welt des SVRs steht auf dem Kopf.

Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen, die vor allem von den Gewerkschaften gegenüber der Bundesregierung gefordert und teilweise durchgesetzt worden sind, um das Los der von Arbeitslosigkeit Betroffenen erträglicher zu machen, werden durch den SVR in eine schlichte Ursache für die Arbeitslosigkeit umgemünzt. Neben der bereits angesprochenen Lohndisziplinierung zeigt sich die andere Stoßrichtung der Kriseninterpretation: Sozialpolitische Errungenschaften sollen rückgängig gemacht werden, denn diese würden die Notwendigkeit überdecken, daß der Arbeitslose voll die existentielle Not erleben soll, um zur Arbeit bei niedrigen Löhnen bereit zu sein. Sozialpolitik verhindere dieses 'Erlebnis'; sie verhindere Lohnflexibilisierung nach unten.

Diese schweren Angriffe auf sozialpolitische Errungenschaften angesichts herrschender Arbeitslosigkeit sind nicht neu. Bereits 1973 hat der "Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft" in seinem Grundsatzgutachten zur "Stabilitätspolitik" ähnlich argumentiert. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1976 spricht die Deutsche Bundesbank von "beschäftigungspolitischen, unerwünschten Nebenwirkungen sozialpolitischer Fortschritte".

In kaum zu übertreffender Klarheit formuliert dies der SVR auch in seinem diesjährigen Gutachten: "Wer ein dichtes Netz der sozialen Sicherung für Arbeitslose will, der muß einen möglicherweise nennenswerten Teil der Arbeitslosigkeit gleichsam als gewollt antizipieren, als bloßen Reflex eines geänderten Verhaltens unter veränderten Bedingungen" (Ziff. 342).

Dies ist die wirtschaftswissenschaftlich verbrämte Schreibweise des allgemeinen, nicht absichtslos gehegten Vorwurfs, Arbeitslose hätten ihr Schicksal selbst verschuldet; Arbeitslose produzierten Arbeitslosigkeit, solange sie wirtschafts- und sozialpolitischen Schutz genießen. Aus diesen Zusammenhängen muß das spezifische Interesse des SVRs einigermaßen deutlich geworden sein: dem an sich stabilen Marktsystem, dem 'marktgerechten' Unternehmerverhalten stehen außermarktmäßige, 'marktstörende' Kräfte – wie Staat und Gewerkschaften – gegenüber, die die Wirtschaftskrise hervorrufen.

Das marktwirtschaftliche System wird entgegen der dringenden Notwendigkeit, es auf seine Funktionsschwächen sowie seine sozialen, negativen Folgewirkungen hin zu durchleuchten, um politisch erforderliche Veränderungen zu begründen, total immunisiert. Dadurch, daß Krisenursachen aber auch überall aufgelauert werden, nur nicht im System der Marktwirtschaft selbst, fühlt sich der SVR der zentralen Aufgabe enthoben, diese Marktwirtschaft auf die ihr innewohnende Kollapsanfälligkeit zu untersuchen.

Das Ärgerliche bei dieser Vorgehensweise ist jedoch die geballte Autorität, mit der der SVR behauptet, seine Interpretation sei die einzig existente und damit gültige. An keiner Stelle dieses Jahresgutachtens wird der Leser aber auch nur andeutungsweise eine Auseinandersetzung mit der empirisch und theoretisch ausgerichteten, kritischen Wirtschaftswissenschaft finden. Die umfängliche, über Jahrzehnte entwickelte, kritische Forschung, die die systemnotwendige Krisenanfälligkeit von profitgesteuerten Produktions- und Verteilungssystemen nachgewiesen hat, muß auch an diesem Jahresgutachten abprallen. Dies hat Funktion, denn es würde die autoritäre Verkündigung wirtschaftspolitischer 'Weisheiten' wesentlich erschweren.

Anstatt die systemkritische Forschung produktiv aufzunehmen bzw. sich wenigstens mit ihr kritisch auseinanderzusetzen, wird in diesem neuen Jahresgutachten zum wiederholten Male der neuralgische Kern ökonomischer und gesellschaftlicher

Zur weiteren Arbeit des Unterstützungsbüros für Roland Otto und Karl-Heinz Roth

Das Unterstützungsbüro für Roland Otto und Karl-Heinz Roth wird die – vor einiger Zeit angekündigte – abschließende Dokumentation vorerst zurückstellen. Stattdessen wird eine kürzere Broschüre erscheinen, die sich auf einige wichtige Aspekte beschränkt. Roland Otto und Karl-Heinz Roth werden sie zusammen mit ihren Verteidigern erstellen.

Mitte Februar wird ein Film über den Prozeß und die damit zusammenhängenden Probleme fertiggestellt sein, der dann ausgeliehen werden kann. Dieser Film beschäftigt sich mit den Folgen der Isolationshaft. Bilder aus einem der modernen Reformknäste sind mit einem Interview mit Karl-Heinz Roth unterlegt, in dem er über seine Hafterfahrungen berichtet. Der Film (16 mm, Länge etwa 15 Minuten) kann gegen Vorauszahlung der Leihgebühr von DM 30,-- beim Unterstützungsbüro bestellt werden. Unterstützungsbüro für Roland Otto und Karl-Heinz Roth, Glasstr. 80, 5000 Köln 30; Postscheckkonto: Wolfgang Hippe, Sonderkonto, Nr. 135816-508 beim Postscheckamt Köln.

Entwicklung – die Marktwirtschaft – in ein wohl gehütetes System von unbewiesenen Glaubenssätzen eingehüllt. An die Stelle präziser ökonomischer Beweisführung zu den wesentlichen Wirkungszusammenhängen, vor allem von Lohn-, Investitions- und Beschäftigungspolitik, treten offen ausformulierte marktwirtschaftliche Vorurteile, die immer wieder das "Vertrauen in die Selbstheilungskräfte" suggerieren sollen.

Der SVR, eingesetzt als 'neutrales' und wissenschaftliches Beratungsorgan, hat sich wiederum zum unternehmerischen Propagandabüro korrumpiert. Seine Funktion ist die der platten ideologischen Untermauerung profitstabilisierender Krisenpolitik, in die Staat und Gewerkschaften eingebunden werden sollen.

Um die lohnpolitische Roßkur, die der SVR in seinem diesjährigen Gutachten vorschlägt und die den Lohnabhängigen im Verhältnis zum Produktivitätswachstum reale Lohneinbußen beschert, abzusichern, wird auch ein fundamentaler theoretischer Kurswechsel vollzogen. Die keynesianische, auf marktökonomische Zusammenhänge ausgerichtete Wirtschaftswissenschaft, die die doppelte Funktion des Lohnes – einmal Kostenfaktor, zum anderen aber auch Quelle gesamtwirtschaftlicher Nachfrage zu sein – thematisiert, wird kurzerhand zurückgenommen. Im Mittelpunkt steht die "einzelwirtschaftliche" Betrachtung, womit sich die Rolle des Lohnes auf einen bloßen Kostenfaktor reduziert. Durch Rückgriff in die dogmengeschichtliche Rumpelkammer wird unterstellt, daß einzelwirtschaftlich profitables Angebot auch schon immer seine Nachfrage finden würde (Theorem nach J.B. Say).

Der realen Krise wird der Funktionsoptimismus eines 'Laissez faire-Kapitalismus' gegenübergestellt. Vierzig Jahre der mühevollen, aber fruchtbaren Entwicklung makroökonomischer Theorie, die ohne den Namen Keynes nicht zu denken ist, werden mit diesem Gutachten zur bloßen Makulatur. Sicherlich, unter Bedingungen des entwickelten Kapitalismus versagen die vermachteten Profitzentren immer mehr der keynesianischen, globalen indirekten Wirtschaftspolitik die Gefolgschaft. Während die wachsenden Strukturprobleme jedoch eine Überwindung keynesianischen Staatsinterventionismus im Sinne gesellschaftlich bewußter, demokratisierter Produktionsentscheidung herausfordern, geht der SVR den Weg zurück vor Keynes, um jeglichen Staatsinterventionismus zurücknehmen zu können. Dieser praktizierte Wechsel der wissenschaftlichen Begründung – diese Zuflucht in marktwirtschaftliche Heilslehren – ist eben nicht nur ein Problem akademischen Theorienstreits.

Wenn dem so wäre, könnte man sich jeden weiteren Kommentar schenken. Ganz im Gegenteil, es geht darum, die Lohnpolitik in ein theoretisches Konzept einzuspannen, das ganz bewußt ihren immanenten gesamtwirtschaftlichen Spielraum einschränken soll. Lohnpolitik wird nur noch unter dem Aspekt der Kostenrelevanz der Produktion gesehen. Daß sich diese Kostenrelevanz im Widerspruch zur Nachfragefunktion des Lohnes befindet, ist der wichtige Ausgangspunkt einer expansiven Lohnpolitik, die der SVR verhindern will. Lohnpolitik wird in die Kausalkette: hohe Profite und daraus wachsende Investitionen und Beschäftigung eingespannt. Die Kette ist mehr als brüchig; trotz vieler Versuche gelingt ihr Nachweis nicht. Wenn veränderte Verwertungsbedingungen die Dominanz von Rationalisierungsinvestitionen erzwingen, dann ruft Lohnzurückhaltung genau die Investitionen hervor, mit denen die Beschäftigung weiter zurückgeht, bzw. die Arbeitslosigkeit steigt. Weiterhin bleibt die offene Frage, wie denn eigentlich die kostenminimierte Produktion überhaupt noch ihren Absatz finden soll, wenn lohnspezifische Kaufkraft ausfällt.

Der SVR entwickelt damit eine Politik der massiven Umverteilung zugunsten der Profite, die nicht einmal die mit ihr beabsichtigten beschäftigungspolitischen Erfolge aufweisen kann.

Durch die Kritik derart durchsichtiger unternehmerfreundlicher Beratungspolitik hindurch müssen die eigentlichen Systemprobleme deutlich gemacht werden, um Ansatzpunkte fortschrittlicher, gesellschaftsverändernder Politik sichtbar werden zu lassen.

★

kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(2/1) **AKW-Materialien:**
- "Wir das Volk" – eine **Dokumentation** des Ermittlungsausschusses der Bürgerinitiativen gegen Kernenergie **zu den Ereignissen in Kalkar** am 24.9.77. Gegen Voreinsendung von DM 3.-- (Briefmarken) bei KKW-Nein Büro, Brabanterstr. 31, 5000 Köln
- **Atom-Express** Nr. 6 – die Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie berichtet über die Energieversorgung im Jahr 2000, Grohnde-Prozesse, Wiederaufbereitungsanlage, Wahlen ja oder nein? u.a., 32 S./DM 1.--; Gegen Voreinsendung von 10.--DM für 6 Hefte incl. Porto zu beziehen bei: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 34 Göttingen

(2/2) Eine 50 Seiten umfassende **Dokumentation** aller Vorgänge um die Auseinandersetzung um **Adveniat** hat ein Initiativkreis "Theologie der Befreiung" in Münster herausgegeben. Gegen Voreinsendung von DM 1.-- (Briefmarken) bei Peter Rottländer, Hafkehorst 35, 44 Münster-Mecklenbeck

(2/3) **Lateinamerika – Kirche zwischen Diktatur und Widerstand**. Beiträge von A.G. Frank, N. Greinacher, E. Cardenal u.a., 176 Seiten. Gegen Voreinsendung von DM 6.-- bei ESG Essen, Wittenbergstr. 14/16, 43 Essen zu beziehen

(2/4) **Skandalon** – Zeitung nicht nur für Mainzer Theologiestudenten Nr. 7 enthält u.a.: Materialistische Exegese oder Was hält die Kirchenhierarchie von Freiheit von Forschung und Lehre, Dokumentation über die Gerichtsverfahren wegen Nachdruck des Buback-Nachrufes in Bonn, ca. 40 S./DM 2.--;
Skandalon-Sonderdruck – Dorothee Sölle: **Kreuz und Klassenkampf**, ca. 20 S./DM 1.--; Bezug gegen Voreinsendung in Briefmarken/Scheck bei Winfried Penk, Neckarstr. 25, 6095 Ginsheim 2

(2/5) **CFS-Korrespondenz** Nr. 14 enthält ein Interview mit H. Gollwitzer, Kernkraftwerke und kapitalistischer Staat, Berichte und Nachrichten; Bezug: CFS-Büro c/o Karl Grünewald, Rülpingstr. 34, 44 Münster

(2/6) **Der blaue Anton** – Zeitung der DGB-Jugend Schwetzingen – erscheint alle zwei Monate. Schwerpunktthema der letzten Nummer: neofaschistische Tendenzen in der BRD und antifaschistischer Widerstand nach 1933. Probeexemplare: DGB-Jugend Schwetzingen, Carl-Theodorstr. 33, 683 Schwetzingen

(2/7) Das Modell Ahlen in der Lehrerausbildung – eine Dokumentation zum Thema **"Weniger Demokratie, mehr Bundeswehr"**; 40 S./DM 1.--; Bezug: Michael Hafner, Schillerstr. 67, 469 Herne 1

(2/8) **KOZ-Kreuzberger Stadtteilzeitung** Nr. 24 enthält u.a. Ausländerproblematik – Sozialhilferecht, Kampf um den Rollstuhl, Berichte aus dem Stadtteil, Sanierung und Schulproblematik. Gegen Voreinsendung von DM 2.-- (Briefmarken) bei Maryse Durand, Körtestr. 8, 1 Berlin 61 zu beziehen

(2/9) Dokumentation über die **französische Soldatenbewegung** in Tübingen, 28 S./DM 1,--. Gegen Voreinsendung in Briefmarken bei: AMAK z.Hd. B. Plagemann, Postfach 1222, 742 Münsingen

(2/10) **Solidarität mit den international inhaftierten Kriegsdienstgegnern**. Die Liste mit den Adressen der einsitzenden Kriegsdienstgegner ist gegen Voreinsendung von DM 1.-- erhältlich über: Gewaltfreie Aktion c/o K.H. Seng, Methfesselstr. 69, 2000 Hamburg 19

(2/11) **Bildung zwischen Apartheid und Widerstand** – Das Bildungswesen der nichtweißen Bevölkerungsgruppen in Südafrika. 440 S./DM 20.-- gegen Voreinsendung; Bezug: H.M. Große-Oetringhaus, Diepenbrockstr. 34, 44 Münster, PschKto. Dortmund 184329-469

(2/12) **Blätter des IZ3W** Nr. 66 berichtet über: Landwirtschaft in der dritten Welt, Repression in der BRD, Nachrichten und Kurzberichte; 67 S./DM 2,50, Bezug: IZ3W, Postfach 5328, 78 Freiburg

(2/13) **Materialien zum Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen**:
- **Protokoll des ersten Bundeskongresses** mit Presseecho, Teilnehmerliste und dem Protokoll des neuen Koordinierungsausschusses;
- **1. Bundesrundbrief**; Gegen Voreinsendung von DM 2,50 (Briefmarken) erhältlich bei R. Pohl, Jägerhorst 6, 23 Kiel 1

(2/14) **Publikationen der Informationsstelle Südliches Afrika:**
- Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegung 1943-1976, 250 S./DM 10.--
- Namibia – Geschichte und Gegenwart, 250 S./DM 9.--
- Das schwarze Wort – südafrikanische Erzählungen, 101 S./DM 6.-- Bezug: ISSA, Buschstr. 20, 53 Bonn

(2/15) **1978 wird rötlich!** Mit dem "Schlüssel zum Sozialismus", **Comic**, 24 S./DM 1.--. Gegen Voreinsendung von DM 1.-- (Briefmarken) bei Jari Cuypers, Gögenstr. 7, 55 Trier

(2/16) **Kampagne gegen das Modell Deutschland:**
Nr. 1 Berufsverbote; Nr. 2 Computerisierte Überwachung; Nr. 3 §§ 88a u.a.; Nr. 4 Der Stammheim Tod. Die Broschüren sind in versch. Sprachen abgefaßt und zur kostenlosen Verbreitung im Ausland gedacht.
Jede Broschüre kostet DM 1,50 und kann gegen Voreinsendung über CaMG c/o ESG, Querenburger Höhe 287, 463 Bochum bezogen werden. Gruppen und/oder Einzelpersonen, die über Kontakt zum Ausland verfügen oder eine ähnliche Arbeit machen, werden um Mitteilung gebeten.

(2/17) Materialien zum **Kostendämpfungsgesetz** hat die Gesundheitsgruppe im SZ Hannover zusammengestellt. Erhältlich gegen DM 2,50 (Briefmarken) beim AF Gesundheitswesen c/o Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(2/18) Das neue **"Bauernblatt"** ist da – zu beziehen per 10 Stück (DM 5.--) oder im Abonnement (DM 10.--) beim Arbeitskreis Junger Landwirte, Bahnhofstr. 6, 7031 Bondorf

FILM/THEATER/KULTUR

(2/19) **Liedermacher-Liste** – bereits über 200 Adressen von Liedermachern, Theatergruppen und anderen Künstlern enthält eine Liedermacher-Liste, die das SZ Stuttgart zusammenstellt. Wer noch Gruppen kennt: umgehend melden ans SZ Stuttgart, Neckarstr. 178

(2/20) **Kunstmarkt/Flohmarkt und Buchmarkt** – unter diesem Arbeitstitel veranstaltet das SZ Stuttgart eine **Spendenaktion** zugunsten des **Russell-Tribunals**. Zur Nachahmung empfohlen oder: Kuriosa, alte Bücher, Platten, Plakate, Kunst zur Versteigerung nach Stuttgart schicken. Addresse: SZ, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1

(2/21) **Dokumente** zur Geschichte der revolutionären Kunst in der Sowjetunion 1922-1951 und Beiträge zur Kunst und Antifaschistischen Volksfront enthält die 2. Folge; Gegen Voreinsendung von DM 6.-- bei Jürgen Kramer, Postfach 1142, 465 Gelsenkirchen zu beziehen

(2/22) Das **16 mm Programm 1977/78** ist beim Filmverleih "Die Lupe", Groner Landstr. 3, 34 Göttingen anzufordern

(2/23) **Haftbedingungen in der BRD – Zwei Protokolle**. Der Film (16 mm s/w Magnetton 41 Min.) von Studenten der DFFB zeigt eine neue Haftanstalt in der BRD und bringt dazu ein Interview mit Karl-Heinz Roth. Anfragen an: Utupua Filmproduktion, Gustav Müllerstr. 36, 1 Berlin 62, Tel. 030/7812016

(2/24) **Wehren müssen wir uns täglich** – Dokumentarfilm über die Erfahrungen eines aktiven Gewerkschafters nach seiner Entlassung im Druckerstreik 1976. Der Film (16 mm s/w 60 Min.) kann bezogen werden über die Filmgruppe Penzholz u.a., Grunewaldstr. 76, 1 Berlin 62

(2/25) **Verurteilt zum Erfolg** – Dokumentarfilm über die Arbeitsbedingungen in einem Atomkraftwerk, hergestellt von der CFDT. Der Film (Farbe 16 mm 55 Min.) ist über den Zentral-Film-Verleih, Karl Muck Platz 9, 2 Hamburg 36 zu beziehen

ARBEITS-/WOHN- UND FREIZEITKONTAKTE

(2/26) Übernehme preiswerten **Composersatz**, Tel. 0611/727142

(2/27) **Schulmüde** – zwei Lehrerinnen (25/27) möchten ein Jahr im Ausland (nicht im Schuldienst) arbeiten. Wer hat Informationen, Adressen, Erfahrungen. Zuschriften unter Chiffre 2/27 an Sozialistisches Büro

(2/28) Welche Frau oder welcher Mann mit Kind (bis 4 Jahre) möchte in unsere **Wohngemeinschaft** ziehen? Wir sind 3 Frauen und 3 Männer, 4 arbeiten und zwei studieren und ab Februar kommt noch ein Kind dazu. Tel. 02221/234874 **(Bonn)**

(2/29) Nachdem ich nun einiges über **Wilhelm Reich** gelesen habe, suche ich nun den praktischen Bezug und Kontakt zu einer **Gruppe** (Reich-Therapie? Kosten? Bedingungen? Wartezeit?) Rene Zind, Freiligrathstr. 44, 6 Frankfurt 60

(2/30) **Raum Göppingen**: "links"-Lesertreff geplant. Interessenten wenden sich an: Audretsch/Winkler, Lorcherstr. 79, 732 Göppingen

(2/31) Sozialistischer Gewerkschafter (23 J), ab SS 78 stud.pol. sucht ab März/April evtl. auch später Wohnmöglichkeit in **Wohngemeinschaft** mit undogmatischen Genossen in **Hannover**. Joachim Beerhorst, Apfelallee 8, 303 Walsrode 1; Tel. 05161/8171

(2/32) Das Arbeitskollektiv, das die **Neu- bzw. Wiedergründung des SDS** anstrebt, sucht Kontakt zu allen Gruppen, die ähnliche Ziele verfolgen. AK des SDS, Reinickendorfer Str. 96, 1 Berlin 65; Tel. 030/4624915

(2/33) **Zimmer** frei für Genosse in **Hamburg** in einer großen Wohnung mit Garten, 2 Mitbewohnerinnen; Tel. 040/8506176

(2/34) "Kleinfamilie" in **Braunschweig** sucht Genossen-Freunde mit Kleinkind(ern), um drohender Isolation zu entgehen. Tel. 0531/337553

(2/35) **Bibliotheksmensch** (ÖB) sucht ebensolche zum Fachsimpeln und außerdem "links"-Leser im Raum TS/BGD/RHA für Leserkreis bzw. Gründung einer SB-Gruppe Chiemgau. Briefe unter Chiffre 2/35 an Sozialistisches Büro

(2/36) Chemiker, 29, kommt bis März 78 nach **Berlin** und sucht Anschluß an **Wohngemeinschaft** oder Menschen, um eine zu gründen. Werner Lindenmaier, Steige 8, 33 Braunschweig, Tel. 334683

(2/37) Wir planen ein Projekt **"Behinderung und Wohnen'**. Wer hat Informationen, Erfahrungen, Kontakte, die uns evtl. weiterhelfen können – Architekten, Sozialplaner, Pädagogen etc. Unser erstes Selbstverständnispapier schicken wir gerne zu. Alwine Thesing-Dittmar, An der Trift 3, 6072 Dreieich-Dreieichenhain, Tel. 06103/85769

(2/38) Nach einigen Jahren Schulpraxis möchten wir – zwei Lehrerinnen – aus der Schule aussteigen. Wir suchen Leute, denen es ähnlich geht und deren Erfahrungen uns bei der Suche nach neuen **Berufsperspektiven** weiterhelfen. Briefe unter Chiffre 2/38 an Sozialistisches Büro

STELLENANGEBOTE/-SUCHE

(2/39) Der Verein Brückenhaus sucht für ein von der Robert-Bosch Stiftung gefördertes Projekt Kinder- und Jugendarbeit **3 Sozialarbeiter/-pädagogen(innen). Aufgabengebiete: Arbeit in einer Kontakt- und Betreuungsstelle mit Übernachtungsmöglichkeiten – Mobile Jugendarbeit – Stadtteilbezogene Kinderarbeit. Informationen und Bewerbungen an: Verein Brükkenhaus, Steingaustr. 54, 7312 Kirchheim, Tel. 07021/43530**

(2/40) **Team eines Wohnheims für Behinderte sucht Logopäde(in)** zum 1.2.78 (Honorarkraft, 2 x 2,5 Std. pro Woche/pro Std. DM 25,-- und einen **Ersatzdienstleistenden**. Tel. 0611/504898

(2/41) **Zivildienststelle** gesucht – Abiturient mit Erfahrung in der offenen Jugendarbeit, Psychiatrie und Kinderbetreuung sucht ZDL-Stelle in alternativer sozialer Einrichtung zum August 1978 in Norddeutschland. Hartmut Gaidies, Am Hesekamp 8, 3118 Bad Bevensen

(2/42) Die ESG-Geschäftsstelle in Stuttgart sucht für die theologische Arbeit eine(n) **Referentin(en)**. Voraussetzung: (Fach-)Hochschulabschluß. Bezahlung BAT IIa, Einstellung möglichst zum 1.8.78; Anfragen: ESG-Geschäftsstelle c/o Till Wilsdorf, Kniebisstr. 29, 7 Stuttgart 1

(2/43) Das Jugendwohnkollektiv in Odenthal b. Köln "Walter Dörken-Hof" (ehem. Klever Hof) sucht ab sofort einen **Sozialarbeiter(in)/pädagogen(in)** vorzugsweise mit handwerklichem Vorberuf. Abgeschlossene Sozialarbeiter/Pädagogen-Ausbildung mit zweijähriger Berufspraxis sind Voraussetzung. Anfragen unter Chiffre 2/43 an Sozialistisches Büro

(2/44) Projektgruppe, die an dem Aufbau eines Jugendwohnkollektivs in Darmstadt arbeitet, sucht noch Kontakt zu **Sozialarbeitern, Pädagogen, Psychologen,** die mitarbeiten möchten. Volkmar Hahn, Frankfurter Str. 90, 61 Darmstadt

(2/45) Suche **Buchhändlerstelle** (Verlag oder Buchladen). Bin 20 (m) und finanziell ziemlich unabhängig. Es geht mir um eine Ausbildung. Stephan Lustenberger, Pellenzstr. 6, 5472 Plaidt; Tel. 02632/48260

MATERIALIEN GESUCHT

- Artikel über das Münchner Blatt und die Münchner Tagespresse und Artikel zu Stadtteilzeitungen. Jürgen Bischoff, Petrikirchstr. 7, 34 Göttingen
- Komplette Ausgabe von Johann Gottlieb Schnabels Werk "Die Felsenburg", Karl-Heinz Rudi, Gutzkowstr. 43, 6 Frankfurt 70
- "links" Nr. 77, Wilfried Penk, Neckarstr. 25, 6095 Ginsheim 2
- Unterrichtsmaterialien "Energie-Problematik/Anti-AKW" für Sonderschulen, Gerhard Oberlader, Asternweg 7, 7063 Welzheim
- Abweichendes Verhalten und Kriminalität von Frauen. Unkosten werden erstattet, Susanne Keckeisen, Relenbergstr. 68, 7 Stuttgart 1
- Sozialpolitische Arbeit im Knast – Erfahrungen mit den Repressionen von ehrenamtlichen Helfern und Gruppen. Michael Bauer c/o AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80

TERMINE

- 19.2.-19.3. Hamburg/Markthalle **"Kunst gegen Atomkraftwerke"**
- 10.3.-12.3. **Alternativpressetreffen** in Essen/Spanisches Zentrum

★

Krise der Universität

Joachim Hirsch — Zu den gegenwärtigen Bedingungen von Hochschulpolitik (Teil II)

Problematischer "Freiraum"

Die Eigentümlichkeit der sozialen Sphäre "Universität" besteht darin, daß sie in besonderer Weise von der übrigen Gesellschaft abgetrennt ist, was dazu führt, daß hier ein von den sonst herrschenden ökonomischen und gesellschaftlichen Zwängen teilweise entkoppelter "Freiraum" entstehen kann. Ein wesentliches Moment der kapitalistisch durchgesetzten Trennung von Hand- und Kopfarbeit ist die systematische Scheidung von allgemeiner Wissensproduktion und materieller Arbeit, von "Theorie" und "Praxis". Mit der dadurch erzeugten Trennung von Ausbildung und Beruf schiebt sich zwischen Kindheit und Erwachsenen-Berufsleben für einen immer größeren Teil der Jugend eine Phase, in der die Institutionen des Ausbildungssystems zum wesentlichen sozialen Umfeld werden. Der von ihnen bereitgestellte "Freiraum" ist indessen vor allem durch gesellschaftliche Isolierung und Desintegration geprägt. Die Art der hier herrschenden sozialen Strukturen, Verkehrsformen und Zeitrhythmen trennt das universitäre Milieu scharf von den übrigen Bereichen der Gesellschaft. Gleichwohl fördert dies keineswegs eine kollektive soziale Identität der Studenten, weil ihre Lebensweisen und -rhythmen lediglich das gemeinsam haben, daß sie sich von denen der übrigen Gesellschaft unterscheiden. Von den objektiven Bedingungen her ist daher für das studentische Dasein wechselseitige Isolierung auf der Basis einer gemeinsamen sozialen Lage charakteristisch.

Die gesellschaftliche Abgesondertheit des universitären Milieus *sowohl* gegenüber der sozialen Herkunft der Studenten als auch gegenüber der späteren Berufstätigkeit begründet eine massive Tendenz zur *Verselbständigung des Studiums als Selbstzweck* (die allerdings nach Studienfach, Geschlecht und sozialer Herkunft unterschiedlich ausgeprägt ist). Da die an der Universität vermittelten Inhalte unmittelbar weder an den Erfahrungen des sozialen Herkunftsmilieus anknüpfen noch in der Regel klar erkennbar auf eine konkrete "Berufspraxis" ausgerichtet sind, liegt für alle Beteiligten die Identifizierung mit einer abstrakten Intellektuellenrolle sehr nahe. Genau diese Abgehobenheit garantiert aber das Funktionieren der Universität als einem Klassenselektion legitimierenden "ideologischen Apparat" und die dafür grundlegende Dominanz der Lehrenden über die Lernenden. Intellektuelle Tätigkeit an der Universität gerät zum Umgang mit einer symbolischen Realität nach dem Muster der "als ob". Die Inhalte dieser intellektuellen Tätigkeit erscheinen – weil losgelöst von sozialer Herkunfterfahrung und Berufspraxis – als willkürlich gesetzt von einem Lehrpersonal, das aufgrund seiner eigenen Intellektuellensozialisation diesen Zirkel einfach fortzuschreiben gezwungen ist und auf diese Weise als Vermittler der herrschenden Kultur auftreten muß.

Angesichts von Studenten, die sich mit einer abstrakten Intellektuellenrolle identifizieren müssen und von Professoren, die – ebenfalls als Folge der institutionell verbürgten Unverbindlichkeit ihres Tuns – sich nicht als Lehrer begreifen, die gezwungen sind, den Erfolg ihrer Lehre zu überprüfen und bestmöglich zu garantieren, wird das wechselseitige *Mißverständnis* zum vorherrschenden Prinzip universitärer Kommunikation. Aus empirischen Untersuchungen und alltäglicher Erfahrung ist hinlänglich bekannt, daß viele von den Lehrenden verwendete Begriffe und Argumentationsmuster von einem erheblichen Teil des studentischen Publikums gar nicht verstanden werden. Dennoch sind die Studenten infolge der Dominanz der "pädagogischen Autorität" der Professoren gezwungen, diese nicht oder falsch verstandenen Termini und Argumentationsfiguren in ihren eigenen Arbeiten zu verwenden, was eigentümliche Vereinfachungen, Verstümmelungen und logische Verkehrungen entstehen läßt. Die Professoren ihrerseits werten dies nicht als das vorhersehbare Produkt ihrer institutionell vordefinierten Tätigkeitsweise, sondern machen dafür die Unfähigkeit der Studenten verantwortlich. Der Hochschulunterricht wird auf diese Weise zu einer Art von Initiation in die Sprachspiele der bürgerlichen Kultur, deren der Schüler nur durch magische Imitation des Meisters teilhaftig werden kann.

Richtig gelingt diese Initiation allerdings nur denjenigen, die durch einen entsprechenden sozialen Hintergrund bereits eingeweiht *sind*. Den anderen bleibt nur die "Regression auf den magischen Gebrauch der Sprache, auf mechanische Wiedergabe jener Ideen, die angeblich dem Professor besonders lieb sind, oder auf eine chaotische Rekonstruktion des gelehrten Vortrags, der auf seine Klischees und Schlagworte reduziert wird" (Bourdieu/Passeron). Die gesellschaftliche Funktion dieses institutionalisierten Mißverständnisses wird erkennbar, wenn man berücksichtigt, daß die Sprache der bürgerlichen Schichten der Sprache der Universität mehr entspricht als die der kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten, daß vor allem nur in der bürgerlichen Erziehung diejenige Einstellung zur Sprache und zu bestimmten Formen des abstrakten Denkens erzeugt wird, welche die Universität belohnt. Da aber das universitäre System somit gar nicht "liefert, was es verlangt, verlangt es implizit, daß seine Schüler bereits besitzen, was es nicht liefert: eine Sprache und Kultur, die außerhalb der Schule durch unmerkliche Familiarisierung gleichzeitig mit der entscheidenden Einstellung zur Sprache und Kultur ausschließlich auf diese Weise erworben werden kann. Da es eine Form des Lehrens und Lernens perpetuiert, die in ihrer Pädagogik und teilweise auch in ihren Inhalten kaum von der Familienerziehung abweicht, bietet es eine Art der Bildung und des Wissens, die nur denen wirklich zugänglich ist, welche die implizit vorausgesetzte Bildung bereits besitzen ... Unter allen möglichen Einstellungen wird gerade jene prämiiert, die das Bildungswesen nie mehr allein hervorbringen kann" (Bourdieu/Passeron). Oder einfacher: Das mit der sozialen Herkunft verknüpfte kulturelle Privileg wird in eine im Bildungssystem erbrachte "Leistung" umdefiniert. Auf diese Weise erfüllt das Bildungssystem seine Funktion, die Reproduktion sozialer Ungleichheit und klassenspezifischer Selektion zugleich zu vollbringen als auch zu legitimieren.

Das Mißverständnis bricht auf

Das "Mißverständnis", das den Bestand des universitären Apparats als klassenspezifischen Selektionsmechanismus von den Erwartungen, Bewußtseinslagen und Verkehrsformen der Beteiligten her garantiert, wird indessen durch die gegenwärtigen Strukturveränderungen des Ausbildungssystems immer mehr in Frage gestellt. Der massenwirksam werdende Widerspruch zwischen qua Bildung realisierbaren Sicherheits- und Aufstiegserwartungen und deren realer Enttäuschung durch unsichere Berufsaussichten und Arbeitslosigkeit führt dazu, daß die sozusagen selbstgenügsame Stabilität des universitären Sozialmilieus mit seinen herkömmlichen Rollen und Rollenerwartungen ins Wanken gerät. Das Mißverständnis funktioniert nur so lange, als diejenigen reibungslos ausgeschieden werden können, welche den Anforderungen des universitären Intellektuellenhabitus nicht genügen. Mit der Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Studenten im Zuge der stärkeren "Öffnung" der Hochschulen verlieren aber die individuellen .Ausschließungsmechanismen an Wirksamkeit (auch wenn inzwischen eine noch viel größere Zahl ihnen zum Opfer fällt). Die Universität sieht sich immer mehr Studenten aus unteren Sozialschichten konfrontiert, für die das Studium nicht das Mittel zur Bestätigung sozialer Positionen, sondern des Aufstiegs ist, und die

demzufolge gezwungen sind, von Anfang an realistischere Zukunftsperspektiven zu entwickeln und ihr Studium an der angestrebten Berufstätigkeit zu orientieren.

Diese Studenten (wie wahrscheinlich in besonderer Weise auch die Frauen, denen die universitären Verkehrsformen und Inhalte extrem fremd sind) reagieren notwendigerweise empfindlich auf die Ansprüche eines Ausbildungsapparats, der weder ihren Fähigkeiten noch ihren Erwartungen entspricht. Dadurch, daß der Numerus Clausus den Zugang zur Universität mit den völlig formalisierten Hindernissen von Notendurchschnitten und Wartezeiten verbaut, während gleichzeitig das erfolgreiche Durchstehen des durch erhebliche Verzichtleistungen erkauften Studiums immer weniger Berufschancen garantiert, gewinnt dieser Konflikt zunehmende Brisanz. Das ursprünglich einer privilegierten Minderheit eingeräumte "psycho-soziale Moratorium", der "Freiraum", der einen spielerischen Umgang mit Inhalten, eine Vorstellung von Studium als einem intellektuellen Abenteuer und die Identifizierung mit einer losgelösten Intellektuellenrolle ermöglicht hatte, wird unter der Hand zu einem zugleich irrealen und repressiven Zwangszusammenhang. Die Studienzeit gerät zu einer formalisierten Etappe in einem heißumkämpften Hindernislauf um immer problematischer werdende Berufschancen.

Die Broschüre wurde von den SB-Hochschulgruppen erstellt. Redaktionskollektiv: SZ Nürnberg, SHG Duisburg, SB-Hochschulgruppe Frankfurt, SZ Tübingen. Preis: Einzelexemplar DM 2,50; bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren DM 2.-- je Stück. Vertrieb: SZ Tübingen, c/o Angelika Walter, Münzgasse 13, 7400 Tübingen. Konto (Vorauszahlung erbeten!): Cecilie Eckler, Kreissparkasse Tübingen, Konto Nr. 461670.

Gleichgültigkeit

Eine wichtige Folge dieser Veränderungen ist eine immer massiver auftretende Gleichgültigkeit gegenüber den konkreten Inhalten des Studiums. Diese kann sich aber auf durchaus ambivalente Weise äußern: sowohl in Form einer von allen subjektiv vermittelten, inhaltlichen Ansprüchen entleerten "Berufsorientierung", bei der die Identifikation mit Inhalten durch die Identifikation mit Berechtigungsscheinen ersetzt wird, als auch in Form des Infragestellens der Jagd nach einem bürgerlichen Beruf überhaupt. Man kann annehmen, daß diese polaren Einstellungen des formalen Bestätigens bzw. Negierens der universitären Selektionsmechanismen häufig nicht eindeutig ausgeprägt sind, d.h. es kommt leicht zu einem Schwanken zwischen Überanpassung und Verweigerung. Gemeinsam ist beidem freilich die Tendenz, sich gegenüber den Inhalten des Wissenschaftsprozesses und der Lehre gleichgültig zu verhalten. Es ist die Gleichgültigkeit gegenüber einem Lehrbetrieb, der fast jeden Bezug zur konkreten Situation und zu den Lebensperspektiven der Beteiligten vermissen läßt, und der nur so lange positiv akzeptiert werden konnte, als die Studenten aufgrund ihrer sozialen Herkunft noch das mitbrachten, was er niemals von sich aus lieferte: gesellschaftliche Sicherheit und berufliche Perspektive. Für einen immer größeren Teil der Studenten muß das Studium total fragwürdig werden, seit es nicht mehr nur nicht inhaltlich auf Berufe vorbereitet, sondern auch nicht mehr in der Lage ist, Berufsaussichten formal zu garantieren, die erringbaren Zertifikate also ihren Marktwert verlieren. Da innerhalb des bestehenden Ausbildungsapparats eine Alternative nicht erkennbar ist, ist es nicht weiter verwunderlich, wenn es als Folge davon zu massivem Verweigerungsverhalten, zum Unterlaufen institutionell verlangter Anforderungen und schließlich zu offener "Wissenschaftsfeindlichkeit" kommt. Das Resultat dieser Entwicklung besteht in einer immer mehr um sich greifenden Zersetzung traditioneller "akademischer" Verkehrsformen und Verhaltensweisen mit einer Tendenz zu fortschreitender sozialer Anomisierung. Während Überanpassungsverhalten, d.h. das Einlassen auf formalisierte Leistungsanforderungen und Notenwettlauf, Angst und Konkurrenz ins Unermeßliche steigert, erwächst auch aus der massenhaft-individuellen Verweigerung noch keineswegs ein Ansatz zur Entwicklung praktischer Solidarität und perspektivischem Handeln. Dies zusammen mit der Unfähigkeit, innerhalb des inzwischen voll in undurchsetzbare Steuerungszusammenhänge eingegliederten, technokratisch bürokratisierten Apparats überhaupt noch einen direkt attackierbaren Gegner auszumachen, fördert den Hang zu ohnmächtig-regressiver Verarbeitung der Schwierigkeiten. Dieses als Charakteristikum eines gewandelten ("oralen") Sozialcharakters diagnostizierte Regressionsverhalten ist freilich nicht einfach das Ergebnis einer eigengesetzlichen psychosozialen Entwicklung, sondern wird durch die objektiv herrschenden Verhältnisse *produziert*. Während auf der "politischen" Verhaltensebene passives Sich-Hängen-Lassen und unvermittelter Spontan-Aktionismus sich abwechseln, bezeichnen zunehmende psychische Defekte, Apathie, Desinteresse, ziellose Zerstörungswut und grassierende "Leistungsverweigerung" Formen eines individualisierten, passiv-vorpolitischen Widerstands. Die durch massive Desorientierung innerhalb der Institution und düstere Berufsaussichten erzeugte Angst wird durch die Eingriffe der staatlichen Repressionsgewalt, die auf Stillegung der gerade dadurch heranwachsenden Konfliktpotentiale abzielen – von Bespitzelung, Berufsverbot bis hin zum Ordnungsrecht – weiter gesteigert.

Nimmt man dies alles zusammen, so kann man zunächst einmal davon ausgehen, daß a priori in der gegenwärtigen Situation die Chancen für eine stabile und kontinuierliche Organisierung des Widerstands und zur Entwicklung politischer Perspektiven in der Hochschule nicht übermäßig günstig sind. Unzweifelhaft war die relative Sicherheit der Berufsaussichten eine wichtige Bedingung für die vergleichsweise Stabilität, die Experimentierfreudigkeit und den Elan der "alten" Studentenbewegung. Anders herum: Angst und Unsicherheit verhalten sich wahrscheinlich geradezu umgekehrt proportional zu phantasievoller Produktivität und zu der Möglichkeit radikaler Lernprozesse. Von da muß ausgegangen werden, wenn über die Bedingungen von Politisierungsprozessen an der Hochschule heute nachgedacht wird.

Hochschulpolitische Perspektiven

Die Problematik einer Rekonstruktion von Hochschulpolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen besteht darin, daß alle Zielsetzungen und Forderungen, die nur von den unmittelbaren materiellen Interessen der Studenten ausgehen, die Tendenz haben, das bestehende System klassenspezifischer Selektion "reformistisch" zu bestätigen. Eine syndikalistische Begründung von Studentenpolitik geht an der Tatsache vorbei, daß akademisch Ausgebildete in der Regel zugleich entfremdete und ausgebeutete Arbeiter *und* Inhaber eines Privilegs sind. Forderungen wie die nach Studienhonorar oder nach einer Verbesserung der materiellen Studienbedingungen bedeuten *für sich genommen* zunächst nur den Kampf um ein Privileg, das darin besteht, zumindest vorübergehend von der Arbeit anderer zu leben, weniger und angenehmer arbeiten zu können u.a.m. Ein politischer Kampf, der nicht die Bestätigung und funktionsgerechte Anpassung von Selektionsmechanismen, sondern deren Beseitigung zum Ziel hat, muß sich so gesehen in der Tat auf eine "Zerschlagung der Universität" in ihrer vorhandenen *Struktur* richten (Gorz), d.h. auf ihre Beseitigung als "abgesonderte" Institution zur Reproduktion kapitalistischer Klassenverhältnisse und der kapitalistisch bestimmten Form von Arbeitsteilung. Daraus resultiert allerdings ein grundsätzliches Dilemma: Es besteht darin, daß die Universität in ihrer vorhandenen Struktur *Produkt* der bestehenden Klassen- und Arbeitsteilungsverhältnisse ist und nicht ihre Ursache. Allein von der Universität her ist die kapitalistische Arbeitsteilung nicht zu beseitigen.

Die Parole von der "Zerschlagung der Universität" muß daher abstrakt bleiben. Dies könnte nur das Ergebnis eines Kampfes gegen die herrschenden Produktions- und Arbeitsteilungsverhältnisse da sein, wo diese ihre materielle Basis haben, im

Bereich der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. Da sich dafür aber gegenwärtig kaum Ansätze zeigen, gestaltet sich die Frage nach den praktischen Zielsetzungen und Perspektiven einer nichtreformistischen, nicht die bestehenden Strukturen einfach nur modifizierend bestätigenden Hochschulpolitik sehr schwierig. Beantwortet werden müßte sie in zweierlei Hinsicht:
Erstens: Welche *konkreten Schritte* und welche realistischen hochschulpolitischen *Nahziele* können formuliert werden, die nicht der Gefahr verfallen, die langfristigen gesellschaftlichen Perspektiven des Kampfes auszublenden und reformistisch-syndikalistisch zu verkommen?
Zweitens: Was sind unter den herrschenden Verhältnissen die *subjektiven Bedingungen* politischer Arbeit an der Hochschule? Darauf kann keine schlüssige Antwort gegeben werden. Die Diskussion darüber hätte erst zu beginnen. Es bleibt daher zunächst bei einigen vorläufigen Überlegungen.

Wie beseitigt man die gesellschaftliche Isolierung der Universität?

Die spezifische gesellschaftliche Abgehobenheit des Studentendaseins, die Absonderung des universitären Milieus sowohl gegenüber dem sozialen Herkunftsbereich der Studenten als auch gegenüber der "Berufswelt" ist, wie wir gesehen haben, eine zentrale Bedingung dafür, daß die objektiven Selektions- und Klassenreproduktionsmechanismen sich durch das Rollenverhalten und die Verkehrsformen der beteiligten Subjekte hindurch realisieren und sich so im Bewußtsein der Individuen festsetzen können. Deshalb genügt es nicht, sich ideologiekritisch mit der Selbstlegitimation und mit den Inhalten der Institution auseinanderzusetzen, sondern es kommt darauf an, die Strukturen und Inhalte der Ausbildungsprozesse konkret zu *verändern*, einen Begriff von *Qualifikation* zu verwirklichen, der nicht die (wie auch immer "kritische") "willkürliche" Aneignung von Theorien und Methoden meint – was auch für "linke" oder "marxistische" gilt –, sondern die Aufarbeitung bisheriger Lebenserfahrung mit der konkreten Vorbereitung auf die Arbeit (oder auch Nichtarbeit) im sozialen Reproduktionszusammenhang verbindet, den Durch- und Übergangscharakter des Studiums bewußt hält, die gefährliche "Autonomisierung" des Studentendaseins (und die damit zugleich gesetzte Unverbindlichkeit der Lehrtätigkeit) vermeidet, aber gleichzeitig an den Bedingungen der Möglichkeit für selbstreflexive Lernprozesse festhält.
Dies heißt auf jeden Fall nicht, daß das technokratische Modell einer eng an gesellschaftlich vordefinierte "Berufsrollen" angepaßten "Berufsorientierung" zu Debatte steht. Selbst diese "technokratische" Form der Berufsorientierung ist im übrigen bisher daran gescheitert, daß angesichts der herrschenden Anarchie des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses eine langfristige Qualifikationsplanung praktisch ausgeschlossen ist, und daß eine im Ausbildungssektor institutionalisierte, gesellschaftliche Verhältnisse reflektierende Beschäftigung mit den Bedingungen und Konsequenzen von Berufsarbeit leicht die technokratisch definierten Grenzen funktionaler Anpassung durchbrechen könnte. Aus dem Versagen selbst technokratischer Qualifikationsplanung können indessen einige Schlüsse gezogen werden: Einmal muß die "Berufsperspektivendebatte" soweit radikalisiert werden, daß der Doppelcharakter von beruflicher Funktion als Anwendung von im weiteren Sinn "technischen" Kompetenzen *und* als Ausübung hierarchischer Herrschaft deutlich und erfahrbar wird. Dazu gehört zunächst einmal das Aufarbeiten der Art und Weise, wie die vorhandenen Formen und Inhalte universitärer Qualifikationsprozesse von Herrschaftszusammenhängen bestimmt werden, was dazu führt, daß in weiten Bereichen der universitären Ausbildung die Vermittlung technischer Qualifikationen (das offizielle Curriculum) hinter der Ansozialisierung von Herrschaftsverhalten (das "geheime" Curriculum) zurücktritt.
Zum zweiten ist es ohnehin unsinnig, die Ausbildung an den je vorhandenen und aktuell marktgängigen Jobs auszurichten. Dies schon deshalb, weil die "Berufsbilder" und Marktchancen sich dauernd und in kaum voraussehbarer Weise verändern. Die Aneignung technischer Qualifikationen muß so organisiert werden, daß die Fähigkeit entsteht, sich einigermaßen flexibel auf veränderte ökonomische Reproduktionsbedingungen einzustellen. Vor allem aber heißt dies, das Studium unabhängig von aktuellen Marktlagen auf die Berufsfelder und Tätigkeitsgebiete auszurichten, die für die Betroffenen interessant und wichtig sind, wobei es darauf ankommt, sich nicht einfach an einem vorgegebenen Set von Qualifikationen zu orientieren, sondern auch an dem, was für eine Arbeit an der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig ist. D.h. es käme darauf an, in der Ausbildung die gewandelten Anforderungen einer zu verändernden und veränderten Gesellschaft bereits zu antizipieren, sich dabei auf gesellschaftliche Tätigkeiten vorzubereiten, die nicht institutionell vordefiniert sind, ohne dabei die Notwendigkeit der materiellen Reproduktion einfach auszublenden. Ausbildung würde soweit auch Teil einer systematischen Suche nach alternativen Formen gesellschaftlicher Arbeit.
Eine Neubestimmung universitärer Lernprozesse muß also in doppelter Weise eine praktische Kritik der herrschenden Arbeitsteilung und ihrer Reproduktion im Ausbildungssystem beinhalten: durch Beseitigung eines universitären Sozialisationsmodus, der Ausbildung vorrangig zur Aneignung hierarchisch gestaffelter Herrschaftskompetenzen denaturiert und durch eine folgenreiche Reflexion von individuellen und gesellschaftlichen Interessen und Bedürfnissen am konkreten "Gebrauchswert" der zu erwerbenden Qualifikationen.
Derartige Veränderungen sind von den bürokatischen Entscheidungsinstanzen der Universität auf keinen Fall zu erwarten, noch weniger von den staatsadministrativen Eingriffen, bei denen inzwischen sogar der "technokratische" Charakter immer mehr vom gewaltsam-repressiven verdrängt wird. Was not tut, ist die *autonom organisierte* kollektive Verständigung der Studenten (und – soweit es geht – der Lehrenden) über die eigene Lage, über gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungen, materielle Reproduktionsbedingungen und die damit verbundenen Interessen und gesellschaftlich-politischen Perspektiven. Erst auf der Basis eines solchen Prozesses lassen sich qualifikatorische *Gebrauchswerte* definieren, die als Anforderung *an* die Institution zu richten sind. Derart autonom definierte Anforderungen sind die Voraussetzung dafür, daß die ideologische Willkür der Inhalte praktisch kritisiert, die den klassenspezifischen Selektionsprozeß abstützende "pädagogische Autorität" abgebaut und auf eine eher technische Dienstleistungsfunktion reduziert werden kann (was allerdings für das Lehrpersonal bedeuten würde, sich selbst noch einmal ganz neu zu qualifizieren).
Abgesehen von der Frage, was die subjektiven und politisch-organisatorischen Bedingungen für die Realisierung autonomer Selbstbestimmung und für das Durchstehen der dafür notwendigen Kämpfe sind, hätte diese Entwicklung eine wesentliche Voraussetzung, nämlich die, daß die gesellschaftliche Abgesondertheit der Hochschule auch institutionell-organisatorisch aufgehoben wird. Eine für die faktischen Ausbildungsprozesse folgenreiche Kritik der herrschenden Arbeitsteilung kann nicht losgelöst von dem Bereich geführt werden, wo diese sich konkret realisiert, den verschiedenen Sphären gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion. Ohne diese Verbindung müßte Kritik notwendig ideologisch und Politik auf Verweigerung fixiert bleiben. Es bedürfte also auch einer "konkreten Vergesellschaftung der Erziehung", z.B. durch längerfristige und verbindliche Zusammenarbeit mit Gruppen, die kollektive politische Berufspraxis zu realisieren versuchen (Lehrer, Bildungs-, Sozial- und Medienarbeiter, betriebliche Kader usw.), gegebenenfalls auch der Kooperation mit außeruniversitären Institutionen wie vor allem die Gewerkschaften und durch die Anbindung universitärer Qualifikationsprozesse an außeruniversitäre Projekte (was zugleich bedeuten könnte, das in der Universität konzentrierte Forschungspotential für deren Bedürfnisse nutzbar zu machen).
Angesichts der notwendigen Langfristigkeit der politischen Arbeit muß eine bornierte Fixierung auf das zeitlich begrenzte Durchgangsstadium "Studium", ohne Ansatz einer praktischen Realisierung der Einheit von Ausbildung und Berufspraxis, von vorneherein desorientierend und demotivierend wirken.
Dies alles bezeichnet allerdings nur eine mögliche, schrittweise anzugehende und jedenfalls noch zu konkretisierende politische Zielrichtung und den Zusammenhang, in dem einzelne Maßnahmen und Strategien zu diskutieren sind. Ihr gemeinsamer Nenner ist, daß sie – um nicht die bestehenden Selektionsstrukturen reformistisch zu befestigen – sich radikal gegen die bestehenden institutionellen Strukturen des Ausbildungssystems, sowohl die inneren Strukturen

als auch den Status der gesellschaftlichen Abgehobenheit richten müssen, welche die Reproduktion der kapitalistischen Arbeitsteilungs- und Klassenverhältnisse sichern.

Subjektive Bedingungen von Politisierungsprozessen

Hinsichtlich der subjektiven Bedingungen für die Rekonstruktion einer Hochschulpolitik, die sicherlich nicht auf kurzfristige Erfolge wird rechnen können, sondern durch mühsame Kleinarbeit geprägt sein wird, kommt der durch die objektiven gesellschaftlichen Strukturveränderungen vorangetriebenen Tendenz zur Gleichgültigkeit gegenüber den offiziellen Wissenschafts- und Lehrinhalten und dem allmählichen Zerbrechen der Identifikation mit der Institution Universität eine wesentliche Bedeutung zu. Diese Entwicklung ist durchaus ambivalent: auf der einen Seite bedeutet sie, daß bislang relativ reibungslos funktionierende Integrationsideologien angeschlagen sind und die ideologische Herstellung von "Massenloyalität" problematisch geworden ist (was ja auch den immer massiveren Einsatz von Gewaltmitteln zwecks repressiver "Integration" in diesem Sektor erklärt), auf der anderen Seite produziert sie vorerst vor allem Desorientierung, Apathie, Regression und Isolierung. Unbestreitbar verbindet sich damit auch die Gefahr reaktionärer politischer Entwicklungen unter den Studenten, einer Affinität zu autoritär-korporativistischen Lösungen, zum apolitisch-regressiven Umgang mit Gewalt, Zerstörung solidarischer Verkehrsformen, der Entwicklung von Ellenbogenmentalität, von individuellem Karrierestreben um jeden Preis.
Diese Bewußtseins-Ambivalenzen schaffen eine politisch potentiell brisante Situation. Allerdings kann hier viel weniger noch als bei der antiautoritären Studentenbewegung auf die sozusagen

naturwüchsig politisierende Wirkung spezifischer ökonomisch-politisch-ideologischer "Ungleichzeitigkeiten" vertraut werden. Eine emanzipative Politik muß sich "in sehr viel stärkerem Maße *gegen* die Verhältnisse durchsetzen, (kann) also nicht auf direkte oder indirekte Förderung hoffen, wie das zu Beginn der Studentenrevolte der Fall war. Demgemäß schwierig ist es auch, mit alternativer Politik erfolgreich zu sein. Zugleich verlangt das höhere Wissensniveau höhere Anstrengungen reflexiver Art. Wir wissen heute, daß weder die äußeren noch die inneren Verhältnisse von Pappe sind. Ihnen ist mit Naivität und Idealismus nicht beizukommen. Qualitative Veränderungen sozialer Art zeichnen sich perspektivisch als langwieriger und anstrengender Prozeß ab und besitzen wenig Attraktivität für jene, die raschen Fortschritt für ihre soziale und psychische Stabilität benötigen" (Schülein).
Was also benötigt wird, ist ein Mehr an Autonomie und psychischer Stabilität als Voraussetzung dafür, sich kollektiv *gegen* die Selektions- und Spaltungsmechanismen der Institution organisieren, ihr mit eigendefinierten Konzepten und Ansprüchen entgegentreten zu können. Dazu bedarf es der Fähigkeit zur Entwicklung einer reflexiven Alltagsmoral, zu einem realistischen Umgang mit einer komplexen Realität, zu zugleich offenen und festen Objektbeziehungen. Unter diesem Aspekt könnte der angesichts einer als übermächtig erlebten gesellschaftlichen Realität regressiv eingeleitete "Rückzug ins Private" eine durchaus positive Wendung erfahren. Möglicherweise bedeutet er "eine historisch notwendige Konzentration auf die Alltagsprobleme, die bisher politische Praxis verhindert und verzerrt haben. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Beschäftigung mit der eigenen Wirklichkeit ein politisch progressiver Vorgang, der langfristig zu einer wesentlichen Voraussetzung politischer Veränderung werden kann. Zudem ist privates Glück (welches heute nur noch selbstreflexiv hergestellt werden kann, weil die traditionellen Glücksklischees zerfallen sind) identitätsstiftend und stabilisierend" (Schülein).
Dies könnte eine Voraussetzung für die Wiederherstellung kollektiver und solidarischer Reflexionszusammenhänge sein, in denen die Organisation von Lernprozessen von den in den Privatbereich abgedrängten Bedürfnissen her überhaupt erst wieder möglich wird. Daß diese Bedürfnisse – nach Glück, Sicherheit, Selbstverwirklichung, sinnvoller Tätigkeit, aber auch nach Aufstieg und Karriere – nicht in ihrer individuellen und gesellschaftlich verzerrten Unmittelbarkeit genommen, sondern in solidarischen Verständigungsprozessen über den Sinn, die Bedingungen und Möglichkeiten ihrer Realisierung produktiv gewendet und zum Inhalt konkreter Anforderungen an die Inhalte und Formen von Qualifikationsprozessen gemacht werden, ist die zentrale Voraussetzung für eine Rekonstruktion von "Hochschulpolitik". M.a.W. muß "Politik" einer doppelten Abstraktion entkleidet werden: von der Trennung zwischen "öffentlichem" Handeln und "privaten" Bedürfnissen und von einer abstrakten Allgemeinheit, die von unterschiedlichen sozialen Lagen, Herkunftmilieus, "Berufserwartungen" und den daraus sich ergebenden Interessen keine Kenntnis nehmen ließ.
Dies bedeutet, daß von einigen traditionellen Vorstellungen über "Politik" und "Politisierung" wird Abstand genommen werden müssen. Politisierung vollzieht sich möglicherweise immer weniger über den Kopf (qua Über-Ich) und immer mehr über den "Bauch", über Bedürfnis und Sinnlichkeit. In sie und in die Definition des "Gebrauchswerts" von Qualifikationen muß eingehen können, was der universitäre "Freiraum" und das studentische Milieu an emanzipativen Möglichkeiten enthalten (und weshalb dieser "Freiraum" auch nicht umstandslos beseitigt werden darf): neue Wohn- und Verkehrsformen, Sensibilität für menschliche Beziehungen, die praktische Kritik herrschender Leistungsnormen, veränderte Lebens-, Arbeits- und Konsumgewohnheiten, Kreativität, die Absage an die Ausübung von Herrschaft im Alltag usw.
Wenn davon ausgegangen werden muß, daß sich Politik an der Hochschule nicht darin erschöpfen kann, auf die Aktionen staatlicher und universitärer Bürokratien zu reagieren, sich vorgefertigte Theorien als abgeschlossene Wahrheiten um die Köpfe zu schlagen oder sich schlicht zu verweigern, sondern daß es darum geht, den Mechanismus der Reproduktion kapitalistischer Arbeitsteilung mit allen subjektiven Konsequenzen für die ihm unterworfenen im *eigenen* Bewußtsein und in den *eigenen* Verkehrsformen und Verhaltensweisen zu bekämpfen und dies zum Ausgangspunkt einer autonomen Politik *gegen* die Institution, gegen die von ihr oktroyierten sozialen Strukturen und Inhalte zu machen, so *muß* sie an der Reflexion des Uni-Alltags, der Lage und den Bedürfnissen der Subjekte ansetzen. Dies impliziert einen radikalen Bruch mit den hergebrachten Formen des Wissenschafts- und Lehrbetriebs, die Beendigung des bluffgesteuert-angstvollen Umgangs mit willkürlich-fremdgesetzten Inhalten und der Beschäftigung mit Theorie um ihrer selbst willen, ohne angebbaren Bezug zur konkreten Situation und zur aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Praxis der Beteiligten. Die Konsequenzen einer derartigen Reorientierung wären sicherlich weitreichend: sie zielen nicht nur auf das traditionelle – auch bei Linken verankerte – Verständnis von Wissenschaft, sondern bedeuten zugleich einen Angriff auf die vorgegebene Organisationsstruktur der Institution in ihren Grundlagen, die Veranstaltungsformen, die Rolle der "pädagogischen Autoritäten", auf wissenschaftliche Standards, Leistungskriterien und Selektionsmuster. Es würde also kein leichter Kampf sein, zumal mit Sicherheit zu erwarten ist, daß die klassenspezifische Funktionalität des universitären Ausbildungssystems mit allen verfügbaren repressiven Mitteln verteidigt werden wird. Aber dieser Kampf ist nicht aussichtslos, weil er nicht nur für abstrakte Prinzipien, sondern für konkrete Interessen geführt werden kann.
Zum Schluß noch eine Bermerkung auch in eigener Sache: Die vorstehenden Ausführungen sind das Ergebnis eines ersten Versuchs, mit der Undurchsichtigkeit der gegenwärtigen Uni-Situation und der dadurch erzeugten eigenen politischen Hilflosigkeit fertig zu werden. Da Intellektuelle – auch linke – leicht dem Irrtum unterliegen, das Bewußtsein bestimme das gesellschaftliche Sein, kam es dabei erst einmal darauf an, zu einer materialistischen Analyse der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen zurückzufinden, welche die politische Lage an den Hochschulen bestimmen. Die daraus zu ziehenden politischen Schlußfolgerungen mußten vage bleiben. Ich glaube auch nicht, daß diese individuell, durch "Analysen" am isolierten Schreibtisch, sehr viel weiter zu konkretisieren sind. Im vorliegenden Fall schon deshalb nicht, weil sie natürlich auch einseitig von der Lage und den Erfahrungen als Hochschullehrer geprägt sind. Die Erfahrungen, die Studenten machen, sind andere.
Vieles müßte noch aufgearbeitet werden, z.B. die Studentenbewegung, die Versuche mit einem Projektstudium, mit Betriebs- und Stadtteilarbeit u.v.a.m. Vor diesem Hintergrund sicher sehr unterschiedlicher Erfahrungen und Einschätzungen hätte die Diskussion über Bedingungen und Ziele von Hochschulpolitik erst zu beginnen. Daß sie beginnt, ist allerdings dringlich. Was mir dabei entscheidend zu sein scheint, ist die Verständigung über den konkreten Inhalt dessen, was "Qualifikation" heißen muß, eine Qualifikation, die von den Möglichkeiten zu Selbstverwirklichung und zu einer adäquaten, persönlich und politisch sinnvollen gesellschaftlichen Tätigkeit bestimmt wird. Daß linke Hochschulpolitik in der Vergangenheit immer mehr zu einem negatorischen Reagieren auf die systematische Zerstörung dieser Möglichkeiten geworden ist und nicht von einem autonom bestimmten Konzept von Qualifikation ausgehen kann, einem Konzept, das *gegen* die Zwänge und die vordefinierten Regeln der Institution durchgesetzt werden müßte, scheint mir gegenwärtig am meisten die politische Schwäche der Hochschullinken auszumachen.

★

links

"links" 1977 gebunden!

Der Jahrgang 1977 von "links" (Nummern 84 - 94) liegt bereits gebunden vor. Die gebundene Jahresausgabe kostet DM 30.--; dies sind die Selbstkosten, also Herstellungskosten der Zeitungen, Bindekosten (stabiler Karton mit Leinenrücken) und Versandkosten. Erhältlich sind zur Zeit außerdem noch folgende gebundenen Jahresausgaben: Jahrgang 1974 (enthält die Nummern 51 - 61), Preis DM 25.--; Jahrgang 1975 (enthält die Nummern 62 - 72), Preis DM 30,--; Jahrgang 1976 (enthält die Nummern 73 - 83), Preis DM 30.--. Die Lieferung gebundener "links"-Jahrgänge erfolgt ausschließlich über unseren Verlag 2000 (also kein Buchhandelsvertrieb) gegen Vorauszahlung des Preises (Verrechnungsscheck beifügen oder Bestellung gegen Vorausrechnung). Bestelladresse: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Der atomindustrielle Komplex in Westeuropa

Lutz Mez

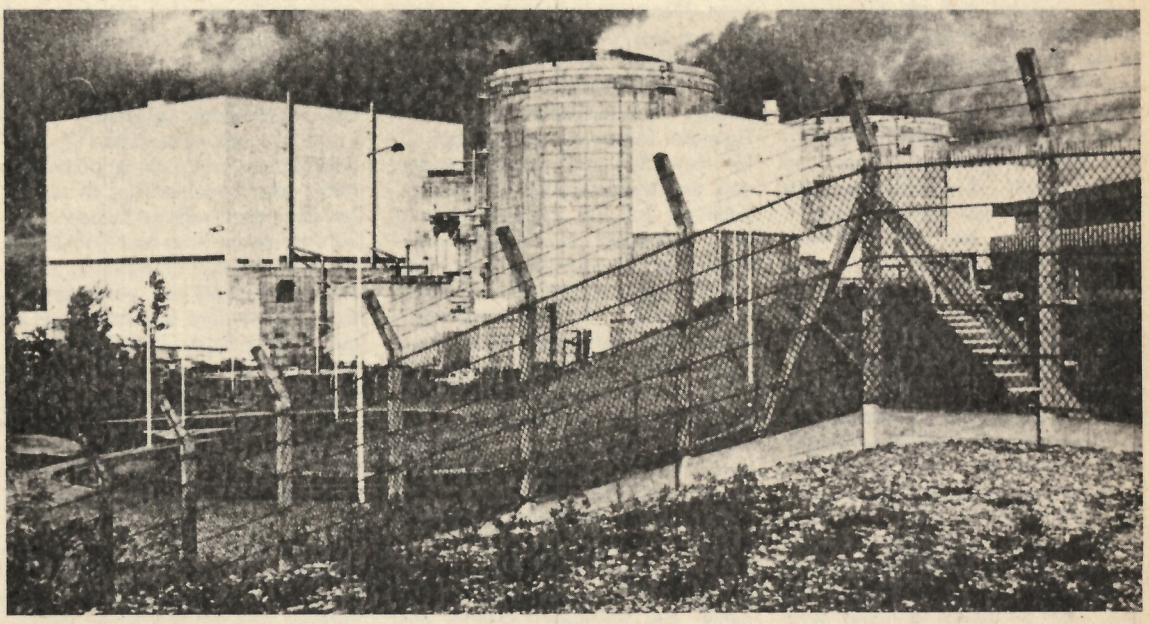
In "links" Nr. 90/1977 wurde die noch ausstehende polit-ökonomische Analyse der Atomindustrie bereits angesprochen (in einem von der Gruppe "Kritik der Berufspraxis" und dem Autor gemeinsam verfaßten Artikel zur Entstehung und Struktur der Atomindustrie).

Dieser Beitrag will erneut eine Realanalyse der Atomindustrie anregen, indem die internationalen Dimensionen der ökonomischen Triebkräfte – vor allem im europäischen Maßstab – thesenhaft skizziert und der atomindustrielle Komplex an einigen Merkmalen beschrieben werden.

Bekanntlich hat Marx die Notwendigkeit von Wissenschaft damit begründet, daß Wesen und Erscheinung nicht unmittelbar zusammenfallen. Aufgabe materialistischer Wissenschaft ist es deshalb, im Aufdecken des durch die Erscheinungsformen verhüllten Wesens der Beziehungen nicht nur eine Erklärung der Erscheinungen selbst, sondern in der Entdeckung der vermittelten Bezüge auch eine Integration von Wesen und Erscheinung zu leisten.

Bezogen auf die Nukleartechnologie müssen also nicht nur die mit ihrer Verbreitung verbundenen ökonomischen, politischen und sozialen Prozesse nachvollzogen, sondern zugleich ihre Rolle und Funktion im kapitalistischen Entwicklungsprozeß bestimmt werden. Zusammenhänge und Verbindungsglieder zwischen Atomindustrie, Arbeitsplätzen, Arbeitszeit und Arbeitsproduktivität sind in ihren relevanten Details und Tendenzen zu erforschen, um den Gesamtzusammenhang dieser Elemente und somit die Bewegungsgesetze und das Wesen der Atomindustrie zu verdeutlichen.

Der Begriff "atomindustrieller Komplex" soll ein wesentliches Strukturmerkmal der Atomindustrie heuristisch verdeutlichen: die symbiotische Verflechtung ökonomischer, politischer und militärischer Macht. Es handelt sich nicht um eine begriffliche Analogiebildung zum "militärisch-industriellen Komplex", sondern eher um eine historische Korrektur. Bislang wurde die Grundlegung des militärisch-industriellen Komplexes mit dem sogenannten "Manhattan-Projekt" – Ziel war die Entwicklung der Atombombe – angegeben. Aber die A-Bomben-Entwicklung erfüllte lediglich die bereits von Marx erkannte Vorreiterfunktion der Militär- und Rüstungsproduktion für die kapitalistische Entwicklung. Die dabei entstandene Interessen- und Machtverflechtung strebte danach, die Strukturprobleme der kapitalistischen Weltwirtschaft "atomindustriell" zu lösen, deswegen ist dieser Komplex als "atomindustrieller" exakter benannt. Der Einfluß militärischer Interessen für die weitere Entwicklung



KKW Fessenheim/Elsaß dpa

kann kurz an zwei Punkten verdeutlicht werden: Die weltweite Verbreitung der heute den Reaktormarkt beherrschenden Leichtwasserreaktortechnologie ist durch die militärische Entscheidung für diesen Reaktortyp als U-Bootantrieb verursacht und ermöglicht worden. Auch bei der geplanten Entwicklung von Fusionsreaktoren haben militärische Interessen – wegen der Waffentauglichkeit der gleichzeitig zu entwickelnden Lasertechnologie – entscheidende Konsequenzen für die polit-ökonomische Struktur der Atomindustrie. So ist in den USA bereits ein Prioritätenkonflikt zwischen Fusions- und Brutreaktoren-Entwicklung entstanden, weil aus Kostengründen die gleichzeitige Finanzierung beider Entwicklungen unmöglich erscheint.

Verstärkt wird dieser Konflikt durch die Multinationalen Konzerne, die sich einen "technologischen Vorsprung" (und eine technologische Monopolstellung) sichern wollen – und zwar für jede der Entwicklungen. Verbunden mit der monopolistischen bzw. oligopolistischen Marktsituation auf dem Weltreaktormarkt führt der dem Kapitalismus innewohnende Zwang nach Kapitalausweitung und Akkumulation somit zu neuen Widersprüchen und Implikationen auf der politischen Ebene, die zu einer neuen Qualität von Staatsintervention, zur supranationalen Subvention und Kostendekkungsgarantie für Forschung und Entwicklung führen.

Zur Prototypfunktion der Atomindustrie

Die Entstehung der Atomindustrie ist eng gekoppelt an die Strukturprobleme der kapitalistischen Weltwirtschaft. Mit ihrem Aufkommen entstand nicht nur eine neue Möglichkeit für staatliche Einwirkungen auf wirtschaftliche Prozesse, d.h. eine neue Qualität von Staatsintervention. Auch quantitativ ist sie eine Überschreitung bisher gekannter Größenordnungen. Ihr Stellenwert läßt sich einerseits aus der Schaffung eines neuen Überlebensspielraums für das kapitalistische Weltsystem erklären, wobei diese Funktion noch unterteilt werden muß in Durchsetzung von "technologischem Fortschritt" und partielle Krisenverhinderung bzw. -dämpfung. Andererseits ist der Stellenwert auch anhand der Rolle von Energie für den Produktionsprozeß überhaupt zu erklären, d.h. international, denn der Ausbau vollzieht sich weltweit und unabhängig von dem jeweiligen Gesellschaftssystem bzw. der nationalen Verfügbarkeit über Energieträger.

Weltweit gelang es einer kleinen Anzahl von zumeist Multinationalen Konzernen, bei relativ geringen eigenen Kosten eine Industrie zu errichten, die eine Prototyp- bzw. Musterfunktion nicht nur dadurch erhält, daß technologische Auswirkungen von unvorhergesehener Größenordnung entstanden sind, sondern vor allem, weil die Strukturprobleme der Kapitalentwicklung durch die Schaffung neuer staatlich-privatwirtschaftlicher Gesellschaften zu lösen versucht wurden. International kam es zur Aufnahme der Wissenschafts- und Technikpolitik in den Katalog staatlicher Aufgaben. Die Atomindustrie ist das erste und bis heute wichtigste Beispiel einer qualitativ neuen Form staatlicher Intervention, weil eine ganze Industrie auf der Grundlage der Verflechtung staatlicher und privater Finanzierungs-, Organisierungs- und Regulierungsmaßnahmen entstanden ist. Die Atomindustrie ist somit kein neuer Wirtschaftszweig, keine neue Wachstumsbranche, sondern Prototyp einer neuen Industrie in der spätkapitalistischen Entwicklungsstufe und muß deshalb zu den Schlüsselindustrien gezählt werden. Sie weist die spezifischen Merkmale der heutigen Etappe der kapitalistischen Entwicklung auf:

- die Umschlagszeitverkürzung für Neuinvestitionen im Zusammenhang mit der stetigen Beschleunigung der technologischen Erneuerungen;
- den Trend zur staatlichen Profitgarantie, die sich über die Etappen: wachsende Staatsaufträge, Subventionen für technologisch führende Konzerne und schließlich weitgehende Übernahme der Kosten für Forschung und Entwicklung vollzieht;
- die internationale Konzentration und Zentralisation von Kapital in der Organisationsform der Multinationalen Konzerne.

Bei den fortgeschrittenen Reaktoren (Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter) sowie bei den geplanten Fusionsreaktoren ergibt sich aus quantitativen Gründen eine Notwendigkeit, die die Atomindustrie zur Umgehung nationaler Schranken und Restriktionen zwingt. Es kommt zu einer vierten Etappe, zur supranationalen Profitgarantie, weil der Subventionsanteil relativ konstant bleibt, d.h. nur proportional mit dem gesamten Forschungsetat steigen kann. Wie sich bereits am "Investitionshilfegesetz" der Bundesrepublik zeigen läßt, reicht diese Form der Profitgarantie für die Weiterentwicklung dieser Risikotechnologien nicht aus. Dafür spricht auch die Entwicklung bei AEG-Telefunken, die bekanntlich wegen des "Mißerfolges" mit dem 640 Megawatt-AKW Würgassen ganz aus dem Atomgeschäft aussteigen mußten, trotz Staatssubventionen.

Die Atomindustrie erfüllt ihre Proto-

typfunktion auch bei der Entwicklung des Kapitalverhältnisses. Analog zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals verschiebt sich in der Atomindustrie überdurchschnittlich das Verhältnis von menschlicher Arbeitskraft zu in Maschinen und Gebäuden investiertem Kapital. Gemessen an anderen Industrien und Produktionsbedingungen ist die Atomindustrie die kapitalintensivste Produktion überhaupt. Die Kapitalintensivität impliziert, daß ein immer größerer Teil des verfügbaren Kapitals in die Atomindustrie investiert werden muß und somit aus konsumwirksamen Produktions- und Dienstleistungsbereichen abfließt. Verbunden mit dem riesigen Aufwand an fixem Kapital (z.B. werden heute die Kosten allein für das europäische Atomprogramm bis 1985 auf rund 1.000 Mrd. DM geschätzt) ist eine entsprechend sinkende privatwirtschaftliche Rentabilität. Auch die Arbeitsplätze in der Atomindustrie sind um ein Mehrfaches kapitalintensiver als in der durchschnittlichen Industrie. Außerdem muß die für Arbeiten in der Atomindustrie qualifizierte Arbeitskraft wegen der Komplexität der Technologie und Apparatur wesentlich länger und spezifischer ausgebildet werden, wobei für die in der Reparatursphäre Beschäftigten noch das Strahlenrisiko hinzukommt. Beides führt zu einem höheren Wert der Ware Arbeitskraft in der Atomindustrie.

Zusammenfassend können wir festhalten: die Atomindustrie ist das konkreteste Projekt der Multinationalen Konzerne, mit dem Verwertungsschwierigkeiten und Strukturprobleme überwindbar und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gewährleistet erscheinen.

Konzentrationsprozeß der westeuropäischen Atomindustrie

Die Atomindustrie ist ein charakteristisches Beispiel für den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt. Die europäischen Dimensionen und Tendenzen dieses Prozesses sollen hier kurz skizziert werden.

In den 50er Jahren wurde die Reaktorentwicklung noch im nationalen Rahmen vorangetrieben, wobei in den USA die heute marktbeherrschenden Leichtwasserreaktoren entwickelt wurden, während in Europa (Frankreich, Großbritannien und Bundesrepublik – und auch in der Sowjetunion) die Experimente mit Natur-Uran und dem Moderator Graphit oder "Schwerem" Wasser negativ verliefen. Es entstanden keine "konkurrenzfähigen" Reaktorsysteme, die Elektrizität zu einem Preis liefern konnten, der dem der herkömmlichen fossilen Energieträger entsprach. Die am Bau von Atomkraftwerken interessierte europäische Industrie ging dazu über, die in den USA entwickelten Reaktortypen Druckwasserreaktor (Westinghouse) und Siedewasserreaktor (General Electric) in Lizenz nachzubauen. Waren in der Aufbauphase noch relativ viele Konzerne und Industriegruppen am Atomgeschäft interessiert – in der Bundesrepublik z.B. fünf –, so gibt es heute weltweit noch ein knappes Dutzend Hersteller, die "schlüsselfertige" Atomkraftwerke anbieten. Neben den beiden Branchenriesen Westinghouse und General Electric sind am Weltmarkt vor allem die deutsche Kraftwerk Union AG (seit 1.1.1977 eine 100%ige Siemens-Tochter) und die französische Framatome von Bedeutung.

Kann man die Konzentration auf einige Monopolgesellschaften bereits bei den Leichtwasserreaktoren deutlich verfolgen, so ist der Prozeß bei den fortgeschrittenen Reaktorkonzepten Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter noch eindeutiger.

Im folgenden soll gezeigt werden, daß die Monopolisierung bzw. Verflechtung mit der Weiterentwicklung der jeweiligen Nukleartechnologie immer weiter zunimmt. Neben den Atomkraftwerk-Herstellern werden insbesondere "Brennstoffkreislauf"-Unternehmen angeführt, deren Atomgeschäft die Uran-Anreicherung, Wiederaufbereitung und Atommüllagerung sind. Dabei wird vor allem die Rolle der französischen, britischen und bundesdeutschen Atomindustrie betrachtet.

In Frankreich hat sich in den letzten Jahren eine tiefgreifende Umstrukturierung sowohl in der Atomwirtschaft als auch in der staatlichen Organisation des nuklearen Sektors vollzogen, die für den Entwicklungsprozeß der europäischen Atomindustrie symptomatisch ist. Als sich die technisch-wirtschaftliche Unterlegenheit des national entwickelten Natur-Uran-Gas-Graphit-Reaktors gegenüber den US-amerikanischen – und inzwischen von der bundesdeutschen Atomindustrie in Lizenz nachgebauten – Leichtwasserreaktoren immer deutlicher abzeichnete, beschloß der französische Ministerrat 1969 die Abkehr von der nationalen Reaktorlinie und den Nachbau von Druckwasserreaktoren (in Lizenz von Westinghouse); gleichzeitig wurde die zentrale Atombehörde, das Commissariat à l'Energie Atomique (CEA) einer gründlichen Reorganisation unterzogen.

Die Position des Druckwasserreaktors als quasi nationale französische Reaktorlinie wurde 1974 mit der Stornierung der an die General Electric-Tochter CGE von der staatlichen Elektrizitätsbehörde Electricité de France (EdF) erteilten Aufträge für zwei 1.000 Megawatt Siedewasserreaktoren gestärkt und die Konkurrenz dieser beiden Baulinien auf dem französischen Reaktormarkt praktisch ausgeschaltet.

Ende 1975 mußte Westinghouse auf Druck der französischen Regierung zwei Drittel seiner 45%igen Beteiligung an der Framatome, heute der faktisch einzige Reaktorhersteller in Frankreich, an die als "Groupe CEA" firmierende Atombehörde abtreten; die verbleibende 15%-Beteiligung soll Westinghouse bis 1982 an Creusot-Loire abgeben.

Das CEA wandelte darüber hinaus alle kommerziell relevanten Abteilungen in voll beherrschte Tochtergesellschaften um und ist heute Teilhaber aller bedeutenden, im nuklearen Brennstoffkreislauf tätigen Unternehmen: Mit 30% an der NOVATOME, die sich mit der Entwicklung fortgeschrittener Reaktoren, besonders des Schnellen Brüters, beschäftigt und mit der KWU-Tochter INTERATOM kooperiert. Über die 100%-Tochter COGEMA beteiligt sich die "Groupe CEA" an der EURODIF – an der noch belgische, italienische, schwedische, spanische und bundesrepublikanische Firmen beteiligt sind –, die im Bereich der Uran-Anreicherung das Gasdiffusionsverfahren entwickelt, der URANEX und der COMURHEX (Urangewinnung und -Konversion) und der trilateralen Wiederaufarbeitungsgesellschaft United Reprocessors GmbH (URG) – von deutscher Seite ist die KEWA, von britischer Seite British Nuclear Fuel Ltd. (BNFL) beteiligt. Inwieweit die neu strukturierte französische Atomindustrie bei den Leichtwasserreaktoren der KWU auf den Märkten Europas und der Dritten Welt zum ernsthaften Konkurrenten werden kann, bleibt abzuwarten.

Einen gewissen Entwicklungsvorsprung der französischen Atomindustrie auf dem Gebiet der Schnellbrüter-Technologie dokumentiert das Projekt "Super-Phénix" – ein 1.200 MW-SBR, der in Malville im Rhônetal von einem internationalen Konsortium unter der Führung der EdF gebaut wird (EdF: 51%, ENEL/Italien: 33%, SBK/BRD, GB, NL, B: 16%). Der Entwicklungsvorsprung der französischen Atomindustrie soll sich auch in einer höheren Beteiligung der CEA an der gemeinsam mit der deutschen INTERATOM zu gründenden Tochtergesellschaft für Entwicklung und Bau von Schnellbrüter-AKW niederschlagen.

Großbritannien war das erste westeuropäische Land, das ein kommerzielles Atomprogramm aufstellte. Schwere technische Mängel, die sich bei der "Maßstabsvergrößerung" des Prototypreaktors um das etwa 20-fache einstellten und enorme Kostensteigerungen führten neben Energiemarktfaktoren zu einer drastischen Revision der ursprünglichen Planungen. Die britischen Entwicklungen "Fortgeschrittener gasgekühlter Reaktor" (AGR) und "Dampferzeugender Schwerwasserreaktor" (SGHWR) konnten auf dem Weltmarkt nicht Fuß fassen. Anfang August 1976 empfahl die britische Atomenergiebehörde UKAEA dem Energieminister, die Schwerwasserreaktorlinie überhaupt aufzugeben und entweder den Leichtwasserreaktor in Lizenz nachzubauen oder den AGR weiterzuentwikkeln.

Auch in Großbritannien kennzeichnet die enge Kooperation von Staat und Privatwirtschaft den Aufbau der Atomindustrie. Einerseits die Atomenergiebehörde und die staatliche Elektrizitätswirtschaft, andererseits die Reaktorindustrie – die beiden Anbieter British Nuclear Design and Construction Ltd. (BNDC) und The Nuclear Power Group (TNPG) fusionierten 1975 zur Monopolgesellschaft Nuclear Power Company (NPC) – und Brennstoffindustrie (BNFL).

Die britische Atomindustrie kooperiert im Bereich der Uran-Anreicherung und der Wiederaufarbeitung mit westeuropäischen Partnern. Hervorzuheben sind die trilaterale CENTEC (BNFL: 33%, Ultra Centrifuge Nederland UCN: 33% und Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik: 33%), die im Auftrag der ebenfalls trilateralen URENCO (BNFL, UCN und URANIT mit je 33%) Demonstrationsanlagen für die Uran-Anreicherung nach dem Ultrazentrifugenverfahren in Almelo/Niederlande und Capenhurst/Großbritannien errichtet.

Auf dem Sektor der Wiederaufarbeitung haben sich die sonst konkurrierende deutsche, französische und britische Atomindustrie 1971 in der oben erwähnten United Reprocessors GmbH zusammengefunden, die in den 80er Jahren eine kommerzielle Großanlage bauen will und somit die im wesentlichen militärisch genutzten Wiederaufbereitungsanlage La Hague/Frankreich und Windscale/Großbritannien, die ohnehin den Abbrand aus Leichtwasserreaktoren bislang nicht wiederaufarbeiten konnten, als europäische Monopolgesellschaft ablöst.

Zur Strategie und Taktik der internationalen Anti-AKW-Bewegung

Obwohl die inneren Widersprüche im Nuklearsektor anwachsen, reichen sie nicht aus, um das Konzept der "friedlichen Nutzung" der Kernenergie zum Scheitern zu bringen.

Auch die tendenzielle Überproduktion von Strom – die sich bereits in den vorliegenden Ausbauplänen der Elektrizitätskapazitäten andeutet – führt wahrscheinlich nur zu einer beschleunigten Abschreibung und Stillegung

FORTSETZUNG SEITE 23

Das Dilemma der "friedlichen" Nutzung von Kernenergie

Zu Robert Jungks "Atomstaat"

Rainer Stange

Seit Brokdorf, Grohnde und Kalkar, aber auch seit der Traube-Affäre oder dem Totschweigen des Reaktorstörfalls in Neckarwestheim beginnen die Konturen des 'Atomstaats' sich vor dem Hintergrund einer weitgehend von ökonomischer Dauerkrise und Einschränkungen des allgemeinpolitischen Spielraums gezeichneten Kulisse abzuzeichnen. Während Diskussion und Öffentlichkeitsarbeit auch der politisch bewußteren Teile der Atomenergiebewegung die Perspektiven der 'inneren atomaren Sicherheit' nur zögernd aufgriffen, fordert Robert Jungk mit seinem neuen Buch 'Der Atomstaat' dazu auf, das Augenmerk primär auf die Möglichkeiten von Staat und Kapital zu richten, über die Einführung der Kernenergie ein für ihre Interessen notwendiges Ausmaß an Kontrolle und Machtausübung zu errichten, das anders nicht mehr legitimierbar wäre. Ich glaube, daß seine Aussagen einen Wendepunkt in der Kernenergiediskussion markieren könnten, dem wir uns zunächst unabhängig von einer Detailkritik stellen müssen. Ein vorschneller Einwand, etwa, daß Jungk sich bewußt an den ökonomischen Umständen der Kernenergie vorbeimogele, um 'seine' Version als die wichtigste erscheinen zu lassen, greift zu kurz, da eine geschlossene ökonomische Ableitung des Komplexes Nuklearindustrie vor großen Schwierigkeiten steht.

Sie scheitert nämlich u.a. an dem von Jungk stets gebrauchten Argument: "die Erkenntnis, daß die strikte Zweiteilung in eine für den Frieden und eine für den Krieg bestimmte Atomtechnik illusorisch ist, sollte von nun an für jede Debatte über die Einführung der Kernenergie von zentraler Bedeutung sein".

Gerade diesen fundamentalen Gemeinsamkeiten von 'Atomen für den Krieg' und 'Atomen für den Frieden', in der Propaganda der Befürworter mit enormem ideologischen Aufwand immer wieder säuberlich getrennt, geht Jungk konsequent nach. Dabei kommt ihm eine ca. 25jährige intensive Beschäftigung mit den politischen, menschlichen und technologischen Aspekten der Atomwaffen zugute, die ihn in den Reihen der Kernenergiegegner für diesen Aspekt als bestqualifizierten ausweist.

Vor einer Detailkritik möchte ich eine pauschale Würdigung vorwegschicken – Jungk gelingt es mit zahlreichen Beispielen in Form von Gesprächen, in vertraulichen Informationen und veröffentlichten Aussagen das Interesse an der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit dem nach Herrschaftssicherung im Inneren sowie Aggressivität nach außen zu identifizieren. 'Der Atomstaat' ist ein Buch, das unsere Erwartungen an einen mit einer kanonisierten Dialektik abgesicherten Thesenkomplex über Atom, Staat und Kapital ins Leere laufen läßt; vielleicht macht es gerade dieser Umstand so spannend zu lesen wie plausibel.

Jungk hat natürlich Arbeitsthesen, besonders eine, als Frage gekleidet, "ob die Entscheidung der Machteliten in den Industriestaaten für die Kernenergie nicht sogar vorwiegend von der Erwartung mitbestimmt wird, daß sie damit erst die materiellen Grundlagen für die Berechtigung der 'harten Politik', des 'harten Weges' und für den 'harten Regierungsstil' schaffen" (S. XVI). Dem Auge des marxistisch geschulten Lesers springt natürlich sofort das Manko ins Auge, wer diese 'Machteliten' seien, was sie letzten Endes zu solch unmoralischem Handeln treibe. An dieser Stelle hilft uns Jungk nicht weiter, ein Reststück Arbeit, das wir aber sicherlich gut selbst übernehmen können.

Die politischen Folgelasten, die aus der massiven Etablierung der Nuklearindustrie resultieren, sind vielschichtig. Eine ausgereifte Plutoniumwirtschaft, wie sie sich aus der Einführung der 'Schnellen Brüter' ergibt, rechtfertigt ein lückenloses Überwachungssystem aller per Arbeitsprozesse Beteiligten, zuzüglich ihrer Angehörigen und Freunde, zuzüglich der Anwohner der Transportwege.

Was menschliche Kontrollen nicht mehr garantieren können, schafft eine sich schon entwickelnde elektronische Sensorik für Fingerabdrücke, Unterschriften, menschliche Stimmen, vor der 'Big Brother' vor Neid schier erblassen müßte! Daß die Aufgabe, beispielsweise den Verlust von einem Kilogramm Plutonium bei einem jährlichen Weltumschlag von angenommen 10.000 Tonnen zu verhindern, dennoch nicht gelingen kann, steht im Grunde von vornehinein so fest, wie es unmöglich ist, das Schicksal eines jeden 10.000 DM-Betrags aus dem Bundesetat zu verfolgen. Wir brauchen uns nicht einmal zu fragen, welche Personen aus der ominösen Gruppe der 'Terroristen' (die Jungk übrigens auch recht unkritisch im Sinn der Massenmedien gebraucht) ein Interesse am Tod von Millionen Menschen haben könnte, schon zufällige Verluste von Plutonium können dieselbe Wirkung ausüben wie gezielte Entweichungen. Jungk verweist zu Recht auf die weitgehend verschwiegene Forschung zur Ausscheidung strahlender Substanzen aus dem Körper, die gezielt für Reaktorunfälle betrieben wird (siehe FAZ, 17.11.77 'Ein Medikament gegen Plutonium'). Mit einem Röhrchen mehr in der Hausapotheke können wir dann jedem Erpressungsversuch wie jedem 'Betriebsunfall' gelassen ins Auge schauen.

Neben der 'präventiven' Repression, begründet mit einem möglichen Plutoniumschwarzmarkt, gibt es die akute und massive, gegen erklärte Gegner der Kernenergie, insbesondere die 'Dissidenten' aus Forschung, Industrie und Behörden. Daß ausgerechnet Klaus Traube, das bislang prominenteste, wenngleich zu Unrecht beschuldigte Opfer aus der Liste der Beispiele im 'Atomstaat', dieses Kapitel für das schwächste hält (siehe seine Rezension im SPIEGEL 53/1977), zeigt eigentlich nur, wie schwer das Bewußtsein der wissenschaftlichen Elite über ihre reale Lage zu verändern ist. Faktische Berufsverbote, offene Drohungen, mysteriöse Vorkommnisse an Autos (die bislang im tödlichen Unfall der Karen Silkwood Ende 1974 in den USA gipfelten) sind die Mittel der offenen und getarnten Repression (Traube: "Nur, wo wäre das nicht so in der Industrie!"), deren Hintermänner etwas mehr zu verteidigen haben als die Unterlagen für ein neues Patent. Da hilfts nicht, wie Traube wohl zu Recht bemerkt, daß die Mehrheit der in der Kernindustrie Beschäftigten auch heute noch glaubt, eine sichere, zukunftsweisende Technologie zu entwickeln und zu produzieren.

Für die spezifischen Bedingungen der BRD scheinen uns die Aussagen über die Verbreitung der atomaren Waffentechnologie mit Hilfe von Kernreaktoren und Wiederaufarbeitungsanlagen politisch am brisantesten zu sein. Hier gelingt es vollends, einen ökonomisch nicht abstreitbaren Effekt durch den Export von Kernkraftwerken mit den Globalzielen der atomaren Machtpolitik zu verquicken. Die beeindruckenden Aufträge für die westdeutsche KKW-Industrie werden bezahlt mit der Etablierung nuklearer Streitkräfte in vom BRD-Imperia-

---

FORTSETZUNG VON SEITE 22

älterer Anlagen und damit zur weiteren Umschlagszeitverkürzung des Kapitals. Lediglich wenn der Effekt der Überkapazität durch eine Verschärfung der Krise verstärkt wird, kommt es eventuell zur Kapitalvernichtung im Nuklearsektor.

Ein Moratorium – gar nur in einem einzigen Herstellerland von AKW – bedeutet kurzfristig eine Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen der exportorientierten Industrie am Weltmarkt, wirkt aber zugleich beschleunigend auf den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß in der Atomindustrie. Die kapitalstarken Konzerne nutzen die Gelegenheit, um kleinere Konkurrenten auszupowern, im Bereich der Komponentenherstellung kommt es zur Organisierung und Übernahme der Produktion in eigener Regie im marktführenden Konzern, aus der Staatskasse werden höhere Subventionen ausgepreßt und und und ...

Mittelfristig kann die Moratoriumspolitik nur dann erfolgreich sein, wenn die Profitrealisierung und weitere Kapitalakkumulation in der Atomindustrie derart erschwert bzw. verhindert werden, daß dieser Faktor die abschätzbaren Vorteile der Konzentration und Zentralisation der Produktion überwiegt.

Deswegen ist organisierter internationaler Widerstand gegen Atomkraftwerke notwendig, der aus der Realanalyse der Atomindustrie eine multinationale Strategie entwickelt, die eine Reihe von taktischen Zielen benennt, die auf einen internationalen Baustopp hinauslaufen. Als taktische Knotenpunkte sollten, neben der Verhinderung der fortgeschrittenen Reaktorlinie Schneller Brüter, vor allem die Produktionsstätten der Brennstoffkreislaufindustrie angesprochen werden. Dabei soll hier auf die Wiederaufarbeitungsanlage und die sogenannte "Zwischenlager"-Lösungen nicht weiter eingegangen werden; ihre Verhinderung ist ein bereits weit bekanntes und anerkanntes wesentliches taktisches Ziel der Anti-AKW-Bewegung.

Für den Betrieb von Leichtwasserreaktoren – wie sie jetzt existieren und geplant werden – ist eine Urananreicherungsanlage notwendig. Diese Anlagen sind – je nach Anreicherungsverfahren – mehr oder weniger direkt militärisch nutzbar, denn das Uranisotop U_{235} ist gleichzeitig Bombenbaustoff. Es ist deswegen eines der wichtigsten taktischen Ziele, die Demonstrationsanlagen der URENCO in Almelo und Capenhurst wesentlich stärker als bisher in die öffentliche Diskussion der BRD, Großbritanniens und der Niederlande zu bringen.

Beide Anlagen, wie auch die im Bau befindliche in Tricastin/Frankreich, dürften darüber hinaus bereits als überholt gelten, weil der Ölmulti Exxon ein Laser-Verfahren entwickelt hat, das mit einem wesentlich geringeren Maschinen- und Energiebedarf als das Ultrazentrifugen- oder Gasdiffusionsverfahren das spaltbare U_{235} vom übrigen Uran trennt. Das US-Energieministerium hat die Entwicklungsarbeiten der Exxon für geheim erklärt, weil das Verfahren einen einfachen Weg zum Bau von Atombomben weisen könnte.

In diesem Sinne müssen die mit den Anreicherungsanlagen verbundenen Gefahren – vor allem militärischer Art – ins Bewußtsein der Anti-AKW-Bewegung gebracht werden.

SOAK

Druckerei Verlag Vertrieb Pablo Neruda Haus

Am Taubenfelde 30 · 3000 Hannover 1
0511 /17618 — Neruda Haus 323423

JETZT ABONNIEREN!

Langer Marsch

Der **Lange Marsch** soll helfen, durch offene und breite Diskussion die Linke aus dem gesellschaftlichen Ghetto herauszuführen, sie wieder „interventionsfähig" zu machen, hin zu einer Kraft, die sich einmischen kann in die tages- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen wo immer nur möglich.
Abonnement (6 mal im Jahr) **16,--DM**

sozialistisches
OSTEUROPAKOMITEE

Das Info enthält Dokumente, Diskussionen und Berichte von und über die linke Opposition und Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung im „realen Sozialismus".
Abonnement (6 mal im Jahr) **12,--DM**

IAB

Studien zu Imperialismus, Abhängigkeit, Befreiung

IAB-Studien zu Imperialismus, Abhängigkeit und Befreiung - informiert regelmäßig mit Berichten und Analysen über das Verhältnis von Entwicklungs- und Industrieländern, von Metropole und Peripherie, Strategie der Multis.
Abonnement (4 mal im Jahr) **20,--DM**

Texte zur Arbeiterbewegung

Rudi Supek **12,-**
Arbeiterselbstverwaltung und sozialistische Demokratie.
K.A. Wittfogel **10,-**
Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft.
K.P. Wittemann **15,-**
Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. (Die Gruppe Arbeiterpolitik 45 -52)
A. Brandenburg **12,-**
Theoriebildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung von 1835 -1850
E.V. Rengstorf **6,-**
Linksopposition in der Weimarer SPD. (Klassenkampfgruppe)
Volker Arnold* **7,-**
Rätetheorien in der Novemberrevolution. Band 1
Volker Arnold* **14,-**
Rätetheorien in der Novemberrevolution. Band 2
*erscheint im Februar/März 78

Reihe Forschungsberichte

D. Horster **5,-**
Ernst Bloch zur Einführung
A. Mahrad **30,-**
Iran auf dem Weg zur Diktatur....
Autorengruppe **20,-**
Stadtentwicklung, historische politische, und ökonomische Bedingungen.(Erscheint Mai 78)

Abos und Bestellsumme + 1,-DM Versandkosten bitte auf das Konto:
PSA Hannover 39495 - 300, SOAK.....

SOAK - DRUCKEREI

Offsetdruck bis 50 × 70, (‹ A1)
Fotosatz 4p — 16p, Titelsatz,
Reprofotografie bis A2, Aufrasterungen, Papierverarbeitung,
Schülerzeitungen, Stadtteilzeitungen, Stadtzeitungen, Alternativzeitungen, Infos, Hefte, Bücher, Kataloge, Flugblätter, Plakate, Aufkleber usw.
Ruft mal an oder kommt mal auf einen Kaffee oder Tee vorbei - es lohnt sich!

lismus favorisierten Ländern wie Südafrika, Brasilien, Argentinien, Iran und demnächst wohl noch einigen weiteren.
Insbesondere Brasilien hat nie Zweifel an seinem Interesse gelassen, mit Hilfe importierter Nuklearanlagen Bombenmaterial zu gewinnen. Daß gleichzeitig der Rivale um die Vorherrschaft in Südamerika, Argentinien, schon heute mit einer, dank deutscher Unterstützung betriebenen, Mini-Wiederaufarbeitungsanlage in der Lage ist, Bombenmaterial zu produzieren, mag kurios erscheinen, beweist aber sicherlich nicht die 'friedlichen' Absichten des westdeutschen Nukleargeschäfts.
Jungk hat die Politik der BRD in den internationalen Kontrollverhandlungen sehr aufmerksam studiert, ein Punkt, der leider noch viel zu wenig Beachtung gefunden hat. Die Feigenblattfunktionen des Internationalen Atomwaffensperrvertrags und der Kontrollen durch die Wiener Atombehörde, deren 80 Kontrolleure vergleichsweise weniger Macht als ihre Kollegen in den öffentlichen Nahverkehrsmitteln haben, wird von unseren Regierungen ebenso schamlos ausgeschlachtet, wie die Gewerkschaften beispielsweise diesem Bluff aufsitzen (müssen, wollen?). Über den Iran kann man sich weitere Vermutungen fast sparen. Südafrika ist dank deutscher Anreicherungstechnologie ebenfalls in der Lage, Bombenmaterial (in Form von hochangereichertem Uran) herzustellen. Das Prinzip der Streuung des Risikos mag sich zwar im Versicherungsgewerbe bewährt haben, in der Nukleartechnologie rückt es jedoch den Tag der ersten gezielten Atombombenzündung seit Hiroshima und Nagasaki immer näher heran!
Nach alledem verwundert einen die These des französischen Physikers Léon Grünbaum, die Jungk nicht vertritt, aber diskutiert sehen möchte, kaum noch, so spektakulär sie zunächst klingen mag: er vergleicht die Situation der BRD angesichts des Herstellungsverbots für Atomwaffen mit der der Weimarer Republik und den militärischen Beschränkungen aus dem Versailler Vertrag.
Grünbaum: "Aber General Seeckt schloß nach der Rapallokonferenz einen Geheimvertrag mit den Russen und konnte so in der Sowjetunion deutsche Eliteeinheiten ausbilden. Ich habe präzise Hinweise, daß auf dem Gebiet der nuklearen Rüstung etwas Ähnliches in Argentinien, Brasilien und Südafrika vor sich geht." (S. 130) Grünbaum war im Kernforschungszentrum in Karlsruhe beschäftigt, sein weiteres Schicksal sollte die AKW-Bewegung interessieren. Nach ernstzunehmenden Hinweisen ist er persönlichen Bedrohungen ausgesetzt.
Die machtpolitischen Hintergründe der Einführung der Kernenergienutzung bleiben vorerst Steinchen in einem sich abzeichnenden Mosaik. Sie vereinigen jedoch beinahe alle Cliquen in der westlichen Welt (über die staatssozialistischen Länder beispielsweise liegen noch viel zu wenig Informationen vor, was Jungk allerdings nicht hindert, ihre Motivationen mit denen der kapitalistischen über einen Kamm zu scheren), die die Politik des Neoimperialismus bzw. der autoritären Staaten in der 3. Welt betreiben. Die nuklearen Feindseligkeiten zwischen den USA und der BRD etwa sprengen keineswegs den Rahmen ihrer schon bestehenden ökonomischen Widersprüche.
Die Kernenergiepolitik eines bestimmten Landes in einer bestimmten Phase erscheint nur durch ein schwer durchschaubares Dickicht von lang- und kurzfristigen, nationalen wie internationalen Interessen. Ein Kalkül nationalökonomischer Vorteile (Wachstums- und Exportindustrie) zur Erklärung der massiven finanziellen und machtpolitischen Staatseingriffe bei uns greift allein nicht. Die Ökonomie des KKW-Geschäfts ist eine andere als die einer Baumwollspinnerei. Nicht zu Unrecht sprechen die Reaktorphysiker auch (ernsthaft!) von einer 'Neutronenökonomie' und drücken damit unbewußt und unschuldig wie immer aus, daß jedes durch ein schnelles Neutron erbrütete Plutoniumatom ein Teil des Geschäfts ist — entweder als Reaktorbrennmaterial oder Bombenrohstoff. Die Kalkulation ist in beiden Fällen grundverschieden, sie mißt sich am Kilowattstundenpreis oder den für uns Zivilisten nicht nachvollziehbaren, wahrscheinlich nicht einmal existenten Kriterien zum Vergleich von Massenvernichtungswaffen. US-Präsident Carter hat den eindeutigen Beweis geliefert, indem er gegen den Widerstand der Industrie, die wohl noch an den (geld)ökonomischen Einsatz der Schnellen Brüter glaubte, voll auf die Neutronenbremse getreten ist (mit langsamen läßt sich's schlecht brüten) und angesichts gefüllter Plutoniumkammern daheim die Welt auf die Leichtwassertechnologie verpflichten will. In der BRD lagern ca. 900 kg Plutonium bei Hanau, die bis jetzt anscheinend nur die Aufmerksamkeit einiger weniger lokaler Bürgerinitiativen gefunden haben. Das Lager der Fa. ALKEM ist nach nicht dementierten Informationen auf 10-15 Tonnen erweiterbar.
Jungk spricht im Zusammenhang mit den Gefahren des Plutoniums von der neuartigen Qualität der Irreversibilität, die in der Zeit der Anwendung der Nukleartechnologie entstanden ist und weiterhin entsteht. Gemeint ist damit die Tatsache, daß es z.Zt. offensichtlich kein Verfahren gibt (wir sollten hoffen, daß noch welche erfunden werden!), ein so toxisches Isotop wie Plutonium 239 'wegzubrüten', mit anderen Worten, daß wir auch nach sozialen Umwälzungen mit dem Problem der sicheren Endlagerung der langlebigen Spaltprodukte leben müssen. Angesichts dieser Überlegung ist es übrigens durchaus wünschenswert, daß eine relativ sichere Endlagerung zustandekommt. Traube weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch andere Auswirkungen unserer 'konventionellen' technischen Aktivitäten mehr oder weniger irreversible Effekte zeigen. Daß dieses Argument damit entkräftet würde, ist ein typischer Fehlschluß. Natürlich ist die Anwendung neuer Technologien unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen immer eine zweischneidige Angelegenheit, die Schärfe der einzelnen Klingen unterscheidet sich jedoch beträchtlich. Man denke nur daran, wo die diversen Verfassungsschützer heute ohne ihre Computer stünden. Dennoch wäre die Vernichtung der elektronischen Dossiers für eine autonome Volksmacht ein Leichtes. Angesichts der jetzt schon bekannt gewordenen, bewußt oder fahrlässig verursachten 'Schlampereien' mit Plutonium stehen gerade die Kernenergiegegner vor der im ersten Augenblick absurden Konsequenz, sich heute und in Zukunft für verschärfte Kontrollen über die potentiellen Waffenkammern dieses Staates einsetzen zu müssen. Die Zeiten, in denen die Arsenale der Militärmaschine in revolutionären Erhebungen gestürmt wurden, gehören zumindest hier endgültig der Vergangenheit an.
Die politischen Gründe, die auch unsere staatlichen Organe weiterhin dazu zwingen werden, die Einführung der Kernenergie konsequent zu betreiben, sind nicht ausschließlich an die Unterstützung der Profitinteressen der KKW-Industrie gebunden. Dennoch dürfen diese, wie das Diktat für Kernenergie durch die Elektrizitätsversorger, auch weiterhin nicht außer acht bleiben. Nur um die Profitinteressen eines neuen Industriezweigs zu verhindern, hat sich noch nie eine politische Massenbewegung entfalten können. Die für viele Linke immer noch sehr überraschende und schwer einschätzbare Bewegung gegen Kernenergie basiert auch, und — wie sich dank Jungks Buch immer deutlicher zeigt — zu Recht, auf den psychologischen Schäden, die die atomare Rüstung hinterlassen hat. Es ist völlig legitim und keineswegs 'Angstmacherei' oder Verschleierung der ökonomischen Hintergründe, wenn wir diese Einstellung weiterhin in den Auseinandersetzungen ansprechen.

3 Feb 78 WÜHLARBEIT

Rundbrief der Projektgruppen ›AKW und Umweltschutz‹ im Sozialistischen Büro

Wiederaufbereitungspolitik: Gorleben
•
Gewerkschaften: «AKW - JA»
Aktionskreis Leben
•
Parteitage: SPD/FDP
•
Hartmut Gründler †
•
Repressionen
•
Grüne Listen
•
Neue Aktionsformen
u.v.a.m.

Neuer Aufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals

Der deutsche Beirat für das Russell-Tribunal hat einen neuen Aufruf zur Unterstützung des Tribunals herausgegeben und zu einer gezielten Unterschriftensammlung aufgefordert. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:
Das dritte Internationale Russell-Tribunal wird sich mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen, weil sich die Anzeichen mehren, daß in diesem Lande Menschenrechte in Gefahr sind. Sollte sich der Verdacht bewahrheiten, daß in der BRD die Grund- und Menschenrechte verletzt werden, dann wäre dies ein Tatbestand von schwerwiegender Bedeutung, nicht nur für die Bürger der Bundesrepublik.
Das Russell-Tribunal wird sich insbesondere mit der Untersuchung folgender Fragen befassen:

- Wird Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?
- Wird durch straf-, zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?
- Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?

Politiker der Bundesrepublik werfen dem Russell-Tribunal vor, es versuche eine unzulässige Einmischung vom Ausland her in die westdeutsche Politik, es beabsichtige, die Bundesrepublik zu diffamieren und es stelle das westdeutsche politische System auf eine Stufe mit Unrechtsstaaten.
Tatsächlich heißt es demgegenüber in der Gründungserklärung des Tribunals: "... Das erste Internationale Russell-Tribunal wurde 1966 einberufen, um Kriegsverbrechen in Vietnam zu untersuchen. Das zweite Internationale Russell-Tribunal wurde 1973 einberufen, um Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika zu untersuchen. Ergebnisse und Wertungen dieser Tribunale wurden in der Öffentlichkeit mit großer Sorgfalt geprüft und international als begründet angesehen. Das dritte Tribunal beschäftigt sich mit Problemen, die von denen der ersten beiden sehr verschieden sind: mit denen einer politischen Demokratie. Es wird hierbei vom gleichen Wunsch wie die beiden vorangegangenen Tribunale getragen, überall für die Menschenrechte einzutreten, und es wird sich der gleichen Prüfung durch die öffentliche Meinung unterziehen ... Das Tribunal weist ausdrücklich darauf hin, daß es nicht nur Beschwerden über Verletzungen von Menschenrechten hören, sondern auch diejenigen einladen wird, ihren Standpunkt vorzutragen, die beschuldigt werden, für solche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu sein ..."
Der Einsatz für die Verwirklichung der Menschenrechte und das Aufdecken aller Formen der Verletzung von Freiheitsrechten sind nicht erst dann angebracht, wenn der Status der Rechtsstaatlichkeit schon verlassen ist; Warnungen und Widerstand kämen dann zu spät. Darum begrüßen und unterstützen wir das Russell-Tribunal, das untersuchen soll, ob und inwieweit Freiheitsrechte in der Bundesrepublik verletzt werden.
Dieses Russell-Tribunal hat entgegen seinen Vorgängern nicht die Aufgabe, verbrecherische Machenschaften autoritärer und halbfaschistischer Systeme bekanntzumachen und anzuklagen. Im Falle der Bundesrepublik muß es vielmehr darum gehen, einen Rechtsstaat, der die republikanischen Freiheiten und Menschenrechte in seiner Verfassung verankert hat und der auf die schiefe Bahn geraten ist, vor dem Abgleiten zu bewahren. Es gilt hier also, den Anfängen zu wehren.
Eine Verketzerung oder eine globale Verurteilung der Bundesrepublik liegt nicht in der Absicht des Russell-Tribunals. Gerade aufgrund der Erfahrungen der deutschen Geschichte muß aber bedacht werden, daß die Gefahren, die der Demokratie in der Bundesrepublik drohen, schleichend und gleitend kommen. Demgemäß darf nicht biedermännisch gewartet werden, bis der bereits schwelende Brand offen ausgebrochen ist.
In der Einrichtung des Russell-Tribunals drückt sich auch aus, daß die Sorge, die wir über den Rückgang der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik empfinden, von vielen Menschen im westlichen Ausland geteilt wird. Bei der ökonomischen und politischen Bedeutung der Bundesrepublik im heutigen Europa und angesichts der historischen Vergangenheit kann den anderen europäischen Völkern die Entwicklung in der Bundesrepublik nicht gleichgültig sein. Westeuropäer vertreten ihre legitimen eigenen Interessen, wenn sie sich u.a. in der Form dieses Tribunals mit den Angelegenheiten der Bundesrepublik beschäftigen. Wir können nicht in nationalstaatlicher Beschränkung die Bundesrepublik als eine Insel betrachten, die nur ihre eigenen Staatsangehörigen angeht. Aus diesen Gründen fordern wir dazu auf, die Freiheitsrechte in Betrieb und Büro, in den Schulen und Hochschulen, in der öffentlichen Verwaltung und in den Medien zu bewahren und zu verteidigen. Das Russell-Tribunal ist ein Beitrag hierzu. Damit die Freiheitsrechte, die jedem gelten, erhalten und verwirklicht werden, genügt in der Tat eine "innerlich kühle, distanzierte Haltung" nicht. Es kommt darauf an, sich für diese Rechte zu engagieren!
Herausgeber und Erstunterzeichner dieses Aufrufs sind die Mitglieder des deutschen Beirats für das Russell-Tribunal Dr. Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, D. Martin Niemöller, Kirchenpräsident a.D., Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Prof. Dr. Uwe Wesel.

In Absprache mit dem Sekretariat für das Russell-Tribunal und in Zusammenarbeit mit den USTA-Initiativen an der FU Berlin und dem Westberliner Aktionskomitee gegen Berufsverbote hat der Grafiker Kurt Jotter zu einem Plakat-Wettbewerb zum Dritten Internationalen Russell-Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen. Die besten Entwürfe sollen als offizielle Plakate zum Russell-Tribunal gedruckt werden. Sämtliche geeigneten Vorlagen werden im Rahmen einer Wanderausstellung vor und während des Russell-Tribunals gezeigt sowie als Reproduktionen der alternativen Presse als namentlich gekennzeichnetes Illustrationsmaterial zur Verfügung gestellt. Die Auswahl erfolgt durch das Sekretariat und den deutschen Beirat des Russell-Tribunals.
Zur Bekanntmachung des Plakat-Wettbewerbs hat Kurt Jotter selbst ein Plakat angefertigt (in Verkleinerung obenstehend abgedruckt), das bei ihm angefordert werden kann (Mindestbestellung fünf Stück, DM 7,-- in Briefmarken beilegen bzw. je 1.--DM mehr für jedes weitere Plakat, das bestellt wird). Einsendeschluß zur Beteiligung an dem Plakatwettbewerb ist der 28. Februar 1978. Adresse: Kurt Jotter, Wielandstr. 8, 1000 Berlin 41, Telefon 030/8518191.

Unterschriften: Veröffentlichung per Zeitungsannonce

Funktion und Verfahren der Unterschriftensammlung und politischen Öffentlichkeitsarbeit für und mit dem neuen Aufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals sind u.a. wie folgt zu bestimmen:
1) Der erste Aufruf der Bertrand Russell Peace Foundation war ein Aufruf, daß ein Russell-Tribunal eingerichtet werden sollte. Inzwischen hat sich die Jury konstituiert und mit ihrer Gründungserklärung die Fragen bzw. Problemkreise formuliert, die das Tribunal behandeln wird. Damit ist der Aufruf der Russell-Foundation vom April 1977 gewissermaßen unaktuell geworden – jetzt kommt es darauf an (neben allen weiteren Aktivitäten auf der lokalen Ebene auch), durch einen neuen zentralen Aufruf die Breite zur Unterstützung des Russell-Tribunals zu dokumentieren.

Kunstauktion zugunsten des Russell-Tribunals

Die Gruppe "plakat" (Kunst und Betrieb) Stuttgart führt in Absprache mit dem Sekretariat für das Russell-Tribunal eine bundesweite Kunstauktion durch. Der Reinerlös der Auktion wird zur Mitfinanzierung des Russell-Tribunals verwendet.
Wir bitten alle Initiativen, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, zum Gelingen dieser Auktion beizutragen. Bitte sprecht Künstler an eurem Ort an, informiert sie über das Russell-Tribunal, bittet um eine Spende für die Versteigerung.
Gesucht werden vor allem Grafiken, Drucke, Siebdrucke, Fotomontagen, Holzschnitte, Plakate, Bilder, aber auch Bücher, Gedichte, Lieder, Schallplatten mit Widmungen der Verfasser.
Die gespendeten Kunstgegenstände und Schriften werden auf der Auktion (die wahrscheinlich Anfang April in Stuttgart stattfinden wird) meistbietend versteigert. Es ist jedoch möglich, daß die spendenden Künstler vorher ein Preislimit bestimmen, unterhalb dessen nicht versteigert werden darf. Auch werden die Künstler gebeten – wenn sie auf ein Preislimit verzichten –, den jeweiligen Wert ihrer einzelnen Spende selbst einzuschätzen und diese Schätzung mit der Einsendung mitzuteilen, damit wir für die Auktion eine Richtschnur haben, an der wir uns orientieren können.
Zur Zeit bereiten wir ein Informationsblatt für diese Kunstauktion (verbunden mit einigen allgemeinen Informationen, die den Zusammenhang zum Russell-Tribunal herstellen) vor, das ab Anfang Februar 1978 zur Verfügung steht.
Einsendeschluß ist der 15. März 1978. Einsendungen gut verpacken.
Unsere Adresse: Gruppe "plakat", Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/264345.

2) Angesichts einerseits der verschiedenartigsten Diffamierungsversuche gegen das Russell-Tribunal und andererseits der Versuche von Gruppen, die zwar mit der Zielsetzung des Russell-Tribunals wenig im Sinn haben, aber wegen dessen Bedeutung und immerhin auch vergleichsweisen nicht geringen Resonanz in der Öffentlichkeit, für ihre außerhalb des Tribunals liegenden Ziele mit dem Namen Russell Politik machen zu wollen, kommt einem Unterstützungsaufruf, der von der politischen Basis der Gründungserklärung und dem Selbstverständnis des Russell-Tribunals ausgeht, besonders große Bedeutung zu. Dabei kommt es vor allem darauf an, wichtige Unterschriften auf der lokalen und überregionalen Ebene zur Unterstützung des Aufrufs zu gewinnen.
3) Mit dieser neuen Unterschriftensammlung soll auch eine zusätzliche Finanzierungsaktion für das Russell-Tribunal verbunden werden. Es ist beabsichtigt, den Unterstützungsaufruf mit allen Unterschriften (einschließlich Beruf bzw. Funktionsbezeichnung) in einer Großanzeige in der Frankfurter Rundschau zu veröffentlichen. Gerade durch diese Veröffentlichung der Unterzeichnernamen wird der Aufruf – nicht zuletzt wegen der Diffamierungs- und gar Kriminalisierungsversuche gegen das Russell-Tribunal – zu einer politischen Demonstration für das Russell-Tribunal. Verbunden mit der Unterzeichnung des Aufrufs wird grundsätzlich die Zahlung von mindestens DM 25.--, einmal zur Finanzierung der Anzeige und zum anderen zur finanziellen Unterstützung des Tribunals selbst.
4) Es ist klar, wenn es uns gelingt, für den Aufruf und zur Veröffentlichung als Anzeige tausend und mehr – gerade von Namen und Funktion her – wichtige Unterzeichner zu gewinnen, daß dies auch eine außergewöhnliche Ermutigung für verunsicherte und verängstigte Linke und sonstige Radikaldemokraten darstellt. Eine solche Demonstration kann ein Zeichen setzen, daß wir uns nicht einschüchtern lassen, daß wir offen zu unserer Sache stehen, trotz zunehmender Repression. Deshalb ist geplant, besonders (jedoch keinesfalls ausschließlich!) Unterzeichner aus folgenden Bereichen zu gewinnen: Gewerkschafter, Jugendleiter, Verbands- und Organisationsvertreter, Juristen, Geistliche, Theologen, Vertreter des kirchlichen Lebens, Künstler, Schriftsteller, Publizisten, Journalisten, Hochschullehrer, Wissenschaftler, Pädagogen, Sozialpädagogen, Ärzte, Heilberufe, Architekten, Ingenieure, Techniker usw. Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit!
5) Der Aufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals, versehen mit einem Anschreiben zur Begründung dieser Aktion und einer Zahlkarte (gleichzeitig zur Unterschriftenleistung und Überweisung der – mindestens! – DM 25.--) liegt dieser "links" bei. Er soll zudem überall, wo dies kostenlos möglich ist, den verschiedensten Zeitungen und Zeitschriften der sozialistischen und radikaldemokratischen Linken beigelegt werden, den Alternativzeitungen, Stadtzeitungen o.ä. und vor allem auch durch die lokalen Gruppen, Komitees und einzelne Aktivisten gezielt an potentielle Unterzeichner verschickt werden (möglichst zusammen mit einem Begleitschreiben, das zugleich über die weiteren Planungen der lokalen Unterstützungsarbeit informiert). Außer dem beigefügten Vordruck des Aufrufs gibt es auch Unterzeichnerlisten, auf denen mehrere Einzelunterschriften geleistet werden können und mit denen zugleich die DM 25,-- (oder mehr) einkassiert werden; diese Listen sind besonders geeignet, wenn man am Arbeitsplatz, bei der Gewerkschaftsversammlung, in der Gruppe, bei politischen Veranstaltungen usw. direkt und persönlich Unterschriften einholen möchte.
6) Mit der Koordination dieser Aktion hat der deutsche Beirat des Russell-Tribunals Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack beauftragt. Die Vordrukke, die kostenlos abgegeben werden, können bestellt werden unter der Adresse: Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack, Postfach 648, 6050 Offenbach 4. Bitte bestellt euren Bedarf sofort und leitet die euch möglichen Aktivitäten zur Unterschriftensammlung ein, denn letzter Termin zur Abgabe der Unterschriften ist der 10. März 1978, damit sie in der FR-Anzeige Mitte März, also rechtzeitig vor der ersten Sitzung des Tribunals, die in der Woche nach Ostern stattfinden soll, veröffentlicht werden können. **KLAUS VACK**

Hochschulstreiks

Fast schon entwöhnt von solchen Nachrichten, konnten die Leser der westdeutschen Massenpresse zum Jahresende sich endlich wieder an Berichten von spektakulären studentischen Unruhen, von Eier- und Tomatenwürfen auf Minister und vom die Ruhe wieder herstellenden Einsatz der bewaffneten Macht erbauen. Was war wirklich los an den westdeutschen Hochschulen? Für die Zeit vom 28.11. bis 10.12.77 hatte die Dachorganisation der bundesdeutschen Studentenschaften – der VDS – zu einem 'bundesweiten Streik' aufgerufen.
Anlaß zu dieser Großaktion war die gegenwärtige in allen Bundesländern stattfindende Anpassung der Landeshochschulgesetze an das Hochschulrahmengesetz des Bundes. Die einschneidendsten Veränderungen, die hieraus folgen, sind
- die Einführung eines "Ordnungsrechts" (d.h. eines hochschulinternen Spezialstrafrechts gegen aufmüpfige Studenten),
- die Beschneidung der Rechte der verfaßten Studentenschaften und ihrer Repräsentanten, der ASten – v.a. hinsichtlich der Erlaubnis zu politischen Äußerungen – oder deren völlige Abschaffung,
- (in einigen Bundesländern) die weitgehende Zurücknahme der in den Zeiten der 'Bildungsreform' eingerichteten Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studenten und andere Nicht-Professoren,
- die Einführung von 'Regelstudienzeiten', die die 'Durchlaufgeschwindigkeit' der Studenten erhöhen sollen, deren wichtigste Folge jedoch die Einführung von 'Studienordnungen' ist, in denen die Studiengänge in inhaltlich weitgehend festgelegte Einheiten zerlegt werden (dies soll auch die Einführung möglichst gut quantifizierbarer Leistungskontrollen ermöglichen).

Die Streikbereitschaft, wie sie sich in der Beteiligung an Urabstimmungen, im Ausmaß des Vorlesungsboykotts und in der Teilnahme an Aktionen äußerte, war außerordentlich hoch.
Das Bild läßt sich freilich differenzieren:
Regionale Unterschiede ergaben sich daraus, daß an den süddeutschen Hochschulen nur geringer aktueller Anlaß zum Streiken gegeben war: Bayern hatte schon vor Jahren den Vorreiter in reaktionärer Hochschulgesetzgebung gemacht; an den alten Gesetzen brauchten hier nur unwesentliche Änderungen vorgenommen zu werden. In Baden-Württemberg

dpa

Fritz Lamm zum Gedenken

Eine Auswahl aus den Reden und Vorträgen, die Fritz Lamm in unseren Gruppen gehalten hat, und einige Auszüge aus Schriften, die er uns mit auf den Weg gegeben hat, sind in der Broschüre enthalten, die in der Schriftenreihe der TVDN-Bundesgruppe vor kurzem erschienen ist.
Die 72seitige Broschüre, die Arbeiten u.a. zu den Themenbereichen
Kultur und Revolution,
Probleme sozialistischer Erziehung,
Vom Wesen der Natur zur sozialistischen Gemeinschaft,
Sozial oder sozialistisch,
Arbeit und Freizeit,
Solidarität,
Demokratisches Bewußtsein einst und jetzt,
Sonnenwende – Zeitenwende?,
Der Wert unserer Häuser
enthält, ist beim Verlag Freizeit und Wandern, Postfach 380, 7000 Stuttgart 60, zum Stückpreis von 4 DM zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

waren gerade erst die Aktionen gegen die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft zuende gegangen. In den Flächenstaaten des übrigen Bundesgebiets entschied vor allem die unterschiedliche Sozialstruktur der Hochschulen, die verschieden starke Politisiertheit zur Folge hat, über das Ausmaß der Streikaktivitäten.

Am stärksten war der Streik in den Massenuniversitäten der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen; vielleicht, weil hier am deutlichsten die Hochschulgesetze einen Rückfall hinter den Status quo signalisieren.

Auch innerhalb der einzelnen Hochschulen, zwischen den verschiedenen Fachbereichen, zeigten sich deutliche Unterschiede: Vielfach wurde bei den 'Geisteswissenschaftlern' gestreikt, während der naturwissenschaftliche Lehrbetrieb fast normal weiterlief. Hier sind die Ursachen nicht nur in einem unterschiedlichen traditionellen Politisiertheitsgrad zu sehen, sondern besonders in dem Unterschied, daß für die Studenten von Sprach- und Gesellschaftswissenschaften noch die meisten Restbestände akademischer Freiheit auf dem Spiel stehen, daß zudem für sie die Zukunftsaussichten am trübsten sind.

Die Erfolgsmeldung des VDS, am Höhepunkt der Streikwelle seien 500.000 Studenten den Lehrveranstaltungen ferngeblieben, klingt zwar zu Recht imponierend, sagt dennoch nichts Erschöpfendes über die wirkliche Intensität des studentischen Widerstands gegen die Staatseingriffe in die Hochschulen aus.

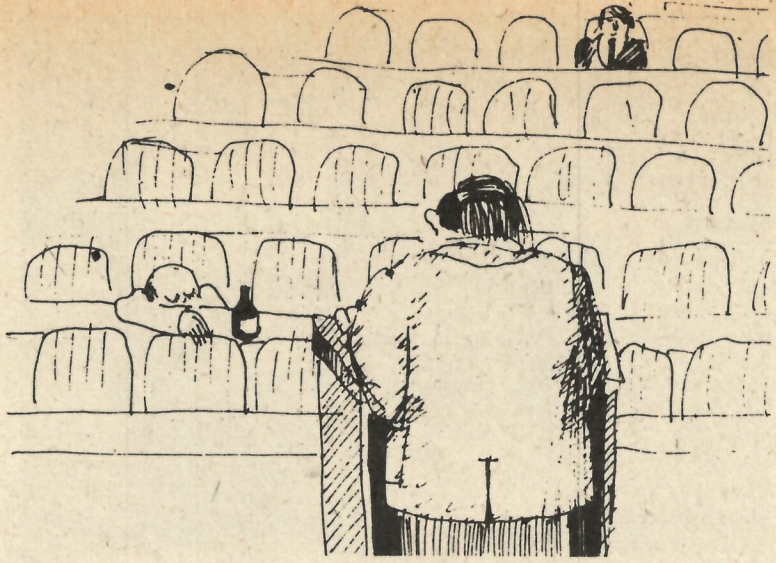
Bekanntlich ist ein Hochschulstreik etwas anderes als der Streik in einem Betrieb: das bloße Fernbleiben von Lehrveranstaltungen, deren Besuch sowieso oft erheblich schwankt, kann auf niemanden besonders großen Druck ausüben. Was zählt, ist die Durchsetzung politischer Diskussion an der gesamten Hochschule und die Beteiligung möglichst vieler Studenten an Veranstaltungen und Aktionen.

Auch hierdurch wird der Staat als Streikgegner nicht zu unmittelbarer Reaktion gezwungen; langfristig aber stellt zweierlei eine reale Bedrohung für ihn dar:

1. die im öffentlichen Protest artikulierte (oder doch wenigstens angedrohte) Aufkündigung von Loyalität gegenüber Staat und Gesellschaftssystem gerade durch diejenigen, die demnächst (wenn auch meist recht untergeordnete) Herrschaftsfunktionen wahrnehmen sollen,

2. das 'Umfunktionieren' des universitären Lernens von einer Sozialisation auf Funktionen im herrschenden Gesellschaftssystem zur Qualifikation für die Veränderung just dieses Systems.

Was den zweiten Punkt anbetrifft, so hat der Streik (soweit sich dies aus Frankfurter Sicht erkennen läßt) noch keine sehr vielversprechenden Neuansätze gezeitigt. Die "demokratischen Gegenhochschulen", die an Hochschulen mit MSB-Spartakus/SHB-ASten organisiert worden sind, reproduzieren nur den normalen Vorlesungsbetrieb – diesmal mit Gastspielen auswärtiger (meist DKP-nah-



her) Wissenschaftler. Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen, wie sie zum traditionellen 'Streikarsenal' der Studenten gehören, müßten stark genug sein, längerfristig den normalen Lehrbetrieb mitzubestimmen, wenn sie nicht bald nach einem Streik eingehen sollen.

Solange es noch nicht gelingt, den Widerstand an den Hochschulen durch eine weitgehende Aneignung des Lehrbetriebs durch die Studenten permanent zu machen, wird die punktuelle Äußerung von Protest, von massenhafter Loyalitätsverweigerung, umso wichtiger.

Der Boykott selber, Demonstrationen, Aufklärungsaktionen auf den Straßen, Massen-Teach-ins, auch Vorlesungssprengungen und Raumbesetzungen – diese Summe massiver und breit getragener studentischer Unmutsäußerungen hat die Repräsentanten der bürgerlichen Öffentlichkeit doch erschrocken gemacht: Während die Boulevardpresse begeistert ist, ihren Lesern wieder 'Terror an den Universitäten' auftischen zu können, zeigen sich die Bürgerzeitungen tief besorgt über die 'Vertrauenskrise' zwischen den Studenten und der ordentlichen Gesellschaft.

CDU-Politiker wie Kohl und Geissler wagen sich an die Universitäten (wo sie freilich ziemlich unfreundlich empfangen werden) und äußern "Verständnis" für die Nöte der Studenten (die mehr auf den harten Gewaltkurs setzenden Politzyniker der Unions-Südschiene machen hier freilich eine Ausnahme. So erfüllen für den baden-württembergischen Kultusminister Hahn Studentendemonstrationen nur "eine gewisse Hyde-Park-Funktion"). Die 'sozialliberalen' Kultusminister erklären, "den sachlichen Kern des studentischen Protestes" und "die Probleme der Studenten" "ernst" zu nehmen. Sie reisen durch ihre Universitäten, um die Studenten ihres Bedauerns darüber zu versichern, daß sie nun einmal gezwungen seien, die Anpassung der Landesgesetze an das Hochschulrahmengesetz (das natürlich sie und ihre Freunde in Parteien und Verwaltung produziert haben) durchzuführen. Auch sie treffen allerdings auf ganz verbockte Studenten. Willy Brandt selber, ungeachtet des notwendig daraus folgenden Vorwurfs, er paktiere mit Vorkämpfern der Volksfront, gewährt der VDS-Spitze ein tête à tête. DGB- und GEW-Führungen schließlich solidarisieren sich fast uneingeschränkt mit den Streikforderungen des VDS.

Indem die Politiker die akademische Arbeitslosigkeit, die schlechten Berufsperspektiven als die grundlegenden Probleme der Studenten benennen, zeigen sie – eher als manche Studentenfunktionäre –, daß sie die tieferen Ursachen des neuesten Studentenprotestes sehr wohl erkannt haben – allerdings in für unsere Politiker spezifisch borniert Form. Denn richtig ist es, daß es einen Arbeitsmarkt, der die Studentenmassen, wie sie seit Ende der 60er Jahre die Hochschule absolvieren, problemlos absorbieren könnte, nicht gibt (vgl. den Artikel von J. Hirsch in dieser und der letzten "links"-Nummer!). Borniert aber ist es, zu glauben, die Frustration der Studenten an ihren Zukunftsaussichten, die von einem Großteil der Studenten lähmend empfundene Perspektivlosigkeit, sei ausschließlich auf den Mangel an wohldotierten Akademikerjobs zurückzuführen.

Was vielmehr auch – und entscheidend – fehlt, ist die Aussicht auf Lebensformen und Tätigkeiten, in die die während des Studiums erfahrenen Möglichkeiten von Selbstbestimmung und persönlich befriedigender sozialer Interaktion mit eingehen.

Dies Bedürfnisniveau wird sich – trotz aller Reglementierung und inhaltlichen Entleerung des Studiums – schwer wieder drücken lassen, solange es Staat und Gesellschaft nicht gelingt, den Studenten wieder die Aussicht auf hinreichend korrumpierende Karrieren zu eröffnen, in denen der individuelle Freiheitsanspruch als Freiheit von Herrschenden wieder einlösbar wäre.

Lediglich der rechtsradikale Flügel der Unionsparteien propagiert derzeit die 'saubere' Lösung, die Hochschulen wieder zu reinen Institutionen der Initiation in die Bourgeoisie zu machen. Den anderen politischen Gruppierungen wäre der Preis an nur durch offene Gewalt auffangbarem Legitimationsverlust des Staates durch ein Dichtmachen der Universitäten zu hoch. Ihnen bleibt nur das hilflose Lavieren innerhalb der selbstgeschaffenen Widersprüche:

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Hochschulabsolventen können nur dazu dienen, offene Empörung in Grenzen zu halten. Die Peitsche polizeilicher Ordnungsmaßnahmen an der Hochschule wirkt wenig loyalitätsfördernd, solange das Zuckerbrot: die Berufskarriere ausbleibt oder sich als doch recht wenig süß erweist. Man kann nicht auf der einen Seite versuchen, die Studenten so kostensparend–kurz wie möglich durch das Studium zu schleusen und auf der anderen Seite darauf setzen, daß durch den ausgedehnten Aufenthalt sonst arbeitsloser Jugendlicher in der Ausbildungssphäre ein Teil der Arbeitslosenziffer latent bleibt. Die Ministerialbürokraten versuchen, die Studiengänge unter ihre zentrale Planungskontrolle zu bringen, um die Ausrichtung der Ausbildung an dem, was sie für den gesellschaftlichen Bedarf halten, erzwingen zu können, während die Technokraten der jeweiligen Hochschulen ihnen mit dem Argument entgegenarbeiten, nur weitgehende Autonomie der Hochschulen könne die notwendige Flexibilität in der Bedarfsplanung gewährleisten.

Kurzum, die neuesten Hochschulgesetze stellen nichts als den hilflosen Versuch dar, mit den Mitteln von Zwang und bürokratischer Planung eine Entwicklung 'in den Griff' zu bekommen, die sich systemkonformer Planbarkeit grundsätzlich entzieht. Das bißchen 'Demokratisierung' des Ausbildungssektors, das mit der Öffnung der Hochschulen in der Reformphase der späten 60er Jahre gewagt worden ist, erweist sich bereits als Fremdkörper in unserer Gesellschaft. Die Befriedung der Hochschulen steht nicht in Aussicht.

SB-HOCHSCHULGRUPPE FRANKFURT

Schmetterlinge singen nicht!

Mit Liedtexten wie "Music is love for you and me – Music is money for the record company", Kalauern wie "Quäle nie ein Unternehmerherz, denn es fühlt wie Du den Schmerz" und ihrem ebenso originellen wie gekonnten "Schmetter-Sound" haben sich die Wiener "Schmetterlinge" – eine politische Musikgruppe – ihr Publikum erobert.

Das 1969 gegründete Quintett brachte als Produkt einer in den 70er Jahren zunehmenden Politisierung eine LP mit engagierten deutschen Liedern heraus: Die "Lieder für's Leben". Themen der Lieder waren der Putsch in Chile, der Abtreibungsparagraph, die Sozialpartnerschaft; für die Texte sorgte zumeist Heinz R. Unger, Bühnenlyriker und Dramatiker.

Nach einer TV-Show und einem Abstecher zum Eurovisions-Liederwettbewerb nach London im Mai 1977, wo man mit einer Parodie auf das Showbusiness die gesamte dort versammelte etablierte Branche schockte – "Ein gutes Lied ist pures Gold" und "der Dollar Rockt und Rollt" – produzierten die Schmetterlinge im Herbst 1977 ihr Hauptwerk die "Proletenpassion" (Kassette mit 3 LPS) im gruppeneigenen Schmetter-Sound-Studio. Die Plattenproduktion in eigener Regie gibt ihnen die politische

Unabhängigkeit von der Schlagerbranchenmafia.
Die dreistündige "Proletenpassion" ist ein über mehrere Jahre kollektiv entstandenes Produkt aus historischer Quellensuche, dichterischer Phantasie und professionell ausgebildeter Musikmacherei. Außerdem haben nach über 130 Konzerten (80 in der BRD) auch die Kritik und Änderungsvorschläge des Publikums zu der jetzigen Fassung beigetragen.
Der Traum einer befreiten Gesellschaft, die konkrete Utopie einer besseren von uns geschaffenen Welt erwacht in der "Proletenpassion" (Passion? – in der Kraft des Leidens liegt auch der Widerstand) zum Leben. In historischen Stationen von den Bauernkriegen über die Pariser Commune und Oktoberrevolution, den Hitlerfaschismus bis zur krisenverzerrten Konsumgesellschaft wird eine Geschichte der Unterdrückten geschrieben. Die Leiden und Kämpfe derer, die bis jetzt noch nicht ihre Geschichte verwirklicht haben, werden lebendig:
Jeden Morgen
wenn wir zur Arbeit fahren,
wird eine neue Seite
ins Geschichtsbuch geschrieben.
Wer schreibt sie?
Geschieht Geschichte mit uns?
Oder machen wir
unsere Geschichte?
Dieser eindrückliche, umfassende und dennoch differenzierte Anti-Geschichtsunterricht hat nun aber ganz und gar nichts von der Trockenstarre eines belehrenden Durchblicks an sich.
Ein antörnender Schwung musikalischer Wechselbäder – von Elementen der Bachschen Oratorien über die volkstümliche Quetschkommode bis zum heißen Rock-Schlagzeugsolo ist alles drin – wird gepfeffert mit frech-parodierenden Kabarettnummern, und das Salz in der Suppe bringen die trotz spärlicher Requisiten glänzenden (panto-)mimischen Szenen.
Einige Kostproben gefällig? Da ist der frühe Bürger "Mächtelmöchtel",

der auf "Techtelmechtel" aus ist mit der politischen Macht im Staate. Dort ist es Mademoiselle Marianne, die mit ihrer leeren Kanne zum Symbol der Revolution (und auch der kämpfenden Frau) wird und der Lokführer Janouschka mit seiner teuren Last Wladimir Iljitsch. Und dann kommt die Reaktion wieder zum Zuge: "Aufgepaßt Genossen!" Wer hat denn da geschossen? Genossen dreht die Flinten! Der Schuß, der kam von hinten.
Die deutsche Sozialdemokratie! Und dann die Endlösung: Hitlers Blues "Wartezeit – Harte Zeit".
Das mag genügen, sonst ist das Zusehen (Zuhören) nur noch ein halbes Vergnügen. (Reimen ist ansteckend wie man sieht, die ersten spärlichen Versuche von uns).
Warum wir dies alles niederschreiben?
Die von uns gesammelten Eindrücke sollen Anregungen geben, selbst Konzerte mit den "Schmetterlingen" zu organisieren. Zu ihrem Prinzip gehört nämlich, Konzerte überwiegend durch politische Gruppen organisieren zu lassen, wobei ihre politische Bandbreite von den Gewerkschaften, den Jusos über das SB bis zum KB hin reicht. Wer näheres wissen will, kann an Günter Grosslercher schreiben, der für die Organisation zuständige Schmetterling.
Hier seine Adresse: Günter Grosslercher, A-1190 Wien, Heiligenstädter Straße 27/44; Tel. (0222) 34 19 322.
Die Platten gibt es bei der ANTAGON-Musikgesellschaft, 2 Hamburg 20, Lenhartzstr. 15.

MICHAEL GOTTHELF
JUTTA RÜCKER

Treffen linker Jura-Gruppen

Am 23./24.7.1977 fand in Saarbrücken das erste bundesweite Treffen linker Jura-Gruppen auf Initiative der Saarbrückener und Gießener Gruppen statt. Der Ansatz zur Organisierung der Jura-Gruppen wurde deshalb nötig, weil es bisher keinen Informations- und Diskussionsprozeß zwischen primär studentischen Jura-Gruppen gibt, die zugleich außeruniversitär juristisch-politische Arbeit leisten. Die schon bestehenden Organisationen wie VDJ, ASJ oder Vereinigung linker Anwälte etc. entsprechen entweder nicht unseren politischen Vorstellungen oder haben eine andere Zielsetzung. Im übrigen diskutieren wir weiter über unser Verhältnis zu diesen Organisationen oder eine eventuelle Mit-/Zusammenarbeit.

Das zweite Treffen der linken Jura-Gruppen fand vom 9. bis zum 12. November 1977 in Gießen statt. Es wurde ebenso wie das erste von ca. zehn Gruppen besucht, die sich politisch aus dem undogmatischen Spektrum zusammensetzen. Grundkonsens ist die Absage an rechtsnihilistische oder rechtsverachtende Positionen (z.B. K-Gruppen), und ebenso eine Absage an eine Fixierung bloß an den Rechtsstaat, wie sie häufig bei Liberalen oder dem MSB und der DKP besteht. Das Treffen brachte eine weitere Konsolidierung der Zusammenarbeit. Unter anderem hat die Gießener Gruppe im ersten Halbjahr 1978 die Koordination übernommen; die Adresse, an die sich interessierte Gruppen wenden können, lautet: Linke Jura-Gruppen, z. Hd. Winfried Möller. AStA der Justus-Liebig-Universität, Leihgesterner Weg 16, 63 Lahn-Gießen, Tel. 0641/71558 und 72143.

Die Gießener Koordinationsstelle verschickt auch die ihr von den einzelnen Gruppen zugesandten Diskussionsmaterialien; Gruppen, die eine Zusendung der Materialien wünschen, erhalten sie auf Anforderung, wenn sie einen kleinen Geldbetrag (20 DM) auf das folgende Konto überweisen: Bezirkssparkasse Gießen, BLZ 513 500 25, Nr. 229067.

Das nächste Treffen findet vom 10. bis 12. März 1978 in Gießen statt (Studentenhaus, Neue Mensa). Es beginnt am 10. um 18 Uhr mit einem Informationsaustausch zwischen den Gruppen. Am nächsten Tag werden wir den Entwurf des bundeseinheitlichen Polizeigesetzes diskutieren; hierzu sind die einzelnen Gruppen aufgefordert, möglichst bis 2 Wo-

Die „theaterwerkstatt hannover" geht auf Reisen

Seit 1975 gibt es die "theaterwerkstatt hannover". Sie entsteht aus dem Zusammenhang von jungen Schauspielern, die bereits während des Studiums und danach gemeinsam gearbeitet hatten. Über ihr Selbstverständnis schreiben sie: "Wir gehen davon aus, daß sinnvolle Theaterarbeit nur in einer Gruppe gemacht werden kann, die über einen längeren Zeitraum gemeinsam und kontinuierlich arbeitet. Wir verstehen Theater als eine Form der Animation, d.h. der Aufforderung an Spieler und Zuschauer, sich aktiv spielerisch im weitesten Sinne zu betätigen. Theater soll für uns nicht nur Unterhaltung und Vergnügen sein, sondern soll auch zum kritischen Verständnis der eigenen und gesellschaftlichen Situation beitragen." Nicht zufällig ergab sich also die aktive Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, die versuchte, den Abbruch eines alten Kaufhaus-Pavillons zu verhindern, um daraus ein selbstbestimmtes Kommunikationszentrum zu machen.
Über die laufende BI-Arbeit traten sie in dieser Zeit mit zwei Kinderstücken auf:
"darüber spricht man nicht" (Rote Grütze)
"Mit diesem Spiel unternehmen wir den Versuch, Sexualerziehung nicht nur auf die Vermittlung biologischer Vorgänge und Fakten zu beschränken. Vielmehr soll hier der Zusammenhang von Liebe, Zeugung und Zärtlichkeit, Phantasie, Lust und Kreativität aufgezeigt werden – Sexualität als emotionales, soziales und kommunikatives Erleben." Mit diesem Aufklärungsstück war die Kultusbürokratie nicht ganz einverstanden. Das Stück war auf Zusammenarbeit und Nachbereitung in Schulen abgestimmt. Per Erlaß bekam die theaterwerkstatt quasi Spiel-(Berufs-) verbot. Nicht allein aus dem sich daraus ergebenen Finanzfiasko, aber doch in diesem Zusammenhang zu sehen, kam dann:
"die stadt der tiere"
"Dieses turbulente Spiel haben italienische Kinder zusammen mit ihrem Lehrer für ihre Freunde erfunden. Sie haben erzählt, was sie träumen, welche Sorgen sie mit ihrer Umwelt haben, wonach sie sich sehnen ... Immer wiederkehrendes Motiv in der Stadt der Tiefe ist die Auseinandersetzung der Kinder mit der Erwachsenenwelt: Vater und Mutter kehren in vielfältiger Gestalt wieder."
Seit Herbst 1977 stehen der theaterwerkstatt hannover" in dem im Rahmen der BI erkämpften Pavillon eigene Räume zur Verfügung. Damit wurde es ihr möglich, die erste Eigenproduktion zu entwikkeln. Es gelang ihr auch, unsere kulturelle Landschaft in Hannover durch politisch engagiertes Theater maßgeblich zu bereichern:
"Kein schöner Land ..."
"Ein Stück für Erwachsene, für Leute, die wie wir bei der Entwicklung in der BRD ein wachsendes Unbehagen verspüren."
Ein abendfüllendes Stück. Denn man kann dem Verlangen, miteinander darüber zu reden, nicht unmittelbar nachkommen, erst muß man den Kloß der Betroffenheit schlucken.
Mit diesem, aber auch mit den beiden Kinderstücken im Programm, plant die "theaterwerkstatt hannover" eine Rundreise für die Zeit vom 1. bis 19. März 1978. "An alle, mit denen wir bisher zusammengearbeitet haben oder die mit uns zusammenarbeiten wollen", richtet sich ihre Aufforderung "... Um das Ganze möglichst gut zu organisieren, bitten wir alle Interessenten, uns mal zu schreiben oder anzurufen. Wir können dann Informationsmaterial zur Verfügung stellen."
theaterwerkstatt hannover, Raschplatz-Pavillon, Lister Meile 4, Tel. 0511/324104

chen vor dem Seminar Materialien und Analysen nach Gießen zu senden. Referent(inn)en, die mit uns das Thema umfassend diskutieren wollen, sind hiermit ebenfalls eingeladen. Als Literaturhinweis jetzt schon mal folgende Quellen: Kritische Justiz, Heft 4/76 und die Beschlüsse des Juso-Bundeskongresses in Demokratie und Recht, Heft 3/77.
Gruppen, die im Jura-Bereich arbeiten und unseren politischen und organisatorischen Minimalkonsens teilen, sind herzlich eingeladen, mit uns zusammenzuarbeiten.

PETER KNÖSEL

BDP/BDJ von Förderungssperre bedroht

In der September-Nummer 1977 der "links" wurde auf die Auseinandersetzungen im BDP/BDJ und unter anderem auf die Infragestellung der Förderungswürdigkeit des Bundes Deutscher Pfadfinder im Bund Deutscher Demokratischer Jugend (BDP/BDJ) durch das hessische Sozialministerium und Bundesjugendministerium hingewiesen. Während die Auseinandersetzung im BDP/BDJ inzwischen ausgestanden ist, weitet sich der Konflikt mit dem Bundesjugendministerium aus.
Die wegen Rechtsradikalität und verbandsschädigendem Verhalten aus dem BDP/BDJ ausgeschlossenen MLer hatten einige Unwahrheiten über den BDP/BDJ in der Öffentlichkeit verbreitet. Das hatte das Bundesjugendministerium veranlaßt, die Förderungswürdigkeit des BDP/BDJ zu überprüfen. Das jetzt eingeleitete Verfahren setzt neue Maßstäbe und ist insofern von einiger Bedeutung auch für andere Jugendverbände.
In einem ersten Schreiben hatte das Bundesjugendministerium mit Hinweis auf "Presseveröffentlichungen" den BDP/BDJ aufgefordert, u.a. die Adressen sämtlicher Gruppen und die jeweilige Mitgliederstärke anzugeben. Obwohl der BDP/BDJ in mehreren Presseerklärungen und in einem Schreiben an das Ministerium die Behauptung der MLer widerlegt hatte, kam diese Anfrage, da unklar sei, ob der BDP/BDJ noch die Voraussetzungen einer Förderung erfülle. Der BDP/BDJ hat erst mal zurückgefragt, welche Rechtsgrundlage die Anfrage hat. Daraufhin wurde mitgeteilt, daß nach den Vorschriften ein förderungswürdiger Jugendverband 3.000 jugendliche Mitglieder haben müsse. Also wies der BDP/BDJ nach, daß er allein in den Landesverbänden Berlin und Hessen über 5.000 Mitglieder hat.
Auf Wunsch des BDP/BDJ fand Anfang November 1977 ein Gespräch mit Beamten des Bundesjugendministeriums statt. Hier nun wurde erklärt, der Mitgliederbegriff, den die BDP-Satzung bereits seit 1970 festlegt, könne vom Ministerium nicht anerkannt werden. Die Satzung unterscheidet nämlich "ordentliche" und "fördernde" Mitglieder, letztere nehmen an den Aktivitäten teil, zahlen aber keinen Beitrag. Sinn dieser Bestimmung ist, die offene Arbeit satzungsrechtlich abzusichern. Das Bundesjugendministerium forderte den BDP/BDJ auf, 3.000 ordentliche Mitglieder nachzuweisen, weil für das Ministerium nur Mitglied ist, wer seinen Beitritt erklärt hat (was bei den fördernden BDP-Mitgliedern der Fall ist), wer Beitrag zahlt und wer am Willensbildungsprozeß des Verbandes beteiligt ist. Ob das eine beitragszahlende Karteileiche oder ein aktives Mitglied ist, scheint nicht zu interessieren.
Nun fällt es dem BDP/BDJ nicht schwer, diesen Nachweis zu erbringen. Allerdings ist das ein Politikum. Nur wenige Jugendverbände des Bundesjugendringes, dem auch der Bund Demokratischer Jugend angehört und in dem die Förderungsmittel für die Jugendverbände verteilt werden, erfüllen diese Kriterien. Einige haben sogar noch erheblich weiter gefaßte Mitgliedskriterien als der BDP/BDJ. Der Bericht über dieses Ansinnen des Ministeriums im Bundesjugendring löste daher einige Betroffenheit und Ablehnung aus.
Offensichtlich versucht das Ministerium, hier an einem kleinen Verband ein Exempel zu statuieren, das ihm vom Bundesrechnungshof, der Sportjugend und der CDU abverlangt wird. Diese Institutionen versuchen nämlich seit einiger Zeit, die Förderungskriterien des Bundesjugendplans zu revidieren und die Förderung nur nach der Mitgliederzahl durchzuführen. Der Fall BDP/BDJ enthält also politische Brisanz.
Sollte eine reine Mitgliederförderung durchgesetzt werden, würde das eine Umstrukturierung der gesamten Förderung bedeuten. Nicht mehr Aktivitäten, sondern nur noch Mitglieder – egal, was die inhaltlich tun – würden gefördert. Das würde für einige kleinere Verbände – aber auch beispielsweise für konfessionelle – bedeuten, daß ein Großteil ihrer offenen Arbeit eingeschränkt würde. Das ist auch schon aus der Jugendzentrumsarbeit bekannt. Reine Mitgliederarbeit ist eben besser zu observieren und zu kontrollieren als offene Arbeit.
Um der Sache gleich Nachdruck zu verleihen, wurde der BDP/BDJ aufgefordert zu erklären, daß beim Sommercamp in Gorleben nur jugendliche Verbandsmitglieder bezuschußt wurden. Der BDP/BDJ hat diese Erklärung inzwischen abgegeben, zugleich aber Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Anfrage erhoben. Immerhin schien Verbandsvertretern des Bundesjugendrings diese Anfrage so unwahrscheinlich, daß die Glaubwürdigkeit des Berichterstatters angezweifelt wurde. Allerdings wiederholte unmittelbar danach ein Mitarbeiter des Bundesjugendministeriums vor neutralen Zeugen gegenüber dem BDP-Vertreter die Aufforderung. Die Auszahlung der Zuschußmittel wurde von der Abgabe der Erklärung abhängig gemacht.
Da das Bundesjugendministerium nicht nur die Bezuschussung der Internationalen Begegnungen 1977 von der Abgabe der Erklärung abhängig macht, sondern darüber hinaus die Förderung für 1978 generell sperren will, wenn die Auflagen nicht erfüllt werden, ist der BDP/BDJ gezwungen, unter Protest nachzugeben.
Das enthebt ihn jedoch genausowenig wie die anderen Jugendverbände und den Bundesjugendring der Notwendigkeit, entschieden gegen das Vorgehen des Bundesjugendministeriums zu opponieren und deutlich zu machen, daß die hier angewandten Förderungskriterien für die Jugendarbeit der Verbände nicht akzeptabel sind.

GERD TAPPER

Jugendzentrums-Bewegung

Immer offensichtlicher wird der Trend in der Jugendzentrumsbewegung zu regionalen Zusammenschlüssen. Fixpunkte dieser Entwicklung waren im letzten Jahr mehrere Treffen. Am 22./23. April fand das "Frankfurter Treffen" (I. Bundestreffen) regionaler Kontaktpersonen aus der Jugendzentrumsbewegung statt, am 27./28. August das erste Landestreffen regionaler Zusammenschlüsse von Jugendzentren in Baden-Württemberg und vom 9. bis 11. September das "Darmstädter" zweite Bundestreffen der Kontaktpersonen regionaler Zusammenschlüsse von Jugendzentren.
Das ganze Ausmaß und die Perspektive, die sich mit diesem Strukturwandlungsprozeß in der Jugendzentrumsbewegung vollzieht, läßt sich noch nicht einschätzen. Einen Versuch, die neue Entwicklungsphase zumindest zu beschreiben, enthält das "Lesebuch zur Jugendzentrumsbewegung: Träume, Hoffnungen, Kämpfe" (von A. Herrenknecht, W. Hätscher, S. Koospal, Frankfurt 1977).
Seit Anfang 1976 läßt sich eine breitere Bereitschaft zur Kooperation zwischen den Jugendzentren (JZ) erkennen. Diese Bereitschaft ist einerseits zu erklären durch den immer stärkeren äußeren und inneren Druck, der auf den JZ lastet, die zunehmende Isolationsangst der Aktiven, allein in der Landschaft ohne Kontakt zu stehen, während die Bewegung zugleich quantitativ im Rückgang ist; die Bereitschaft ist zurückzuführen auf die inzwischen geschaffenen regionalen Strukturen.
Obwohl das Bedürfnis zur Zusammenarbeit gerade seit dem Abflauen der JZ-Bewegung (Ende 75) sehr groß war, mußte zu der eben angesprochenen Form der Kooperation dennoch der lange Weg von anderthalb

campus

Harry Braverman
Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß

344 S., geb. DM 36,–
ISBN 3-593-32225-0

Seit dem Erscheinen des ersten Bandes von Marx' „Kapital" hat es keine tiefergreifende Analyse des industriellen Produktionsprozesses mehr gegeben, und das trotz der immensen Veränderungen der Arbeitswelt durch den Einzug der Technologie.
Bravermans Buch füllt genau diese Lücke und hat sich nach kurzer Zeit den Ruf eines Standardwerkes erworben. Braverman beschreibt systematisch die Wirkungen der technologischen Umwälzung in den hochentwickelten Industriegesellschaften auf die Arbeitsbedingungen im Produktionsprozeß, die Beschäftigungs- und Berufsstruktur sowie die Zusammensetzung und Differenzierung der Arbeiterklasse.

Campus Verlag
Schumannstraße 65
6000 Frankfurt/Main 1

focus

Wer sich engagieren will, muss informiert sein

Nr. 91: Zürcher Gnome angeschlagen - Vertuschung mit Bilanzkosmetik ◆ Ein Reich-Psychiater über die AAO ◆ Terrorismus-Diskussion ◆ China-Serie (3).

Nr.90: Wie die Frauen zu ihrer sogenannten «Weiblichkeit» kamen ◆ Ein West-Arzt über Akupunktur in China ◆ AAO: Freie Liebe und Hierarchie ◆ Serie Volksmusik.

Nr. 89: Atomkraftwerke im Ostblock ◆ Natürliche Empfängnisverhütung ◆ Der Alltag in China - erlebt von einem Arzt, der dort Akupunktur studierte ◆ Staatsschutz in der Schweiz.

Weitere interessante Hefte sind noch erhältlich: Nrn. 84 u. 85: Polemik um die AAO: Fuck around the clock ◆ Nrn. 80 u. 81: Diskussionen in Russland: Wie real ist der 'reale Sozialismus'?

focus ist in der BRD im linken Buchhandel erhältlich. Vergriffene Nummern können bestellt werden bei: Prolit Buchvertrieb, Postfach 2969, D-6300 Giessen. Einzelnummer DM 3.-, Jahresabonnement SFr. 29.- (Bestellungen direkt bei focus, Postfach 161, CH-8033 Zürich).

Informationen zur JZ-Organisierung

• Wandzeitung: Seit Ende Oktober gibt es die zweite Nummer der von den Regionalzusammenschlüssen herausgegebenen Wandzeitung, die bundesweit an alle Jugendzentren kostenlos verteilt wird. Wer die Wandzeitung noch nicht zugeschickt bekommen hat, kann sie bei Tiedeke Heilmann, Haus Nr. 25, 3141 Barnstedt bestellen und seine JZ-Adresse mitteilen. Zur Mitarbeit an der Wandzeitung werden alle JZ und Regionalzusammenschlüsse, die noch nicht mitarbeiten, aufgefordert. Artikel sind in 8,5 cm Spalte mit tiefschwarzem Farbband geschrieben an Tiedeke (s.o.) zu schicken.

• Protokolle von den bisherigen Treffen: Von den bisherigen Treffen gibt es sehr umfangreiche Protokolle, die gegen 4.--DM in Briefmarken bei Rainer Moritz, Mühlenstraße 63, 6980 Wertheim 1 bestellt werden können.

• Hintergrundinformation: Wer zu den Treffen noch mehr Hintergrundinformation haben will, sollte sich nicht nur die Protokolle bestellen, sondern auch in dem neuen JZ-Lesebuch "Träume, Hoffnungen, Kämpfe ..." das im Oktober 1977 bei "Jugend und Politik" in Frankfurt erschienen ist, die entsprechenden Artikel dazu lesen. Auch sehr sinnvoll als Hintergrundmaterial ist der Artikel in der Novembernummer von pädexsozialarbeit 77 und die unter dem Artikel abgedruckte Adressenliste der Regionalzusammenschlüsse, von denen jede konkretere Informationen liefern kann. Wer sich spezieller über Probleme der JZ-Koordination in der Provinz informieren möchte, sollte das Buch "Provinzleben" (Vgl. Jugend und Politik) kaufen, in dem ausführlich über 3 Jahre JZ-Koordination in der Region Franken-Hohenlohe berichtet wird. Als aktuelles Material bietet sich die Zeitung der Hessischen Jugendzentren, der "Hessische Landbote" (Provinzzeitung der Jugendzentren im Hessischen Lande und Umlande) an, von dem die Nummern 2 und 3 gegen 3.--DM in Briefmarken beim BDP-Landesverband Hessen, Hamburger Allee 48, 6000 Frankfurt 90 bestellt werden können. Außerdem gibt es in Baden-Württemberg noch das "inforum" des Rems-Murr-Kreises (Jugendhaus Zehntscheuer, Postfach 1202, 7056 Weinstadt-Beutelsbach) und das "fäutle" des Karlsruher Dachverbandes (DV Karlsruhe, Postfach 1523, 7520 Bruchsal). Beide kosten je 1.50 DM in Briefmarken.

Jahren zurückgelegt werden. Erste Impulse, sie auf eine breitere Basis zu stellen, gingen 1975/76 von Tiedeke Heilmann aus, als er zwei Nummern eines "JZ-Rundbriefes" in Wandzeitungsform an ihm bekannte Adressen schickte und selbst neue mitteilte. (Tiedeke Heilmann ist auch die zentrale Kontaktadresse, bei ihm liegt der Vertrieb der bundesweiten Wandzeitungen der regionalen Zusammenschlüsse: Haus Nr. 25, 3142 Barnstedt). Über diese Adresseninformation lief dann langsam ein Briefkontakt zwischen den Gruppen an, der durch Materialaustausch, Besuche etc. ergänzt wurde. Im März 1977 führte er dann schließlich zu der Entscheidung, doch endlich einmal alle Leute zu einem Treffen zusammenzuholen.

Seit 1976 gab es mehrere Ansätze und Versuche, auf Regional- und Landesebene die Kontakte unter den JZ zu verbessern. In Hessen lief das über den Bund Deutscher Pfadfinder (Seminare, Treffen, Zeitung, überregionale Feste), in Baden-Württemberg über die Deutschen Jungdemokraten (Rundbriefe, Fragebogen, Rundreise), im Norden über die AG SPAK, im Saarland über den Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung, in Schleswig-Holstein über Info-Rundbriefe etc. Die Gruppen knüpften erst einmal über ihre Funktion als Anlauf- und Fixpunkte der JZ-Bewegung langsam neue Kontakte, sichteten Adressen und verbreiteten die Kenntnis ihrer Existenz über Öffentlichkeitsarbeit, besuchten andere Jugendzentren und wurden somit zu einer Sammelbewegung nach regionalen Zentren.

Eine Dachverbandsgründung auf Bundesebene und der Aufbau von Landesdachverbänden wird von allen Gruppen als Formalisierung der Selbstverwaltung und damit als politisch unsinnige Organisationsform abgelehnt.

Der Sinn der beim "Frankfurter Treffen" modellhaft skizzierten Zusammenarbeit ist es, die momentanen Defizite der JZ-Bewegung auf der Koordinationsebene zu begleichen:

- Informationsdefizite mit Hilfe von Wandzeitungen und des Frankfurter ID zu beseitigen;
- Meldungen von Jugendzentren nicht auf Repressionsnachrichten zu verkürzen, sondern auch Erfolgsmeldungen und Berichte vom Alltag zu bringen;
- die Organisierung und verbindliche Zusammenarbeit durch ein feines informelles Netz von Kontakten voranzubringen;
- den Diskussionsprozeß über Perspektiven, Selbstverständnis und politischen Stellenwert der JZ-Bewegung neu und intensiver zu führen.
- Die Ursachen zur regionalen Kooperation liegen objektiv im zunehmenden äußeren Druck (Roll-back der Stadtbürokratien); in der verstärkten Zentralisierung des "Gegners" (Gebietsreformen); in der Zunahme von Jugendarbeitslosigkeit und verstärktem Leistungsdruck der Schulen, worin sich zusätzlich ein "Generationswechsel" in den Jugendzentren festmacht. Nicht zuletzt spielen innere Probleme der Jugendzentren eine Rolle: Rat- und Phantasielosigkeit, Organisation statt Aktion, eine zwangsangepaßte zweite Jugendhausgeneration, Geschichtsverlust, sowie die zunehmende inhaltliche Entleerung des Begriffs von Selbstverwaltung etc.
- Die subjektiven Gründe für die Bildung der Regionalzusammenschlüsse sind ebenso vielfältig. Zum einen brauchen die Aktiven für neue Bedürfnisse, die sich in der Jugendhausarbeit herausgebildet haben, entsprechende Formen ihrer Praxis. Zudem leiden sie an zunehmender Isolationsangst und einem (oft berechtigten) "Altersschock". So wollen sie sich langsam aus der JZ-Arbeit vor Ort herauslösen, um neue Erfahrungen, etwa in der Provinz- und Koordinationsarbeit zu sammeln, die sie dann wieder einzubringen beabsichtigen.

Daß die Regionalzusammenschlüsse gerade in den Jahren 76/77 so forciert zustandekamen, läßt sich mit der oben skizzierten Stagnationsphase der JZ-Bewegung, die aktionsärmer, phantasieloser, unpersönlicher, in ihren Zielen auseinanderstrebender, unspektakulärer und problematischer geworden war, begründen. Eine Ursache für das massenhafte Auftreten der Regionalzusammenschlüsse liegt also in der Stagnation der Bewegung.

Einen weiteren Anteil hat die breite Bewußtmachung dieser neuen Bewegung durch die Veröffentlichung über die Treffen, die eine breite Existenz von Regionalzusammenschlüssen erst bekannt machte und somit eine neue "Bewegungsbegeisterung" ("Eine neue Bewegung in der Bewegung") entfachte und neue Bedürfnisse weckte. Dieser Optimismus tut angesichts des teilweise desolaten Zustandes sehr gut. Er kann aber sehr schnell in Frust umschlagen, wenn die Ansprüche an diese neue Organisationsform zu hochgeschraubt sind und daher enttäuscht werden müssen.

Grenzen und Widersprüche in der Organisierung nach Regionalzusammenschlüssen liegen in der Tatsache, daß sie bisher primär von den Alt-Aktiven der ersten Jugendhausgeneration getragen wird und mit ihnen "aussterben" könnte, wenn nicht Jüngere nachrücken. Außerdem tritt das Problem der großen Ungleichzeitigkeiten (Phasen, Erfahrung, politischen Vorstellungen etc.) der Regionalzusammenhänge auf, die zu einer Sprengkraft werden können, wenn sie sich nicht mehr über die Anfangsbegeisterung und sinnvolle Treffen organisieren können.

Auch besteht die Möglichkeit, daß die Regional-Bewegung zu einer internen 'Fluchtbewegung' wird und damit die ganze Koordination ohne Basis in abgehobener Form weiterläuft und die "höhere Organisationsform der Regionalzusammenschlüsse" zur einzigen Organisationsform wird.

Die bisherigen Erfahrungen mit den Regionalzusammenschlüssen und bei den Treffen der Regionalzusammenschlüsse sind positiv: ihre regionale Autonomie wird gewahrt: sie sollen nicht vereinheitlicht werden, sondern haben in den Treffen ein selbstorganisiertes Forum des Informationsaustausches. In Zukunft geht es darum, die bisherigen Erfahrungen mit Regionalarbeit intensiver zu diskutieren und die Strukturen der Zusammenarbeit zu verbessern. Die Ansätze dazu sind da.

ALBERT HERRENKNECHT/
WOLFGANG HÄTSCHER/
RAINER MORITZ

Malwettbewerb

Liebe Kinder! Wir möchten Euch einladen, bei unserem Malwettbewerb "Grüße an die Kinder in Vietnam" mitzumachen. Gesucht werden die 100 schönsten Bilder zu den Themen:

- **Freundschaft**
- **Meine Familie und ich**
- **Tiere und Pflanzen**
- **Schule, Spiel und Sport**

Dabei können viele Preise gewonnen werden. Eine Jury wird Eure Bilder bewerten und dabei auch Euer Alter berücksichtigen. Deshalb dürft Ihr nicht vergessen, auf der Rückseite der Bilder Namen, Anschrift, Thema und Alter anzugeben.

Sicher wollt Ihr auch wissen, was mit Euren Bildern geschieht?

Die 100 schönsten Bilder wollen wir zu einer Ausstellung zusammenstellen und nach Vietnam schicken – zu den Kindern in diesem fernen Land in Asien.

Warum heißt der Wettbewerb "Grüße an die Kinder in Vietnam"? In Vietnam war lange Zeit Krieg. Die Kinder dieses Landes haben die ersten Lebensjahre in Angst und Schrecken gelebt. Bomben fielen auf ihre Häuser, Kindergärten und Schulen. Tausende von Kindern verloren ihre Eltern.

Auch wenn heute Frieden in Vietnam ist, so gibt es doch noch viel Armut und Leid. Wir möchten den Kindern in Vietnam mit den Bildern eine Freude machen, möchten ihnen zeigen, wie die Kinder in unserem Land leben, spielen und lernen. Wir wollen, daß die Kinder unseres Landes und die Kinder Vietnams sich kennenlernen und Freundschaft schließen.

Deshalb macht mit beim Malwettbewerb: "Grüße an die Kinder in Vietnam"!

Liebe Eltern und Erzieher! Wir bitten Euch, den Malwettbewerb unserer Freundschaftsgesellschaft zu unterstützen, indem Ihr Eure Kinder zur Teilnahme ermuntert und auch in Eurem Freundeskreis auf diese Aktion hinweist. Für Eure Hilfe vielen Dank!

Einsendeschluß: 30. April 1978. Alle Kinder bis 14 Jahre können am Wettbewerb teilnehmen. Bitte einsenden an: Freundschaftsgesellschaft BRD – SR Vietnam, Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf 1.

Geschlossene Heime im therapeutischen Gewand

Die staatlich propagierte Krisengemeinschaft macht auch vor dem Jugendhilfesektor nicht halt. Dieser Bereich wird konsequent in die mittlerweile durchgängig zu beobachtende Strategie einbezogen, auf die in den Arbeits- und Lebenszusammenhängen der Lohnabhängigen real erfahrbare Unsicherheit, die durch das "soziale Netz" nicht mehr aufzufangen ist, mit dem Ausbau der "inneren Sicherheit" zu antworten. Das eklatanteste Beispiel für diese Entwicklung ist die offizielle Wiedereinführung der "Geschlossenen Unterbringung für Kinder (!) und Jugendliche". In den letzten anderthalb Jahren sind in fast allen Bundesländern entsprechende Einrichtungen konzipiert oder bereits realisiert worden. Vorreiter ist Bayern mit seinem 16 Millionen-Projekt "Rummelsberg", gleich gefolgt von Berlin ("Kieferngrund") und Hessen, das mit seiner Etikettierung geschlossener Unterbringung als "Heilpädagogische Intensivbetreuung" neue Maßstäbe im zynischen Umgang mit Fachvokabeln gesetzt hat.

Aber Termini wie "Heilpädagogische Intensivbetreuung" oder "Pädagogisch-Therapeutische Intensivabteilung" sind nicht einfach nur neue Schläuche für den alten Wein, sie markieren auch eine neue Qualität in der Ausübung von Disziplinierung, Anpassung, Zwang und Kontrolle, den Zugriff auf die "innere Natur" der eingeschlossenen Kinder und Jugendlichen. Die autoritäre Handhabung von Verwahrung in den klassischen Erziehungsknästen soll ersetzt werden durch die Hineinverlegung der Kontroll- und Sanktionsgewalt in versierte psychologische Behandlungsverfahren. Die Abstellung aller störenden Umweltreize ist dann die vermeintliche Garantie für eine erfolgversprechende Einflußnahme auf das nun von Verhältnissen gänzlich abgetrennt vorliegende "reine" Verhalten.

Diese therapeutisch-pädagogische Verbrämung geschlossener Heime, (auch in der Architektur: kein Stacheldraht, keine Gitter, statt dessen Fenster und Türen mit Panzerglas) soll den Köder abgeben, um die Fachöffentlichkeit zu überzeugen und von vornherein Assoziationen zur traditionellen Zwangserziehung zu vermeiden, die in den Heimkampagnen der Jahre 68/69 zu einem öffentlichen Skandal wurde, auf den man mit Zugeständnissen reagieren mußte. Damals wurden geschlossene Gruppen geöffnet oder aufgelöst, bestimmte rücksichtslose Strafmethoden wurden verboten.

Pläne zur Demokratisierung der Heimerziehung wurden aber nur auf dem Papier angegangen. Abgesehen von der Beseitigung der gröbsten Auswüchse, der Erstellung einiger neuer Gebäude und der Genehmigung weniger Modellversuche blieb die innere Struktur der meisten sogenannten "normalen" Heime unangetastet. Während die Unzulänglichkeit der Heime mehr oder weniger konserviert wurde, kamen in den letzten Jahren vor allem Kinder und Jugendliche mit immer größeren psychosozialen Schädigungen in öffentliche Erziehung, zunehmend auch aus aufstiegsorientierten Facharbeiter- und Mittelschichtfamilien.

Vor dem Hintergrund der herkömmlichen Arbeitsbedingungen in den Heimen sind die Erzieher im Umgang mit "besonders Schwierigen" zumeist überfordert und fühlen sich alleingelassen. Das moderne Strafmittel in der Heimerziehung ist denn auch die Drohung mit Verlegung in ein strengeres Heim und, wenn das nichts nützt, die Abschiebung. ("Der Jugendliche ist mit unserem offenen Angebot überfordert, er braucht einen klareren Rahmen").

Dieser Verlegungsmechanismus schafft die Marktlücke, in der sich das geschlossene Heim anbietet. In diesen Verlegungsmechanismus, mit seiner eingebauten Suche nach der "ultima ratio", sind fast alle Pädagogen im Bereich der Jugendfürsorge verstrickt, vom Psychologen in der Erziehungsberatung über den Sozialarbeiter im Jugendamt bis zum Heimerzieher. Die Verstrickung mit diesen institutionellen Strukturen schafft die Bereitschaft von Pädagogen, zur therapeutischen Rechtfertigung geschlossener Heime Argumente beizusteuern, in der Hoffnung, solche Einrichtungen könnten den Problemfällen helfen, mit denen man selber nicht fertig wird und die dann nicht selten in der Psychiatrie und im Knast landen.

Gerade das Argumentieren mit der Verantwortung für die betroffenen Kinder und Jugendlichen ist aber nichts anderes als eine Rationalisierung der eigenen Unfähigkeit. Die Forderung nach dem geschlossenen Heim bedeutet praktisch, ein untaugliches Mittel (das "normale" Heim) durch das gleiche, nur in höherer Dosis, zu ersetzen. Es geht in erster Linie nicht um die Not der Betroffenen, sondern um den Erhalt der Institutionen, die sich mit allen Mitteln gegen die Aufgabe ihres Macht- und Kompetenzanspruchs wehren, die "Unangepaßten" festzuhalten.

Das Ziel der Ökonomie dieser Macht ist letztlich Unterwerfung. Therapeutische Konzepte, die in der Abgeschlossenheit tragfähige Bindungen ermöglichen wollen, können nur als Legitimationsfassade dieses eigentlichen Interesses herhalten. Handlungskompetenz kann nach allem, was sozialwissenschaftliche Forschungen dazu aussagen, nur in realistischen Lebenszusammenhängen mit verläßlichen Partnern erworben werden. In "totalen Institutionen" sind nur Überlebenstechniken für die besonderen Bedingungen dieser Institutionen zu erlernen.

Bei der Neukonzeption geschlossener Heime als "Heilpädagogische Intensivbetreuung" handelt es sich demnach nicht um eine humane Alternative zu Knast und Psychiatrie, sondern um eine Vermischung von Sozialarbeit und Gefängnis, die nach Foucault ("Überwachen und Strafen", Frankfurt 1977, S. 394) einer eigenen Logik folgt: "In dem Maße, in dem die Medizin, die Psychologie, die Erziehung, die Fürsorge, die Sozialarbeit immer mehr Kontroll- und Sanktionsgewalten übernehmen, kann sich der Justizapparat seinerseits zunehmend medizinisieren, psychologisieren, pädagogisieren;".

So gesehen leistet das geschlossene Heim im therapeutischen Gewand einen Beitrag zur 'Krisengemeinschaft' gerade in der Verdrängung der eigentlichen gesellschaftlichen Ursachen von Verhaltensstörungen, die in den realen Lebensverhältnissen der Familien der Lohnabhängigen liegen und die nachweislich in den Heimen verdichtet werden. Die Hilflosigkeit, die für die politische Legitimation bedrohlich ist, wird umgemünzt in Handlungsfähigkeit. Es wird in den Augen der Öffentlichkeit wieder durchgegriffen und der "sanften Tour", den antiautoritären Mätzchen eine Absage erteilt. Die repressive Intervention selber wird aber zusätzlich verschleiert als therapeutische Intensivhilfe im Sinne der Betroffenen.

Nicht nur die störenden Elemente sind unter Kontrolle, und das sich dabei möglicherweise einstellende schlechte Gewissen ist beruhigt; dahinter steht die Tendenz zum "starken Staat", der sich konsequent wehrt und zugleich scheinbar individuell einfühlend agiert.

Gegenwehr und Öffentlichkeitsarbeit kritischer Sozialarbeiter und Erzieher hat ihren Gegenstand im Aufbrechen des skizzierten Verblendungszusammenhanges. Ein solcher Widerstand formiert sich. Seit Jahren zum ersten Mal sind auf Initiative des Arbeitsfeldes Sozialarbeit überregionale offene Arbeitstagungen zum Thema "Heimerziehung" zustandegekommen (im Juni in Köln – vgl. "links" Nr. 92 – und im Dezember in Berlin), an denen sich mehrere hundert Heimerzieher beteiligten, die die Arbeit in regionalen Gruppen fortführen wollen.

Charakteristisch für die Treffen war der Versuch, in den Diskussionen ehrlich zu sein, auch und gerade mit sich selbst. Geschlossene Heime wurden nicht isoliert als die Horrorgeschichten der anderen thematisiert. Im Mittelpunkt stand die eigene Verstrickung mit dem Heimalltag, die Frage, wie auch kritische Kollegen sich des Selektionsprinzips bedienen, das die normalen Heime kennzeich-

Tagungen – Arbeitsfeld Sozialarbeit

10.-12.2. in Frankfurt.
Thema: Ausbildung in sozialpäd. Berufen

3.-5.3. in Frankfurt
Thema: Familienfürsorge

15./16.4. in Köln
Vorbereitungstreffen zum 6. Deutschen Jugendhilfetag
(eingeladen werden Vertreter von Initiativen, Projekten im Sozialbereich, Jugendverbände, AKS- und politische Gruppen, die sich am Jugendhilfetag beteiligen und an einer gemeinsamen Vorbereitung interessiert sind)

Anmeldungen und weitere Informationen: Arbeitsfeld Sozialarbeit im SB, Postfach 591, 605 Offenbach 4

Syndikat

Giovanni Jervis
Kritisches Handbuch der Psychiatrie
Aus dem Italienischen von Maja Pflug.432 Seiten. Großformat. Halbleinen. DM 54,–/Kartoniert. DM 38,–

Dieses groß angelegte Werk ist ein Handbuch und eine Kritik der Psychiatrie. Es entspringt der Absicht, das Monopol einiger Intellektueller und Psychiater auf dem Feld der Psychiatrie zu brechen: Psychiatrie soll von den Betroffenen, von Patienten, Pflegern, Studenten und politisch Aktiven diskutiert werden können.

In seiner engagierten Kritik an Theorie und Praxis der traditionellen Psychiatrie kann Jervis auf langjährige praktische Erfahrungen in psychiatrischen Projekten (u.a. Zusammenarbeit mit Franco Basaglia) zurückgreifen. Dabei bleibt auch die Antipsychiatrie nicht ungeschoren. Jervis versucht, die Psychiatrie auseinanderzunehmen, sie Stück für Stück im Hinblick auf die therapeutische Praxis zu sichten: ihre Geschichte, ihre Behandlungsmethoden, ihr Verhältnis zur Psychoanalyse, ihre Begriffe von Normalität, Psychose, Neurose, Wahn.

Bitte schicken Sie mir regelmäßig Informationen aus dem Syndikat

(Name) (Vorname)

(Straße, Nr.)

(Ort)

SYNDIKAT
Autoren- und Verlagsgesellschaft
Postfach 174003
6000 Frankfurt am Main 1

net und die geschlossenen.
Welche Mittel der Druckausübung wende ich an, um Anpassung zu erreichen? Welche Repressionen bis zur Verlegung vollziehe ich mit gegenüber denjenigen, die sich nicht ohne weiteres integrieren lassen? – Konsequent wird die Diskussion über geschlossene Heime zur Auseinandersetzung mit der gängigen Heimstruktur, den institutionellen Zwängen, der Hierarchie, der sozialen Isolation in einem Getto und der starren Trennung zwischen Beruf und Privatleben, Faktoren, die ein entwicklungsträchtiges Verhältnis der Erzieher zu den Kindern und Jugendlichen bereits im Ansatz blockieren. Eine solche Herangehensweise trifft den strukturellen Kern des Jugendhilfesystems in der BRD: das eindeutige Übergewicht der Anstaltserziehung gegenüber offenen Hilfen, die in den Lebenszusammenhängen der Betroffenen ansetzen, dort, wo diese Zusammenhänge und die damit verbundenen Orientierungsmuster zunehmend zerstört werden und zu Verwertungssphären einer über den Produktionssektor längst hinausgreifenden Durchkapitalisierung geworden sind.
Neben Arbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere, Schulstreß und fehlender Zukunftsperspektive, Entwicklungen, mit denen allein man viel zu oberflächlich und verkürzt das rapide Ansteigen von "Verhaltensstörungen" erklären will (laut "Spiegel" 1/78 gilt mittlerweile jedes fünfte Kind als "schwer verhaltensgestört"), gibt es ein latent gewachsenes psycho-soziales Elend in den Familien der Lohnabhängigen, das mittlerweile ein epidemisches Ausmaß erreicht hat. Umfassende Desorientierung und ungezielte Ängste, ein regressiver Rückzug in die Kleinfamilie mit dem allgegenwärtigen Surrogat täglicher Fernsehberieselung, enttäuschte Suche nach Kompensation von Frustrationen, die gar nicht mehr benennbar sind – sondern dumpf empfunden werden –, das sind die "normalen" Brutstätten von Ohnmacht und Verzweiflung, aus denen auch jene 12-jährigen kommen, die ohne jeden erkennbaren Anlaß einen Kameraden umbringen und anschließend nichts dazu sagen können, keine Empfindungen zeigen. Sie dienen als sensationsträchtige Belege für die Forderung, auch Kinder hinter Schloß und Riegel bringen zu können. Dabei sind sie nur Exponenten des allgegenwärtigen Terrorzusammenhanges in den "trauten" Privatsphären.
Eine Sozialarbeit, die sich als Alternative zur verwaltenden Fürsorge versteht, kann nicht die sozialstrukturellen Bedingungen dieses Elends aufheben, aber sie kann Hilfestellungen geben für Verarbeitungsmöglichkeiten, die nicht in der Sackgasse von Resignation oder individueller Gewalt enden, sondern Selbsthilfepotentiale bei den Betroffenen mobilisieren, um kollektive Veränderungsstrategien in der Nachbarschaft, im Stadtteil und im Jugendzentrum in Gang zu setzen. Diese in einer offenen und kontextbezogenen Sozialarbeit angelegten Möglichkeiten, sich nicht zur bloßen Konfliktkanalisierung mißbrauchen zu lassen, stellen letztlich einen sehr plausiblen Grund für die Dominanz der Heimerziehung in der deutschen Jugendhilfe dar.
Gefürchtet wird die politische Brisanz, die mit dem Aufgreifen von Widerstandspotentialen und dem Interesse an befreiten sozialen Lebensbedingungen einhergehen kann. Ein solcher Ansatz böte aber auch am ehesten Spielraum für unorthodoxe und phantasievolle Strategien im Umgang mit den sogenannten Problemfällen, die durch das Rost der Institutionen hindurchgefallen sind. Den Beweis für diese These anzutreten, wird allerdings solange verunmöglicht, wie Projekte à la Kinderschutzzentrum Berlin oder Free Clinic Heidelberg systematisch behindert, abgewürgt und kriminalisiert werden. Nur zum Vergleich: ein Tagespflegesatz in einem der geplanten geschlossenen Heime therapeutischen Zuschnitts liegt zwischen 170 und 250 DM. Hier gibt es offensichtlich keinen finanziellen Engpaß.
Es wird in Zukunft darauf ankommen, anhand praktischer Projekte und konkreter Kritik repressiver Institutionen den aufgezeigten politischen Hintergrund in der Diskussion um Jugendhilfe offensiv zu verdeutlichen. Der von der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, dem offiziellen Dachverband staatlicher und "freier" Träger der Sozialarbeit, für November dieses Jahres vorgesehene Jugendhilfetag kann kritischen Sozialarbeitern und Erziehern als ein Forum für eine öffentliche Auseinandersetzung dienen.

ERHARD WEDEKIND

Collage: Bernd Kmerke, Westberlin '78

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Roland Roth, Jutta Rücker (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain) 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; "links"-extrablatt; Drucksache "Betrifft: Russell-Tribunal" mit anhängender Zahlkarte; Prospekt der Wohlthat'schen Buchhandlung Berlin "Der kleine Basar, Nr. 10"; Prospekt "Broschüren des SB – Winter 1977/78".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1.1.1978 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1978 DM 28,-- (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift